

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Selbstmord des italienischen Reformismus?

Aus Rom wird uns geschrieben:
Das Organ der italienischen Konföderation der Arbeit behandelt in seiner Nummer vom 4. Juni den Vorschlag, eine Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen Labour Party ins Leben zu rufen. Der Vorschlag geht von einem Genossen Bielati aus und läuft darauf hinaus, eigene Gewerkschaftskandidaten aufzustellen und in der Kammer eine Fraktion zu bilden, die die Forderungen der Konföderation der Arbeit vertritt, ganz von dieser abhängt und von ihr Diäten erhält. Unerwartet und neu ist der Gedanke nicht. Vor vielen Jahren schon hat ihm der inzwischen aus der Partei ausgestretene Genosse Rechtsanwalt Murialdi Ausdruck verliehen.

Das Organ der Konföderation behandelt den Vorschlag mit offenbarem Wohlwollen. „Niemanden“, schreibt es, „kann die Bedeutung der vom Genossen Bielati aufgeworfenen Frage entgehen. Der Gedanke, eine Parlamentsfraktion der Arbeit zu gründen, ist uns oft durch den Kopf gegangen und kehrt jedesmal wieder, wenn wir bellagendsten Schauspielen des Politikantismus beizuhören. Eine Parlamentsfraktion, die der Konföderation eng verbunden wäre, würde im Grunde nur die Entwicklung des Programms darstellen, das sich die Konföderation von Anfang an vorgezeichnet hat. Wie man die direkten Vertreter der Gewerkschaften in die technischen und beratenden Körperschaften des Staates wählt, so sollte man sie auch in das Parlament wählen. Gründe zugunsten dieser These haben wir im Ueberflus; sie springen einem in die Augen und die Parteien der äußersten Linken tun ihr möglichstes, um stets neue beizubringen. Trotzdem sind wir immer vorsichtig gewesen in der Äußerung in dieser Frage, weil es uns Pflicht schien, zu prüfen, ob wir reif genug sind. Wer gibt uns dafür Gewähr, daß die Gewerkschaftler anders oder besser sein werden, als die politischen Parteien? Ach, die Antwort war bis jetzt wenig ermutigend. Wieviel organisierte Arbeiter sind heute die wärmsten Verfechter einer reinen Parteipolitik, an Stelle der weitsichtigen Klassenpolitik! Und dies sowohl in der sozialistischen, wie in der republikanischen Partei.“ Weiter führt das Blatt aus, daß der Mangel an Klassenkriterium die Gewerkschaftler zu einer kleinlichen Arbeiterpolitik trieb, die die Herrschaft der Bourgeoisie besser festigte, als dies die Bourgeoisie selbst vermag. Es wiederholt aber, daß nur die Bedenken der mangelnden Reife dem Vorschlag entgegenstünden. Um eine Arbeiterpartei zu schaffen, brauchte man stärkere Gewerkschaften, ein anderes Wahlsystem und eine veränderte politische Erziehung. Da aber diese Dinge zum Erreichbaren gehören, wäre es gut, die Frage den Arbeitern zur Diskussion zu unterbreiten.

Der „Avanti“ kommentiert seinerseits in der Nummer vom 4. Juni den Vorschlag und die Bemerkungen der Konföderation. Obwohl wir dafür halten, daß die Frage noch nicht zu einer praktischen Lösung reif ist, so stellt sie doch ein Problem auf, das vielleicht das bedeutendste Problem unseres Parteilebens ist. Solange die sozialistische Partei aus einem kleinen Kern von Kämpfern und Bekennern bestand, aus einer kleinen Schar von Vorläufern und Propagandisten, konnte das Problem nicht einmal gestellt werden. Waren denn die Sozialisten nicht die einzigen Vertreter der Arbeiterklasse? War die sozialistische Bewegung nicht ein und dasselbe wie die Gewerkschaftsbewegung? Waren die Gewerkschaft und die Parteisektion nicht nach einem bis zu Tode gehegten Bilde die beiden Beine eines Körpers? Aber heute schafft die Entwicklung der Dinge eine ganz andere Wirklichkeit. Heute haben wir auf der einen Seite eine Partei mit ihren absoluten Prinzipien und ihren taktischen Methoden, die aus traditionellen Formeln abgeleitet sind, mit politischen Bedürfnissen, mit den Tugenden und Fehlern aller Parteien. Daneben haben wir einen umfassenderen Organismus, der aus Hunderttausenden von Arbeitern besteht, die den Klassenkampf nicht predigen sondern ihn kämpfen, die nicht ein zukünftiges Endziel beleuchten und fordern, aber Tag für Tag auf dieses ferne Ziel zuschreiten. Dieser Organismus umfaßt Arbeiter von verschiedener politischer Ueberzeugung: Sozialisten, Republikaner, Demokraten, Anarchisten. Welcher Art werden die Beziehungen, das Einvernehmen, die Abweichungen von der sozialistischen Partei sein? Gelegentlich hat die Partei der Arbeiterbewegung vorgeworfen, zu sehr realistisch und zu wenig idealistisch zu sein; die Arbeiterbewegung ihrerseits hat der Partei vorgeworfen, sich zu sehr den politischen Anforderungen anzupassen. Die Arbeiter fordern soziale Reformen in kurzer Frist, die Partei ordnet sie gelegentlich Erwägungen idealen Charakters unter. Die Partei pocht sich gelegentlich ihren politischen Zwecken an und die Arbeiterbewegung möchte, daß sie vor allem die hohen Ideale der Gewerkschaftsbewegung vertritt. Daher wird die Anlage der Transigenz und Intransigenz von einem zum anderen geworfen, und das völlige, dauerhafte, schattenlose Einvernehmen wird nie erreicht.“ Dann schließt der Kommentator in derselben Weise wie der der Konföderation, indem er die Sache zur Diskussion stellt.

Wir haben im Grunde die Reformisten nie für etwas anderes taxiert als für „Nurgewerkschaftler“, daher bekämpft

uns das Verhalten des „Avanti“ in dieser Frage nicht. Betrachtet man aber die praktische Tragweite dieser Haltung, so muß man ihr eine große Bedeutung für das Parteileben zugestehen. Das Zentralorgan einer politischen Partei, die sich ihrem Programm und ihrer Geschichte nach als den Sachwalter der Interessen des Proletariats ansehen muß, kommentiert mit wenigen akademischen Worten die Mitteilung, daß eine neue Partei nicht neben ihr, sondern im Gegensatz zu ihr entstehen will. Diese Gemütsruhe wäre erklärlich, einmal, wenn man der neuen Partei nicht die Kraft zutraute, die alte aufzulösen oder dann, wenn man diese Auflösung für etwas Natürliches und Wünschenswertes hielt.

Der erste Standpunkt ist einem italienischen Reformisten, der in der Vergötterung des Gewerkschaftswesens ausgewachsen ist, nicht zuzutrauen. Für den italienischen Reformismus haben die Gewerkschaften immer recht; sie verkörpern für ihn die Macht und die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse, und er stellt sie so hoch über die Partei, wie er die Praxis über die Theorie, den Empirismus über die Doktrin stellt. Wenn also heute das Zentralorgan der Partei das aufgeworfene Problem mit solcher Seelenruhe behandelt, so geschieht es einfach, weil es die Absicht, die Gewerkschaften in reformerischem Sinne zu leiten, leichten Herzens mit der vertauscht, den Reformismus im Nurgewerkschaftertum aufgehen zu sehen. Für die Reformisten ist Anpassung Trumpf. Ist sie unter Behauptung der Eigenart nicht möglich, nun so gibt man eben die Eigenart auf und wird zur Arbeiterpartei. Die Gemütsruhe des „Avanti“ kommt eben daher, daß diese Lösung ihn gar nicht schreckt und der Auffassung seiner Richtung über das Zustandekommen der sozialen „Erneuerung“ gemäß ist.

Wenn aber, nicht eine Partei, wohl aber die herrschende Fraktion einer Partei, mit dieser Seelenruhe das Ende ihrer Existenz betrachtet, so muß man sich fragen, ob es ihrer würdig sei, dieses Ende ganz von der Gnade der zu ihrer Nachfolge auserlesenen Arbeiterpartei zu erwarten. Läte sie nicht besser daran, zurückzutreten, ehe sie verdrängt würde, faktisch zu verzichten, nachdem sie in der Idee verzichtet hat, die Mission aufzugeben, zu deren Erfüllung sie sich nicht mehr berufen fühlen kann, wenn sie mit so heiterer Fassung ihrem Nachfolger entgegensteht?

Erfüllt die Partei ihre Pflicht gegen das Proletariat, so wissen wir nicht, was die neue Arbeiterpartei soll. Erfüllt sie sie nicht, dann gibt es zwei Auswege: die Partei in dem Sinne umgestalten, der sie ihre Pflicht erfüllen läßt, oder die Partei aufgeben und ihre Aufgabe anderen überlassen, in diesem Falle der Gewerkschaftsbewegung. Der italienische Reformismus hat sich durch den „Avanti“ für diese zweite Alternative ausgesprochen. Ist das italienische Proletariat, ist der kleine intransigente Flügel der italienischen Sozialisten derselben Meinung?

Soweit unser Korrespondent. Wir müssen gestehen, daß uns diese neueste Affäre aus dem italienischen Parteileben nicht sonderlich überrascht. So viele Jahre Reformismus erträgt man eben nicht ungestraft.

Es ist noch nicht sehr lange her, da wurden uns die italienischen Reformisten, diese geistreichen Professoren, gelehrten Literaten und glänzenden Schriftsteller, nicht nur von bürgerlicher Seite als nachahmenswerte Vorbilder gepriesen. Und gehen sie nicht in der Tat jene „Gleichberechtigung“, die wir deutschen Sozialdemokraten entbehren müssen und deren Erlangung mancher unserer Genossen als schönstes Ziel ersieht? Mit dem König sind sie beinahe per Du und dem Ministerium bewilligen sie mit Vergnügen das Vertrauensvotum. Sie sind klug und weise und genügsam und nicht so dogmatisch, unbulbsam und unbeugsam wie deutsche Sozialdemokraten.

Und der Erfolg dieser von einigen deutschen Genossen so hoch gepriesenen Taktik? Die Abtrennung der Arbeiterbewegung von der sozialistischen Partei, der nur die Wahl bleibt, abzutreten oder zu einer politischen Sekte zu erstarren, die den Arbeitern als eine Partei erscheint wie jede andere radikale Partei mit all deren Fehlern. In Deutschland dagegen war die Verbindung von Arbeiterbewegung und Partei, von Gewerkschafts- und politischer Bewegung nie inniger als jetzt. Die marxistische Taktik, deren oberste Richtschnur das Interesse der Arbeiterbewegung und nichts als dieses ist, hat verhütet, daß die Trennung der Arbeiter vom Sozialismus auch nur ein möglicher Gedanke ist. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind bei uns nur verschiedene Ausdrucksformen derselben Arbeiterbewegung mit verschiedenen Funktionen, aber von demselben Geiste erfüllt.

Daß es so geworden und daß es so bleibt, das ist die Folge der stetigen prinzipiellen marxistischen Auffklärung der Massen. Die Diskussionen, denen jede wichtige Aktion, alle neue Erscheinungen unterzogen werden, mögen im Auslande und bei den Gegnern oft als Zeichen der Schwäche gedeutet, oft als überflüssig und schädlich gewertet worden sein. Sie sind im Gegenteil nicht nur ein Zeichen der Stärke, sondern selbst ein wichtiges Mittel der Stärkung. Sie zeigen den Massen selbst, worum es sich handelt, und lassen jeden Schritt nur geschehen, wenn er aus dem Willen der Massen selbst entspringt. Das mag den glänzenden Literaten und geistreichen Professoren, den Parlamentariern und Schriftstellern, manchmal sehr un bequem sein, es ist aber der einzige

Weg, der zum Erfolg führt, zur Einheit aller Zweige der Arbeiterbewegung.

Das aber ist das Wesen der marxistischen Politik, die jedem Sektentwesen feind ist, die nicht dogmatisch bestimmte Auffassungen an die Arbeiterbewegung heranbringt, sondern aus dem stets erneuten Studium der gesellschaftlichen Entwicklung die Erkenntnis schöpft, das Klasseninteresse der Arbeiter gegen das Kapital auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu verteidigen. Und die marxistische Politik ist eben deshalb das Gegenteil der reformistischen Konfusion, die bald da, bald dort an das Bürgertum oder an eine rückständige Arbeiterschicht Konzessionen macht, deren Bedeutung sie nicht kennt, die glaubt, den Gegner überlisten zu können und stets zuletzt selbst überlistet ist, die immer damit endet, daß sie in der Hoffnung, durch Entgegenkommen Macht zu gewinnen, die wirkliche Quelle der Macht jeder sozialistischen Partei verliert: das Vertrauen der Arbeiterklasse. Der italienische Reformismus scheint ja nicht mehr allzuweit von diesem Ende zu sein. Um die italienische Arbeiterbewegung ist uns deshalb nicht bange. Das energische, temperamentvolle, freiheitsliebende Proletariat Italiens wird den richtigen Weg schon finden und wir können nur bedauern, daß der Mangel an marxistischer Schulung ihm so manchen Umweg und Irrweg aufnötigt, der ihm sonst erspart bleiben könnte.

Die Liebesgabe für die Krone.

Herr v. Rheinbaben erzählte bekanntlich am Dienstag dem Abgeordnetenhaus, daß die 3 1/2 Millionen-Liebesgabe für die Krone um so notwendiger sei, als das Privatvermögen der Krone nur gering sei. Was der Finanzminister unter „gering“ versteht, ergibt sich schon aus seiner weiteren Bemerkung, daß die Krone das Besitztum der verstorbenen Kaiserin Elisabeth auf Korsu — ein Millionenobjekt! — von einer „kleinen“ Erbschaft gekauft habe!

Die „gering“ das Privatvermögen der Krone ist, ergibt sich aber weiter schon aus der Tatsache, daß das Kronfideikommiss einen Besitz von fast 100 000 Hektar umfaßt, davon 86 000 Hektar Wald und 27 000 Hektar Acker! Das sind insgesamt ungefähr 18 deutsche Quadratmeilen!

Allerdings: Herr v. Rheinbaben behauptete, daß der Ertrag aus diesem riesigen Besitz nur 1 700 000 M. ausmache, keineswegs, wie bürgerliche Blätter behauptet hatten, 8 Millionen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten riefen dem Finanzminister am Dienstag sogleich zu: „Nur das eine Wirtschaft sein!“

Und in der Tat: wie muß es um die Verwaltung der Krongüter aussehen, wenn diese Güter pro Hektar oder vier preußische Morgen nur einen Ertrag von 17 M. abwerfen! Ein Paar Berggleichzahlen mögen das beweisen. Die gesamte Wirtschaftsjährliche Preußens umfaßt 84,8 Millionen Hektar. Der Kronbesitz beträgt also den 850. Teil dieser gesamten Wirtschaftsjährfläche. Wenn der Ertrag des gesamten preußischen Grundbesitzes ebenso hoch wäre wie der der Krongüter, würde er sich auf 600 Millionen belaufen, d. h. auf den zehnten Teil seines wirklichen Ertrages! Statt also den Steuerzahlern 3 1/2 Millionen abzuknöpfen, sollte man der Krone lieber nahelegen, die unglaubliche Wirtschaft auf ihren Gütern doch erst einmal einer Reorganisation zu unterziehen!

Wie unglaublich niedrig der Ertrag der Krongüter ist, dafür noch ein anderes Beispiel. Die Forsten des Kronfideikommisses umfassen 36 000 Hektar. Der preußische Staatsbesitz an Forsten beträgt 2,6 Millionen Hektar. Aus diesem Besitz wurde 1907 allein aus Holzverkäufen ein Reinerlös von 106 Millionen Mark erzielt. Da der Besitz der Krone den 70. Teil der Staatsforsten ausmacht, darf man also auch auf den 70. Teil des Reinerlöses aus den Holzverkäufen rechnen, also auf eine Einnahme von 1,4 Millionen Mark, das heißt annähernd die Summe, die nach Herrn v. Rheinbaben der Gesamttertrag aus dem ungeheuren Landbesitz der Krone bilden soll!

Wenn sich also die königlichen Prinzen unter sachverständiger Anleitung nur ein klein wenig der Verwaltung des enormen Grundbesitzes der Krone widmen wollten, würden sie mit Leichtigkeit die 3 1/2 Millionen herauswirtschaften können! Daß aber das Volk für die schlechte Wirtschaft der Kronfideikommissverwaltung aufkommen soll, ist doch eine geradezu unglaubliche Zumutung!

Gegen Herrn v. Rheinbaben's Hyzantinereien wendet sich sogar die „Tante Wok“ mit folgenden Ausführungen:

„Weiter bleibt Herr v. Rheinbaben dabei, daß die Krone 1820 einen Akt der Selbstlosigkeit gelebt, indem sie auf die Domänen und Forsten verzichtet habe. Er sagt — nach der „Nordd. Allgem. Ztg.“ —, wer zuerst zu den Füßen von Gneiß oder Treitschke geknien hat, wurde befristet, daß alle Staats- und Rechtslehrer die Vorgänge von 1820 als Akt der Selbstlosigkeit ansehen. Wir haben sowohl zu Gneiß wie zu Treitschke Füße geknien, und wir wiederholen, es ist falsch, daß die Domänen und Forsten bis 1820 Krongut gewesen seien und nicht Staatsgut; Staatsrechtslehrer wie Hermann Schulze und Ludwig Köhne stehen der Darstellung des Ministers entgegen. Und was sagt Gneiß? Herr v. Rheinbaben hat wohl den Aufsatz in Stengels Wörterbuch nachgesehen. Da steht von Selbstlosigkeit kein Wort, wohl aber daß Friedrich der Große in der Regel nur 220 000 Taler jährlich für die Bedürfnisse seines Hofstaats überwies, daß Friedrich Wilhelm III. zu den Grundfragen der Sparsamkeit zurückkehren mußte, daß die Aufnahme von Anleihen die Verpfändung von

Initiativanträge und Petitionen.

Eine umfangreiche Tagesordnung war es, die das Abgeordnetenhaus am Mittwoch zu erledigen hatte. Abgelesen von einigen Rechnungsachen und kleineren Vorlagen handelte es sich um Initiativanträge und Petitionen, die trotz ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit allerdings bei den paar im Hause anwesenden Abgeordneten nur wenig Aufmerksamkeit fanden.

Eine Petition, die vom Verband der Konfitürenhändler Deutschlands in Pankow ausging, wünschte die Ablehnung jeder weiteren Einschränkung der Verkaufszeit an Sonn- und Feiertagen. Genosse Hoffmann bekämpfte dies menschenfreundliche Verlangen und beantragte im Interesse der Angestellten Uebergang zur Tagesordnung. Natürlich ohne Erfolg, außer den Sozialdemokraten stimmten nur einige Freisinnige dafür. Dagegen wollte das Haus über eine Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen um Schaffung öffentlich-rechtlicher Stellenvermittlung für Handlungsgehilfen, Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung und der gewerbmäßigen Herausgabe von Vorkaufslisten kurzer Hand zur Tagesordnung übergehen. Dem Eingreifen unseres Genossen Leinert, der namens der sozialdemokratischen Fraktion Ueberweisung zur Berücksichtigung verlangte, können die Handlungsgehilfen es danken, daß ihr Gesuch der Regierung wenigstens als Material überwiesen wurde.

Von den Initiativanträgen rief ein nationalliberaler Antrag auf hauswirtschaftliche Unterweisung der weiblichen ländlichen Jugend eine lebhafteste Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Wiesberts (Z.) und unserem Genossen Leinert hervor. Herr Wiesberts vermag nicht einzusehen, warum die Sozialdemokraten von den bekannten Hysterischen Hungerrezepten nichts wissen wollen. Leinert bemängelte sich, ihm unseren Standpunkt auseinander zu setzen, aber es war ein Versuch am untauglichen Objekt, Wiesberts ist jeder Belehrung unzugänglich. Der Antrag selbst wurde in Verbindung mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Unterweisung auch der gewerblichen weiblichen Jugend im hauswirtschaftlichen Unterricht bezweckt, der Agrarkommission überwiesen.

Ein Zentrumsantrag, der die Bildung kommunaler Zweckverbände fordert, wurde von der Tagesordnung abgesetzt und schnell noch die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes durch Aktenmaßnahme für erledigt erklärt.

Donnerstag: Interpellation, betr. die Borromäus-Engpässe, zweite und dritte Lesung des Gesetzes betreffend Erhöhung der Zivilliste.

Eine dreiste Komödie

hat der Byzantinerblock gespielt, als er die Kronnotation am Dienstag an die Kommission verwies. Denn daß dort keine ernstlichen Beratungen gepflogen wurden, beweist schon die Tatsache, daß die Vorlage bereits am Donnerstag wieder das Menu des Abgeordnetenhauses beschäftigten soll!

Man fürchtete also lediglich die Verantwortung dem Volke gegenüber. Man tat so, als wolle man die Sache noch einmal gründlich prüfen. In Wirklichkeit aber waren sich alle bürgerlichen Parteien von vornherein darüber einig, daß sie die Liebesgabe unter allen Umständen bewilligen würden. Sie wollten sich lieb Kind machen! Sie glaubten, daß sie für die der Krone erwiesene klingende Gefälligkeit auch auf Gegengefälligkeiten rechnen könnten! Eine Auffassung, durch die das moralische Ansehen der Krone freilich kaum gehoben werden dürfte!

Wie das Zentrum im Landtage die Arbeiter- und die Kronrechte wahr.

Bei der Debatte über die Einschmuggelung des Religionsunterrichts in die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen der Provinz Schlesien mochten seitens des Zentrums die Herren Graf Spee und Kirch den unglaublich albernen Versuch, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages „vor dem Lande festzunageln“, da sie zur ersten Lesung dieser Vorlage nicht gesprochen hätten, weil sie 20 Minuten vor Schluß der Sitzung zur Agitation nach Rheinland und Westfalen abgereist waren. Das war in jenen Tagen, als die Riesen-

wird sich das Unterhaus mit dem längst fälligen Budget des laufenden Finanzjahres zu beschäftigen haben. Große Mehrbeträge sind notwendig für die Flotte und für die mit dem Anfang des kommenden Jahres automatisch in Kraft tretende Ausdehnung des Alterspensionsgesetzes auf die Gemeindevorstände. Die Flotte allein wird etwa 110 Millionen Mark mehr verschlingen. Auch werden, da der Kronprinz noch sehr jung ist, durch eine Regentkronenkoronationsfeierlichkeiten für den Fall getroffen werden müssen, daß der König stirbt. Die Regierung wird jedenfalls versuchen, einer unmittelbaren Lösung der Krise aus dem Wege zu gehen, damit sie sich auf einen Wahlkampf vorbereiten kann, der allein die Möglichkeit bietet, der jetzigen Verwirrung ein Ende zu bereiten.

Durch Reuwallen hoffen die Liberalen, dem drückenden Joch der Kräfte zu entgehen und auch, wie es die zunehmende gerichtliche Verfolgung der Arbeiterpartei beweist, der Arbeiterpartei den Garaus zu machen. Fast jede Woche bringt uns jetzt einen richterlichen Einhaftsbefehl gegen irgend eine der Arbeiterpartei angeschlossene Gewerkschaft, die dadurch gezwungen wird, ihre politische Tätigkeit einzustellen. Jetzt erst rafft sich die bedrohte Partei auf, um sich vor dem gänzlichen finanziellen Zusammenbruch zu schützen und veröffentlicht Aufrufe an ihre Mitglieder und Freunde, in denen sie diese zu freiwilligen Beisteuerungen auffordert. Ob dieser Appell jedoch in Anbetracht dessen, daß die politischen Vereine, die Seele der politischen Parteien, fehlen, irgend welchen nennenswerten Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft. Auf der Vorkonferenz, die dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei voranging, waren augenscheinlich die meisten der Delegierten der Ansicht, daß sich die Entscheidung der Lords im Fall Osborne dadurch umgehen ließ, daß man die für die politische Aktion bestimmten Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder als nicht obligatorisch einstellte. Eine vor kurzem gefällte richterliche Entscheidung hat dieses Verfahren jedoch als ungesetzlich bezeichnet.

Wer hinter diesen Verfolgungen der Gewerkschaften steht, ist unklar zu erraten. Die Konservativen haben sicher kein Interesse daran, daß ihren liberalen Gegnern durch die Beseitigung der Arbeiterpartei die Bohne frei gemacht wird. Je mehr Kandidaten die Arbeiterpartei aufstellen kann, um den Liberalen die industriellen Gebiete streitig zu machen, je größer also ihre finanzielle Kraft, desto mehr Aussicht haben die Konservativen, durch Minoritäten Siege im Parlamente zu erobern.

Hinter diesen „injunctio“ stehen die Agenden der Liberalen und es scheint höchst sonderbar, daß eine Partei, die von der Regierung an die Wand gedrückt wird, dennoch bereit ist, die Politik der Liberalen in der Hauptsache zu unterstützen, zumal da die Veto-politik, wie es jetzt jedermann offenbar ist, darauf hinausläuft, das unverantwortliche Haus der Lords durch einen starken, den Besitz schließenden Senat zu ersetzen. Wir scheinen an einem Punkt gelangt zu sein, an dem sich die Arbeiterpartei allen Ernstes daran machen muß, ihre Stellung zur Politik der liberalen Partei gründlich zu revidieren, will sie nicht das Schicksal so mancher unvorsichtigen Jäger teilen, der mit dem Löwen auf die Jagd zog.

Die Sitzung.

London, 8. Juni. Das Unterhaus trat heute nach Beendigung der Frühjahrsferien wieder zusammen und beriet über verschiedene Punkte des Marinebudgets. Eine ministerielle Erklärung über den künftigen Gang der Ereignisse wurde nicht abgegeben; Asquith machte lediglich einige Angaben über den Geschäftsgang der nächsten Tage.

Im Oberhause erwiderte der Kolonialsekretär Earl of Crewe auf eine Anfrage über den Geschäftsgang des Hauses, es sei ihm mitgeteilt worden, daß Lord Rosebery in der nächsten Zeit die seinen Reformplan enthaltenden Resolutionen nicht einbringen beabsichtige. Wir waren, fuhr der Kolonialsekretär fort, übereingekommen, aber die Vetoresolutionen der Regierung erst nach der Diskussion der Resolutionen Lord Rosebergs zu verhandeln, und wünschen von diesem Beschluß nicht abzugehen. Wir beschäftigen uns daher mit den Regierungsvorlesungen erst zu beschäftigen, wenn die Resolutionen von Lord Rosebery eingebracht sind. Es wird jedenfalls im Interesse der Geschäftsführung des Hauses liegen, wenn die ganze Frage, welche diese besonders Angelegenheit betrifft, für eine oder zwei Wochen zurücksage stellt wird.

Das andere Mal.

Frang Wehring schreibt in der „Neuen Zeit“: Nach der schmählichen Niederlage, die Herr v. Bethmann Hollweg mit seinem Wechselbald von „Wahlrechtsreform“ erlitten hat, sucht er sich zu rehabilitieren, indem er dem Preussischen Landtag eine Vorlage zugehen läßt, die eine Erhöhung der Zivilliste um 2 1/2 Millionen Mark verlangt. Es ist sicherlich ein origineller Gedanke, indes hat ihn Herr v. Bethmann Hollweg doch nicht aus eigenem Busen geschöpft. Er ahmt nur ein Vorbild nach, wenigstens kein Vorbild aus der preussischen Geschichte. Was der König Friedrich in seinem Testament sagt: „Ich habe die Einkünfte des Staates immer als die Bundeslade betrachtet, die keine unheilige Hand berühren dürfe. Ich habe die öffentlichen Einkünfte nie zu meinem besonderen Nutzen verwendet. Meine Ausgaben haben nie in einem Jahre 220 000 Taler überstiegen.“ — das ist für den heftigsten Philosophen, der augenblicklich den Posten eines deutschen Reichskanzlers und eines preussischen Ministerpräsidenten bekleidet, viel zu trivial. Immerhin ahmt er ein Vorbild aus der deutschen Geschichte nach, insofern bleibt er wenigstens ein deutscher Mann.

Es war im Herbst 1756, als der König Friedrich von Preußen das Kurfürstentum Sachsen mitten im Frieden überfiel, um es in freundschaftlicher Gesinnung in die eigene Tasche zu stecken. Im letzten Augenblick gelang es jedoch dem Kurfürsten von Sachsen, der zugleich König von Polen war, sich mit seinen Truppen ins Heidenlager von Pirna zu retten, wo er alsbald von den Preußen belagert wurde. Bald wurden die eingeschlossenen Sachsen die Leute quälenden Hungers; nur der König August mit seinem Hofgeschmeiß litt nicht darunter, denn er bedang sich von dem preussischen König aus, daß ihm täglich die ausgesuchtesten Leckerbissen geliefert würden, und König Friedrich war pfiffig genug, ihm diesen Wunsch zu gewähren.

In den Ingalen Geschichtsbüchern kann man heute noch die Klammern fittlicher Enttäuschung über die Verhältnisse des sächsischen Kurfürsten lodern sehen. Was guten Gründen wollen wir nur ein paar von diesen Stimmen anführen, und zwar solche, die sich noch am mildesten äußern. So schreibt Garbis in seiner Biographie Friedrichs: „Die eigene Tafel der polnischen Majestät wird ad libitum versorgt, aber dem gemeinen Soldaten werden sofort kleinere Nationen, die immer kleiner werden, verabreicht. Das 1/4 Pfund Brot täglich war auf die Hälfte dieser Portion herabgesunken, die 2 Lot Fleisch in der Woche waren verschwinden oder Pferdefleisch von der äußersten Magerkeit geworden.“ Und Bern-

hardi schreibt: „Auch im Lager von Pirna dachte dieser Kurfürst nicht entfernt daran, etwa wie Karl XII. von Schweden, Rangelt und Gefahren mit seinen Soldaten teilen zu wollen; er dachte nicht einmal daran, sich das Ansehen zu geben, als wolle er das. Infolge eines besonderen Konvention kamen während der Belagerung seine wohlverpackten, mit dem gewähltesten Küchenmaterial ausgestatteten Küchewagen täglich durch die preussische Stellung und die preussische Vorpostenlinie in sein einseitiges „Lager“ in dem eingeschlossenen Lager angefahren. Die Zeit nahm daran seinen sonderlichen Anstich. Am Dresdener Hofe herrschte damals, wie selbst nach in Zeiten, die uns sehr viel näher liegen, entchiedener sogar als in den meisten anderen, die Ansicht, die in einem Staate nur den Landbesitz sah, der bestimmt sei, dem regierenden oder vielmehr bestehenden Hause die Mittel einer fürstlichen Existenz zu gewähren, und in diesem fürstlichen Dasein selbst den Zweck aller Dinge.“ Es mag an diesen Stimmen genug sein; andere Patrioten drücken sich viel kräftiger aus und trösten sich höchstens damit, daß so etwas nur einmal in teutschen Länden passiert sei.

Herr v. Bethmann Hollweg jedoch sorgt für das anderemal. Während für die breiten Massen des Volkes, dank der kühnwürdigen Junkerpolitik, die Nationen an Brot und Fleisch immer kleiner werden, während die Mittel nicht aufzubringen sind, den Inwaliden des deutschen Heeres ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, verlangt er eine Erhöhung der Zivilliste, die jetzt schon 15 1/2 Millionen jährlich beträgt, um 8 1/2 Millionen.

Sehen wir uns indessen etwas näher die Gründe an, die er für seine Forderung vorbringt. Zunächst feiert er die „Selbstlosigkeit“ der preussischen Krone — wobei er einen gar nicht liebenswürdigen Seitenblick auf die „meisten anderen“ deutschen Kronen wirft —, weil sie die eigenen Interessen hinter die Interessen des Staates habe zurücktreten lassen und „bereits durch königliche Verordnung vom 17. Januar 1820 die sämtlichen Domänen und Forsten gegen eine feste Rente von 2 1/2 Millionen überlassen habe“. Herr v. Bethmann Hollweg verschweigt hier schamhaft, was in der Krone die Domänen und Forsten überlassen habe, nämlich den Staatsgläubigern.

Die Domänen und Forsten sind niemals privates Eigentum der Krone gewesen, auch nicht nach den Anschauungen des alten Absolutismus, der in ihnen vielmehr, wie wir eben durch den alten Reich hürten, eine Bundeslade sah, an die keine unheilige Hand rühren dürfe. Allerdings wurde aus ihrem Ertrag auch der Unterhalt der königlichen Familie bestritten, aber eben nur so wie andere Staatsausgaben auch. Nun hatten die preussischen Könige Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. mit der „Bundeslade“ sehr „unheilig“ gewirtschaftet, so daß der preussische Staat 1820 vor dem Bankrott stand. Er entging ihm dadurch, daß die Krone

sich den Staatsgläubigern gegenüber verpflichtete, keine neuen Anleihen ohne Zustimmung von Reichständen aufzunehmen, und daß sie ihnen sämtliche Domänen und Forsten verpfändete, „mit Ausnahme der Domänen, welche zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs von 2 1/2 Millionen Talern für den Unterhalt der königlichen Familie notwendig sind“. Also die Krone sicherte sich durch die Verordnung vom 17. Januar 1820 für den Fall des Bankrotts, an dessen Rand ihre Politik den Staat geführt hatte, was Herr v. Bethmann Hollweg dahin erläutert, daß sie die Interessen des Staates ihren Interessen vorgezogen habe. Als Logiker steht er leider nicht ganz so hoch wie als Philosoph.

Bei dieser wirklichen Lage der Dinge ist es natürlich der reine Konfession, wenn Herr v. Bethmann Hollweg weiter folgert, da der Wert der Domänen seit 1820 beträchtlich gestiegen sei, so müsse auch die Abfindungssumme beträchtlich gesteigert werden. Und diese Schlussfolgerung würde selbst dann ein Konfession bleiben, wenn die Krone wirklich ein Eigentumsrecht an den Domänen besäßen hätte. Mit demselben Rechte könnten, wie der „Vorwärts“ sehr richtig sagt, die Bauern, deren Großväter und Urgroßväter bei der sogenannten Bauernbefreiung einen Teil ihres Grundbesitzes für Ablösung der Fronen an die Junker abtreten mußten, von den jetzigen Junkern den Wertzuwachs einfordern.

Ferner macht Herr v. Bethmann Hollweg für seine Vorlage die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise geltend, wobei er nur vergißt, zu erzählen, daß diese Steigerung durch dieselbe Junkerpolitik verursacht worden ist, die den gewolligen privaten Grundbesitz der Krone um ein Gewaltiges profitabler gemacht hat. Welch ausgleichende Gerechtigkeit, die den großen Grundbesitz Deutschlands noch entschädigt für die allgemeine Verleerung der notwendigen Lebensbedürfnisse, durch die der ganze Großgrundbesitz seine Schätze scheidet!

Dann bemüht sich Herr v. Bethmann Hollweg auf die Vermehrung der prinzipialen Hofhaltungen. Und hier geht er weit hinter den alten Absolutismus zurück, der, so sehr er für seine legitime Pflichtenhaftigkeit zu sorgen pflegte, doch in seinem eigenen Interesse sowohl wie im Interesse des Staates seine legitime Nachkommenschaft in gewissen Schranken zu halten pflegte. Der alte Reich sah in den Prinzen „unglückliche, unbefriedigte Zwitweterwesen, eine Art Amphibien“, die man nicht über Gebühr vermehren dürfe, und es war ein Hausgesetz der preussischen Krone, daß nur die Söhne und Brüder von Königen „standesgemäß“ heiraten dürften, womit gesagt war, daß ihre Haushaltungen von Staats wegen unterhalten werden müßten; alle enifernteren Verwandten blieben auf unorganische Eben angewiesen. In den letzten Jahrzehnten aber ist dies Hausgesetz oft durchbrochen worden; selbst die Urenkel von Königen, wie der Prinz Friedrich Leopold, der mit einer Schwester der Kaiserin verheiratet ist, haben schon „standesgemäß“

Domänen nötig machte: „Andererseits wollte die Dynastie nicht darauf verzichten, die Bedürfnisse ihres Hauses und Hofhalts als ein Reservat auf die dauernden Einkünfte der Domänen zu fundieren.“ Ueber 2 1/2 Millionen Talern, mehr als das Reinkommen dessen, was Friedrich der Große genommen hatte, und was sagt Treitschke? Er erklärt in Blumisches Staatswörterbuch: „Es ist unübergehen, daß von dem Vermögen der regierenden Häuser ein großer Teil auf Kosten des Landes entstanden ist“, und als Friedrich Wilhelm III. in der Rot Privaterpantnisse angreifen mußte, habe er gesagt: „Von meinem Lande hab' ich es, ihm geh' ich es wieder.“ Hat Herr v. Bethmann also zu Gneiss und Treitschke's Fäden gefesselt, so scheint er sie nicht verstanden zu haben.

Es ist ja sehr häßlich, daß selbst die „Voss. Ztg.“ so konsequent gegen die Liebesgabe für die Krone eintritt. Leider nur wird die übergroße Mehrheit der fortschrittlichen Fraktion nichts desto weniger dem Byzantinerblock treu bleiben und für die Liebesgabe stimmen!

Parlamentseröffnung.

London, 6. Juni. (Fig. Ber.) Die Mittwoch erfolgende Eröffnung des Parlaments erregt verhältnismäßig wenig Interesse. Die Scheinlämpfe der letzten Monate haben bei vielen organen Skeptizismus erzeugt. Dazu kommt noch, daß die ekelhafte Orgie des Byzantinismus, die von der gesamten bürgerlichen Presse ohne Unterschied der Partei anlässlich des Todes Eduards des Siebenten entsetzt wurde, das Volk erschöpft hat. Wenn etwas geeignet war, die politische Mäßigkeit des englischen Proletariats darzutun, so war es die Leichtigkeit, mit der es von den Selbstschreibern des Monarchismus eingefangen werden konnte. Die Stimmung ist heute noch decart, daß man sich auch nicht die leiseste Kritik des verstorbenen Monarchen erlauben kann, ohne Gefahr zu laufen, von den Schmock der bürgerlichen Presse wie von einem Rudel wilder Wölfe angefallen zu werden.

Die Konservativen suchen sich diese Erscheinung zunutze zu machen und betonen beständig, wie unschädlich es für die Liberalen wäre, wenn diese jetzt in ihrer Veto-politik fortfahren und dadurch den neuen König, bevor er noch zwölf Monate regiert habe und gekrönt worden sei, in die ärgste Verlegenheit bringen würden. Die imperialistische Kinnsteinpresse verbreitet sogar die Mär, der gekrönte König Eduard sei an den Folgen des Schmerzes gestorben, den ihm die Liberalen durch ihren Kampf gegen die Lords bereitet hätten. Alles dies deutet darauf hin, daß die Konservativen nun einsehen, daß ihnen die Veto-politik ein arges Hindernis ist. Nicht nur verpflichtet sie diese Politik dazu, das Zielgewicht der Lords, die im Volks weit mehr Feinde als Freunde haben, mit sich herumzuschleppen, auch die Frage der Tarifreform, auf die sie alle ihre Hoffnung gesetzt haben, kann nicht andauernd im Vordergrund der Diskussion gehalten werden, so lange die konstitutionelle Frage nicht in irgend einer Weise gelöst ist. Der Tod des Königs rief nun im konservativen Lager den Gedanken wach, die Vetofrage durch einen Vergleich zum Abschluß zu bringen, und es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien anzubahnen. Vor allem ist es der „Observer“, der seit einigen Wochen die Friedensschalmci bläst. Er beschwor eine Konferenz der Parteihäupter und schlägt als Lösung der konstitutionellen Frage die Schaffung einer zweiten Kammer vor, die zur Hälfte aus den besten Köpfen der Lords und zur anderen Hälfte aus den in großen Wohlbezügen gewählten Vertretern der Wählerchaft bestehen soll. Die Lords sollen in dieser Versammlung nur eine beratende Stimme haben und bei der endgültigen Entscheidung nicht mitstimmen können. Die erkrankten Gesetzgeber scheinen einer trübten Zeit entgegenzugehen, wenn selbst ihr Hauptkämpfe den Glauben an ihre Zuverlässigkeit verloren hat.

Diese Anschauungen konservativer Politiker werden vorausichtlich gerade das Gegenteil von dem bezwecken, was sie bezwecken sollen. Die Liberalen werden kaum geneigt sein, ihre Irwispolitik, die nicht allein ihre radikalen Elemente und die Arbeiterpartei anlockt, sondern auch ihre direkten Gegner bewirkt, fallen zu lassen. Dazu werden sie künstig von ihren treuen Bundesgenossen wohl noch mehr angetrieben werden wie bisher; denn die Partei O'Connors, die die Redmondisten auf dem Trab hält, ist noch sehr lebendig; das bewiesen die blutigen Schlägereien, die in der letzten Zeit zwischen O'Connors und Redmondisten stattgefunden haben. Eine sofortige Zuangriffnahme der Veto-politik scheint jedoch nicht angemessen. Zuerst

Das andere Mal.

Frang Wehring schreibt in der „Neuen Zeit“: Nach der schmählichen Niederlage, die Herr v. Bethmann Hollweg mit seinem Wechselbald von „Wahlrechtsreform“ erlitten hat, sucht er sich zu rehabilitieren, indem er dem Preussischen Landtag eine Vorlage zugehen läßt, die eine Erhöhung der Zivilliste um 2 1/2 Millionen Mark verlangt.

Es ist sicherlich ein origineller Gedanke, indes hat ihn Herr v. Bethmann Hollweg doch nicht aus eigenem Busen geschöpft. Er ahmt nur ein Vorbild nach, wenigstens kein Vorbild aus der preussischen Geschichte. Was der König Friedrich in seinem Testament sagt: „Ich habe die Einkünfte des Staates immer als die Bundeslade betrachtet, die keine unheilige Hand berühren dürfe. Ich habe die öffentlichen Einkünfte nie zu meinem besonderen Nutzen verwendet. Meine Ausgaben haben nie in einem Jahre 220 000 Taler überstiegen.“ — das ist für den heftigsten Philosophen, der augenblicklich den Posten eines deutschen Reichskanzlers und eines preussischen Ministerpräsidenten bekleidet, viel zu trivial. Immerhin ahmt er ein Vorbild aus der deutschen Geschichte nach, insofern bleibt er wenigstens ein deutscher Mann.

Es war im Herbst 1756, als der König Friedrich von Preußen das Kurfürstentum Sachsen mitten im Frieden überfiel, um es in freundschaftlicher Gesinnung in die eigene Tasche zu stecken. Im letzten Augenblick gelang es jedoch dem Kurfürsten von Sachsen, der zugleich König von Polen war, sich mit seinen Truppen ins Heidenlager von Pirna zu retten, wo er alsbald von den Preußen belagert wurde. Bald wurden die eingeschlossenen Sachsen die Leute quälenden Hungers; nur der König August mit seinem Hofgeschmeiß litt nicht darunter, denn er bedang sich von dem preussischen König aus, daß ihm täglich die ausgesuchtesten Leckerbissen geliefert würden, und König Friedrich war pfiffig genug, ihm diesen Wunsch zu gewähren.

In den Ingalen Geschichtsbüchern kann man heute noch die Klammern fittlicher Enttäuschung über die Verhältnisse des sächsischen Kurfürsten lodern sehen. Was guten Gründen wollen wir nur ein paar von diesen Stimmen anführen, und zwar solche, die sich noch am mildesten äußern. So schreibt Garbis in seiner Biographie Friedrichs: „Die eigene Tafel der polnischen Majestät wird ad libitum versorgt, aber dem gemeinen Soldaten werden sofort kleinere Nationen, die immer kleiner werden, verabreicht. Das 1/4 Pfund Brot täglich war auf die Hälfte dieser Portion herabgesunken, die 2 Lot Fleisch in der Woche waren verschwinden oder Pferdefleisch von der äußersten Magerkeit geworden.“ Und Bern-

hardi schreibt: „Auch im Lager von Pirna dachte dieser Kurfürst nicht entfernt daran, etwa wie Karl XII. von Schweden, Rangelt und Gefahren mit seinen Soldaten teilen zu wollen; er dachte nicht einmal daran, sich das Ansehen zu geben, als wolle er das. Infolge eines besonderen Konvention kamen während der Belagerung seine wohlverpackten, mit dem gewähltesten Küchenmaterial ausgestatteten Küchewagen täglich durch die preussische Stellung und die preussische Vorpostenlinie in sein einseitiges „Lager“ in dem eingeschlossenen Lager angefahren. Die Zeit nahm daran seinen sonderlichen Anstich. Am Dresdener Hofe herrschte damals, wie selbst nach in Zeiten, die uns sehr viel näher liegen, entchiedener sogar als in den meisten anderen, die Ansicht, die in einem Staate nur den Landbesitz sah, der bestimmt sei, dem regierenden oder vielmehr bestehenden Hause die Mittel einer fürstlichen Existenz zu gewähren, und in diesem fürstlichen Dasein selbst den Zweck aller Dinge.“ Es mag an diesen Stimmen genug sein; andere Patrioten drücken sich viel kräftiger aus und trösten sich höchstens damit, daß so etwas nur einmal in teutschen Länden passiert sei.

Herr v. Bethmann Hollweg jedoch sorgt für das anderemal. Während für die breiten Massen des Volkes, dank der kühnwürdigen Junkerpolitik, die Nationen an Brot und Fleisch immer kleiner werden, während die Mittel nicht aufzubringen sind, den Inwaliden des deutschen Heeres ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, verlangt er eine Erhöhung der Zivilliste, die jetzt schon 15 1/2 Millionen jährlich beträgt, um 8 1/2 Millionen.

Sehen wir uns indessen etwas näher die Gründe an, die er für seine Forderung vorbringt. Zunächst feiert er die „Selbstlosigkeit“ der preussischen Krone — wobei er einen gar nicht liebenswürdigen Seitenblick auf die „meisten anderen“ deutschen Kronen wirft —, weil sie die eigenen Interessen hinter die Interessen des Staates habe zurücktreten lassen und „bereits durch königliche Verordnung vom 17. Januar 1820 die sämtlichen Domänen und Forsten gegen eine feste Rente von 2 1/2 Millionen überlassen habe“. Herr v. Bethmann Hollweg verschweigt hier schamhaft, was in der Krone die Domänen und Forsten überlassen habe, nämlich den Staatsgläubigern.

Die Domänen und Forsten sind niemals privates Eigentum der Krone gewesen, auch nicht nach den Anschauungen des alten Absolutismus, der in ihnen vielmehr, wie wir eben durch den alten Reich hürten, eine Bundeslade sah, an die keine unheilige Hand rühren dürfe. Allerdings wurde aus ihrem Ertrag auch der Unterhalt der königlichen Familie bestritten, aber eben nur so wie andere Staatsausgaben auch. Nun hatten die preussischen Könige Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. mit der „Bundeslade“ sehr „unheilig“ gewirtschaftet, so daß der preussische Staat 1820 vor dem Bankrott stand. Er entging ihm dadurch, daß die Krone

Demonstrationen gegen die Wahlrechtskommission und den Wahlvertrag des Zentrums dort stattfanden, die natürlich die Zentrumskreise arg hörten und ihnen deshalb sehr unbehagen waren. Daher resultiert auch die unnatürliche Aufregung gegen das sonst gerade bei der Zentrumspartei so beliebte wirkliche Schwänzen der Landtags-Sitzungen, bei dem der Zentrumspartei so ziemlich der Rekord gehört, der ihr höchstens von ihren lieben Brüdern und Spießgesellen, den Junkern, streitig gemacht werden könnte. Soll es doch Abgeordnete geben, die nur einen Tag vor Beginn des Landtages erscheinen, sich im Bureau vorstellen, damit die Diäten flüssig gemacht werden, und dann auf Zimmerwiedersehen aus dem Landtage verschwinden und höchstens, wenn kommandiert wird, oder wenn sie ein „Wählein“ für ihren Wahlkreis zum Kleinbahnnetz zu vertreten haben, einmal wiederauftauchen.

Und Leute, die so im Glashause sitzen, wollen mit Steinen werfen, nach den sechs Sozialdemokraten, die unermüdlich tätig sind, um den Wust von Unrat zu bewältigen, den sie bei ihrem Eintritt in diesen Kugelsaal, preussischer Landtag genannt, vorfinden, um das preussische Volk über die unglaublichen Vorgänge in dieser Dunkelkammer auf dem Laufenden zu erhalten, auch draußen im Lande für Aufklärung sorgen! Sie bewältigen damit ein Arbeitspensum, das nicht nur manchen ehelichen Gegner in Erstaunen gesetzt, sondern auch Veranlassung gegeben hat, dies offen auszusprechen.

Wie sieht aber dasselbe Zentrum, das, um den ihm folgenden Wählermassen Sand in die Augen zu streuen — derartige Scheingefechte inszeniert, seine Pflicht als Volksvertreter im preussischen Landtage auf. „Wir wollen vor dem Lande festnageln“, das am Montag, als die Sicherung der Vertragsverhältnisse der Mitglieder der Arbeiterauschüsse der Eisenbahnverwaltung und anderer staatlicher Betriebe, Antrag Kronsohn und Genossen, auf der Tagesordnung stand, dieser Antrag abgelehnt wurde, weil von 105 Zentrumsgesandten nur eine knappe Bauernmehrheit anwesend war, aber 88 Zentrumsgesandte fehlten. Wären von diesen Fehlenden nur 25 Prozent dagewesen, war der Antrag angenommen! Aber — es handelt sich nur um Arbeiterinteressen, da kann man schwänzen! Als aber am Dienstag die Erhöhung der Zivilliste auf der Tagesordnung stand, rückte die Zentrumskommunikation in einer Stärke an, wie man sie selten zu Gesicht bekommt. Ja, bei der Krone muß man sich, um gut Wetter zu behalten, eifrig zeigen, um an der Krippe zu bleiben, wenn auch dem Volke die Augen dabei übergehen. Wenn aber bloß Arbeiterinteressen zu vertreten sind, dann ist es besser, fern zu bleiben; die eifrige Vertretung auf diesem Gebiete warte sehr leicht Regierung und die lieben Bundesräuber, die Junker, verschaukeln! Und wird der Zentrumsarbeiterwähler mal wild, nun, zu was sind denn die Kapläne da? Die werden, eventuell mit Hilfe der Frauen und des Reichstages die Zentrumskommunikation schon wieder zur christlichen Demut anleiten.

Wie lange werden sich die Arbeiter, die dem Zentrum immer noch verblendet Herfolge leisten, so verhöhnen lassen?

Die Interessenten melden sich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich sehr eifrig dagegen, daß die Steuerveranlagung auf dem Lande verbessert wird. In der Immediat-Kommission zur Reform der Verwaltung hat sich der Finanzminister v. Rheinbaben für eine Abtrennung des Vorzuges in der Steuerveranlagungskommission vom Landratsamt ausgesprochen. Auch der Vorsitzende der Kommission, der Minister des Innern v. Moltke, soll sich diesem Plane geneigt gezeigt haben, der indes bei verschiedenen Mitgliedern der Kommission, namentlich beim Regierungspräsidenten Graf Schwerin Widerspruch erfuhr.

Das Landbündlerorgan ist entschieden Gegnerin solcher Reform. Das Steuerhinterziehungsrecht der Junker ist in Gefahr, ein Angriff auf die heiligsten Güter der Agrarier muß abgelehnt werden. Diesen wahren Grund darf die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich nicht angeben, sie hat als Ersatz beschönigende Vorwände. Sie hält es „für unbedingt notwendig, daß der Landrat die Leistung bei der Steuerveranlagung nach wie vor behält“, da für ihn „die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Lage seiner Kreis-

gehörte, und wenn das so weitergeht, wie Herr v. Bethmann-Hollweg verheißt, so eröffnen sich für die preussischen Steuerzahler freilich liebliche Aussichten.

Endlich stellt sich der philosophische Staatsmann auf — künstliche Interessen. Von den 34 Millionen, die er fordert, sollen 1 1/2 Millionen für die Hoftheater verwandt werden. Daß die preussischen Hoftheater als wahrer Krebsgeschwür an der Kunst zehren, das ist seit Jahrzehnten eine allgemein bekannte und beklagte Tatsache; um nur ein Item anzuführen, so sei erwähnt, daß Herr Paul Lindau, nachdem er als Leiter eines Privattheaters künstlerischen Bankrott gemacht hatte, zum Leiter des königlichen Schauspielhauses ernannt wurde und heute noch dieses Amtes waldet. Wir wollen indes auf das traurige Kapitel nicht näher eingehen, sondern uns abermals darauf beschränken, zu zeigen, wie der alte Absolutismus in diesem Punkte dachte. Der alte Reich, so große Freude er am Theater hatte, schrieb doch, als die Zeiten schlecht wurden, an seinen Lindau, einen gewissen Kränim: „Die gegenwärtige Lage der Dinge bereitet auf ernste Szenen vor. Man kann deshalb sehr wohl auf komische verzichten, und aus diesem Grunde entziehe ich allen Schauspielern und Schauspielerinnen meines Theaters ihre Gehälter und Pensionen. Die Ihrigen sind darin einbezogen, und nachdem Sie als Schauspieler verabschiedet haben, wird es von Ihnen abhängen, sich ganz Ihren Liebchastien zu widmen.“ Das war die Art des alten Absolutismus, die mindestens für die Steuerzahler ihre entscheidenden Vorzüge hatte vor der Art des Herrn v. Bethmann-Hollweg.

Aber freilich — jedes Volk hat die Minister, die es verdient, und wenn Bernhardt von dem einmal das schärfste Ausrufen-König sagte: „Die Zeit nahm keinen sonderlichen Anstoß daran,“ so gilt das gleiche von dem anderenmal des preussischen Ministerpräsidenten. Er ist mit seiner sauberen Bekleidung erst am Tageslicht gerückt, als er sich hinter den Rücken mit allen bürgerlichen Parteien verständigt und ihrer aller Zustimmung erhalten hatte; auch der biedere Freisinn hat sein Ja und Amen genickt, und binnen acht Tagen wird der Streich gelungen sein. Nur in der heimlichen Hast, womit er betrieben wurde, verriet sich die Scheu des bösen Gewissens.

Der einzige Fortschritt seit den Tagen des Felsenlagers von Birna besteht darin, daß die Arbeiterklasse an solchen Dingen allerdings „sonderlichen Anstoß“ nimmt. Unsere Genossen im preussischen Landtag werden der Krone die Schelle anzuhängen wissen, auch wenn darüber der Pentium mit 10 Mann in glorreicher Erscheinung treten sollte. Und den Rest werden die Reichstagswähler besorgen. Wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien jeden Tag für ihren künftigen Ruin sorgen, so ist man fast versucht, zu sagen: Wozu dieß der Güte!

eingefessenen von außerordentlichem Werte ist.“ Und sie schreibt weiter: „Für uns handelt es sich hier jedenfalls weit weniger um eine steuerliche, als vielmehr um eine wichtige Verwaltungsfrage: wir wünschen auf jeden Fall das Landratsamt in seinen Rechten und in seiner Wirksamkeit möglichst ungestört zu erhalten; ja wir glauben, daß die angestrebte Verwaltungsreform, zu deren wichtigsten Zielen doch eine Dezentralisation der Verwaltungsgeschäfte gehört und gehören muß, eher eine Erweiterung, als eine Verengerung des Wirkungsbereiches der Landräte bringen sollte!“

Die „Konservative Korrespondenz“ bezeichnet es als sehr auffallend, daß gerade der Finanzminister und der Minister des Innern mit dem Beschlusse einverstanden sind. Sie erklärt: „Wir möchten bezweifeln, ob der Beschluß von unserem Standpunkt aus wird Zustimmung finden können, er wird auch schwerlich mit sachlichen Gründen vertreten werden können.“

Ob Herr v. Rheinbaben — Herr v. Moltke ist schon ein aufgegebener Mann — angesichts dieser entschiedenen Kundgebungen auf seinem Standpunkt verharren wird? Dann wäre er sicherlich die längste Zeit der Viebling der Junker gewesen. Denn in allem, was ihr Steuerhinterziehungsrecht gefährdet, verstehen die Herren Preußens keinen Spaß, wie sie schon bei der Erbschaftsteuer gezeigt haben. Wir vermuten daher, daß Herr v. Rheinbaben noch rechtzeitig den Weg zur Umkehr finden wird.

Gegen die Erhöhung der Zivilliste.

Daß auch in Zentrumskreisen die Forderung der Erhöhung der Zivilliste auf Widerspruch stößt, geht aus einem Artikel der katholischen „Westfäl. Rundschau“ hervor. Diese nennt es schändlich eine Dreistigkeit, wenn als erster Grund für die Erhöhung der Zivilliste die allgemeine Lebensverteuerung angeführt werde, von der, wie gesagt wird, „der Gehalt des Königs ebenso nachdrücklich betroffen werde, wie der Haushalt jedes deutschen Bürgers“.

„Würde“, so heißt es weiter, „ein deutscher Bürger, der 30 Millionen Mark jährlich zu vergehren hat, den Wunsch nach einer Erhöhung seines Einkommens mit der allgemeinen Lebensverteuerung begründen, so würde man das mit Recht als eine Verhöhnung des mitleidenden Volkes bezeichnen. Aber die offiziöse Berufung auf die allgemeine Lebensverteuerung ist auch eine dreiste Unwahrheit, weil diese allgemeine Lebensverteuerung dem Hause Hohenzollern weit mehr Einnahmen bringt, als sie ihm Ausgaben verurteilt. Die künstliche Preissteigerung aller Lebensmittel durch die Steuer, das Steigen des arbeitslosen Einkommens aus der Bodenrente kommt dem Kaiser als einem der größten Grundbesitzer des Reiches in besonders hohem Maße zugute.“

... Es heißt, daß alle bürgerlichen Parteien bereit seien, jetzt der Krone ihre Fähigkeit zu „positiver Arbeit“ zu beweisen, die bei der Wahlreform so schmachlich verlagert hat. „Fest über das Hülfsgeld!“ Selbstverständlich wird das Zentrum als echte Volkspartei gegenüber dieser ganz unnötigen neuen Belastung des Volkes nur ein glattes Nein haben. Nein und adermals nein!

Wir hoffen, die Hoffnung des katholischen Blattes auf die Standhaftigkeit der „echten Volkspartei“ wird sich nicht erfüllen. Das Zentrum aber mag sich diese Stimme eines Zentrumskreises, das allerdings den Mut hat, nicht nach der Feiße der Kapläne zu tangen, sondern der wirklichen Volksstimme Ausdruck zu geben, zur Warnung dienen lassen!

Ein Rückzug der Kurie.

Das offiziöse Organ des Vatikan, der „Osservatore Romano“ veröffentlicht folgende Note: „Angesichts der in Deutschland auf Grund irrthümlicher Auslegungen und wenig genauer Uebersetzungen der letzten Enzyklika des Papstes getretenen Erregung sind wir ermächtigt, folgendes zu erklären: Der heilige Vater hat in der Enzyklika ad nos aepo dei, welche aus Anlaß des Gedächtnistages des heiligen Vorkromäus veröffentlicht wurde und welche darauf abzielte, die Irrthümer der Modernisten zu bekämpfen, wie sich auch augenscheinlich aus dem Wortlaut ergibt, auch nur im entferntesten die Absicht gehabt, die Nichtkatholiken in Deutschland sowie ihre Fürsten zu beleidigen. In der Enzyklika befinden sich einzig und allein einige historische Urtheile über die Epoche des heiligen Vorkromäus, in denen weder Völler noch Fürsten eines bestimmten Landes genannt sind. Im übrigen ist zu bemerken, daß es sich darin um Katholiken jener Zeit handelt, die sich gegen die Lehren und die Autorität des apostolischen Stuhles auflehnten. Wie wohlwollend im übrigen die Gesinnung des Papstes gegen Deutschland und seine Fürsten sind, ist auch in jüngster Zeit sehr deutlich zutage getreten.“

Na also! Diese Ehrenklärung wird hoffentlich die aufgeregten Postensengemüther wieder beruhigen.

Konservative Mahnung an die Fortschrittliche Volkspartei.

Die Konservativen im Wahlkreis Jauer-Landeshut. Volkensain haben bekanntlich zur Stichwahl ihre Wähler aufgefordert, für den Fortschrittler zu stimmen. Wie jetzt bekannt wird, haben sie vorher den Fortschritt verpflichtet wollen, im Falle einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten im Wahlkreise Ufedom-Wollin für den Konservativen zu stimmen. Sie haben die Zusage des Fortschritts nicht erhalten, erwarten aber, daß die Fortschrittliche Volkspartei, was sie in Jauer-Landeshut von allen „monarchisch gesinnten Wählern“ fordert, bei den anderen bevorstehenden Stichwahlen ebenfalls ausführt. Wenn sie diese Erwartungen nicht erfüllt, werde sie weiterhin das Recht verwirklichen, von den Konservativen als das „kleinere Uebel“ betrachtet zu werden.

Zu diesen „Erwägungen“ bemerkt die „Kreuzzeitung“: „Wir halten den Entschluß der Konservativen in Jauer-Landeshut-Volkensain für durchaus zweckentsprechend. Das praktische Verhalten der Freisinnigen in einer etwaigen Stichwahl der Konservativen in Ufedom-Wollin gegenüber der Sozialdemokratie wird für die kommenden Reichstagswahlen von besonderer Bedeutung sein.“

Nach Dernburg — v. Schumann.

Der in den letzten Tagen als Nachfolger Dernburgs vielfach genannte Gouverneur von Südwestafrika, v. Schumann, tritt von seinem Posten zurück. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ erzählt, hat Herr v. Schumann nicht die Absicht, wieder nach Südwestafrika zu gehen, da seine Gesundheit in mehrfacher Hinsicht zu wünschen übrig lasse.

Müller-Sagan geht.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Sagan will, wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, jetzt auch sein preussisches Landtagsmandat niederlegen. Es soll das nach Schluß der laufenden Session geschehen. Die „Vossische Zeitung“ hat erfahren, daß dieser Entschluß auf ärztlichen Rath erfolgt. Sie nimmt an, daß Dr. Müller auch die Reichstagskandidatur

für Sagan-Sprossen, wo er im vorigen Jahre wieder als Kandidat nominiert wurde, ablehnen werde.

Dr. Müller vertritt den Landtagswahlkreis Berlin IV (Tempelhofer Vorstadt, Luisenstadt), wo er bei den allgemeinen Wahlen vom Juni 1908 mit 278 gegen 181 sozialdemokratische Wahlmännerstimmen gewählt wurde.

Ein nüchternes Urtheil.

Im roten „Tag“ fällt R. Kent in einem Artikel über Dernburg folgendes Urtheil über die Kolonialpolitik:

„Der sich den nüchternen Blick durch das Kellamageschrei der letzten Jahre nicht hat trüben lassen, weiß, daß im großen und ganzen die Aussichten der deutschen Kolonialpolitik heute nicht viel günstiger sind als früher. Jeder Unternehmung stehen ungeheure Hindernisse entgegen, und das burokratische System in der Verwaltung hat Dernburg nicht zu überwinden vermocht. Macht man neue Gold- und Edelsteinsunde, die sich bezahlt machen, in der einen oder anderen Kolonie, so wird das heutige Interesse im Volke (?) nach bleiben und die schwere Last willig weiter getragen werden. Haben die neuen Männer weniger Glück als Dernburg, so wird der Wechsel im Kolonialamt das einzig ständige in ihm sein. Wechselten früher die Kolonialdirektoren, so werden in Zukunft die Kolonialsekretäre wechseln.“

Zur Nachwahl in Schopau-Marienberg.

Die Antisemiten haben als Kandidaten für die Nachwahl den Obsthändler Frische aus Waldau aufgestellt. Ein Wigbold hatte die Meldung lanciert, daß sie den berühmten Ahlwardt zum Nachfolger Zimmermanns aussersehen hätten. Entsetzt teilten darauf die Reformen in der bürgerlichen Presse mit: „Die angelegliche Kandidatur des früheren Reichstagsabgeordneten Ahlwardt hat mit der Deutschen Reformpartei absolut nichts zu tun, da er in gar keinem Verhältnis mehr zu ihr steht.“

Landtagschluß.

Die gemeinsame Schlußsitzung der beiden Häuser des Landtages wird, wie jetzt mit Bestimmtheit verlautet, am Donnerstag, den 18. d. Mts., nachmittags oder spätestens am 17. vormittags stattfinden.

Die Affäre Langhammer.

Der nationalliberale Abgeordnete Langhammer hat nun das Amt eines Vorstandsmitgliedes des nationalliberalen Landesvereins niedergelegt und wird vermutlich ganz aus der Partei bzw. der sächsischen nationalliberalen Organisation ausscheiden. Daß der sehr stark kompromittierte Geschäftsmann und Politiker auch sein Mandat niederlegt, wird nicht gesagt, vermutlich denkt er gar nicht daran.

Oesterreich.

Die ungarischen Wahlen.

Wien, 8. Juni. Abgeordnetenhause. In Beantwortung der Interpellation über die Verwendung von Truppen des gemeinsamen Heeres bei den ungarischen Wahlen gab Ministerpräsident Freiherr von Bienerth zu, daß, wie dies in gleichen Fällen stets gehandhabt worden sei, auch Truppen aus österreichischen Korps zur Verstärkung der nicht ausreichenden, in Ungarn stationierten Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit verwendet worden seien, was im Wehrgesetz begründet sei. Er vermöge die von den Interpellanten gewünschten Schritte nicht zu unternehmen, da dies eine Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Staates der Monarchie bedeuten würde. Gleichzeitig wies der Ministerpräsident die aus diesem Anlaß gegen die ungarische Regierung gerichteten Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns auf das entschiedenste zurück. Die Beantwortung der Interpellation wurde schließlich auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Frankreich.

Ein Schulstreik.

Marseille, 8. Juni. Mehrere hundert Schüler der Gewerbeschule und einer höheren Bürgerschule haben den Schulbesuch eingestellt, weil der Gemeinderat angeordnet hat, daß in Zukunft nur bedürftige Schüler Schulbücher und andere Schulutensilien unentgeltlich erhalten sollen. Die Schüler erklärten, dies widerspreche den Grundsätzen der republikanischen Gleichheit. Die ausständigen Schüler veranstalteten vor anderen Schulen lärmende Kundgebungen, um die Schüler zum Anschluß an den Ausstand zu bewegen.

Rußland.

Finlands Entrechtung.

Petersburg, 7. Juni. Nach viertägigen Debatten hat die Reichsduma mit 196 Stimmen der Rechten und der Mitte gegen 105 Stimmen der Opposition und einiger Oktobristen, hauptsächlich Abgeordneter der baltischen Provinzen, beschlossen, zur Verhandlung der einzelnen Paragraphen der Finnländvorlage überzugehen. Die Sozialdemokraten hatten den Saal verlassen, weil die Duma überhaupt kein Recht hat, eine solche Abstimmung vorzunehmen.

Der Protest der Opposition.

Petersburg, 8. Juni. Die Reichsduma lehnte heute den Antrag der Opposition, über Artikel 2 des Gesetzentwurfs über Finnland nach Punkten zu debattieren oder die Punkte in besondere Gesetzkategorien umzuwandeln, ab. Hierauf erklärte Riljukov namens der ganzen Opposition, diese habe anfänglich an den Debatten teilzunehmen beabsichtigt, um zu sehen, wie die Sache ende; die von der Mehrheit angenommene Beratungsmethode mache dies zunächst unmöglich. Eine Teilnahme an diesem unwürdigen Spiel halte die Opposition für erniedrigend; sie werde sich daher auch nicht an der Abstimmung beteiligen. (Beifall.) Die ganze Opposition verließ sodann den Saal.

Amerika.

Der Indianeraufstand.

London, 8. Juni. Die Truppen sind nicht in der Lage, den Indianern Widerstand zu leisten. Man glaubt, daß in einigen wenigen Tagen mehr als 800 Weiße getödtet worden sind. Es wird gemeldet, daß ein Trupp von 5000 Indianern auf die Stadt Merida zu marschieren, auf seinem Wege alles zerstörend. Die Indianer, die dem Stamme der Mayas angehören, sind gut bewaffnet und haben sich in Valladolid mit genügender Munition und Waffen versehen können. Man nimmt an, daß die Stadt Merida ihrem Angriff nicht standhalten können; Verstärkungstruppen sind nach dieser Stadt abgesandt worden. Aber man hat mit den Indianern als einem sehr achtungswürdigen Gegner zu rechnen, der wohl imstande ist, Laufgräben anzulegen und einen Sturm auf die besetzte Stadt zu unternehmen. Die Revolte ist ohne Zweifel eine Folge der Agrarpolitik der Regierung. Sie ist die schwerste, die sich seit langem in Mexiko ereignet hat, und es wird sehr schwer sein, sie niederzuschlagen. Die Eisenbahnverbindungen sind rar und das Eintreffen der Truppenverstärkungen vollzieht sich nur langsam.

Gewerkschaftliches.

Zwecklose Hirsch-Dunderische Verräterei.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis im Holzgewerbe in Hamburg ist noch nicht beendet, da die Innungsmeister sich zur Einführung des paritätischen Nachweises immer noch nicht verstehen können. Der Holzarbeiterverband hat seinen Mitgliedern Anweisung gegeben, daß sie ohne Verbandsnachweis Arbeit nicht mehr annehmen dürfen. Hieraus haben sich in einigen Betrieben ernsthafte Differenzen entwickelt, unter anderem auch bei der Firma Steinway and Sons, Pianofortefabrik. Dort waren vier Arbeiter ohne Vermittlung des Verbandsnachweises in Arbeit getreten und als diese, von den übrigen Arbeitern veranlaßt, wieder aufhörten, ersuchte die Betriebsleitung den im Betrieb beschäftigten Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins der Tischler, Hirsch-Dunderische Arbeitskräfte heranzuziehen. Diesem Ersuchen wurde von dem Herrn nachgegeben, und wurden 3 von den Plätzen, die die Entlassenen verlassen hatten, von Gewerkschaftlern besetzt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins tat sich sogar noch was darauf zugute, diese Arbeiter vermittelt zu haben. Daß die im Betriebe beschäftigten Mitglieder des Holzarbeiterverbandes den Hirschen nicht besonders hilfreich zur Hand gingen, ist selbstverständlich, und als die Herrschaften sich noch provokatorisch benahmen, wurde von einer Anzahl Zusammengehöriger die Entlassung genommen, denen etwas später die Umbauer und Abputzer folgten. Die Auseinandersetzungen mit der Firma nahmen nunmehr einen schärferen Charakter an und wurde die Arbeit bei der Werkfirma eingestellt. Der Gewerkschaftsverein drohte dann damit, sämtliche Arbeitsplätze zu besetzen; doch ist derselbe gar nicht in der Lage, in ganz Deutschland so viel Klavierarbeiter aus seinen Reihen heranzuziehen, um die nötigen Arbeitswilligendienste zu leisten. Die Firma mußte sich deshalb wohl oder übel nach einiger Zeit dazu verstehen, mit dem Holzarbeiterverband Frieden zu schließen und die Hirsche sind diesmal um den Dank für ihre Verräterei gekommen.

Vom Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes werden täglich 80-100 Arbeitskräfte vermittelt und sind es nur eine Anzahl verbissener Innungsmeister, die den Weg zum Gewerkschaftsaußenposten, wo sich der Nachweis befindet, immer noch nicht finden können. Lange kann der Kampf nicht mehr dauern, weil die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes eine geradezu musterhafte Disziplin wahren und die Arbeitgeber die Dinge nicht lange mehr so laufen lassen können.

Die Holzarbeiter Deutschlands werden nochmals ersucht, diesem bedeutungsvollen Kampf die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

Berlin und Umgegend.

Die Einseker beschäftigten sich in einer Versammlung mit den Bestimmungen des Vertrages über den Arbeitsnachweis in der Holzindustrie und über das fernere Verhalten der Kollegen. Thomaßke referierte über das Thema. Redner unterbreitete der Versammlung den folgenden Antrag der Zentralvertrauensmänner-Versammlung:

1. Um die Arbeitsvermittlung gemäß den Bestimmungen des Vertrages zu regeln, wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, das Umhauern nach Arbeit unter allen Umständen zu unterlassen. Ebenso ist das Vermitteln der Kollegen untereinander untersagt. Zeitungsinserate müssen unberücksichtigt bleiben.
2. Jeder Kollege hat sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Arbeitsnachweis zu melden.
3. Sollen in den Werkstätten ledige Plätze besetzt werden oder werden solche unter Umgehung des Nachweises besetzt, so müssen die Vertrauensleute eventuell durch Vorweisung der dem Unternehmer darauf dringen, daß diese Stellen vertragsmäßig durch den Nachweis besetzt werden.
4. Bei allen Werkstattdifferenzen bei Nicht-Vertragsmeistern ist auch Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises zu fordern.

Es werde schwer sein, den Beschluß durchzusetzen und Opfer werden fallen, aber trotzdem ersuche er, ihn durchzuführen. In der Diskussion trat Guteskunst für Annahme des Antrages ein. Von mehreren Rednern werden noch einzelne Punkte des Regulativs bemängelt. Der Antrag wurde dann angenommen. Ueber die Tarifverhandlungen sprach hiernach Franz. Die Einseker, die mit Abschluß ihres Tarifs warten sollten, bis die Bauarbeiter mit ihrem Tarif fertig seien, hätten eingesehen, daß sie darauf nicht warten konnten, sondern verlangten, daß sofort in Verhandlungen eingetreten werden solle, andernfalls würden die fünf Prozent erhoben und die Vorlage zurückgegeben werden. Redner ist der Meinung, daß die Kollegen bei den Nichtvertragsfirmen einfach die 5 Proz. aufschlagen sollten und daß der Beschluß den in Betracht kommenden Unternehmern sofort vorgelegt werden soll. In dieser Frage entspann sich eine längere lebhaft diskussion, in der alle Redner ein energisches Vorgehen verlangten. Franz erklärte, wenn die Versammlung einig sei, könne der Tarif jetzt fertig gemacht werden. Auf Vorschlag Thomaßkes war die Versammlung damit einverstanden, daß die Tarifberatungskommission sich noch einmal mit der Frage beschäftigen solle. Die Neuwahl des Vorsitzenden wird in der nächsten Versammlung erfolgen.

Zentralverband der Maurer.

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Besichtigung der Städtebau-Ausstellung in Charlottenburg statt. Eintrittskarten hierzu sind zum Preise von 30 Pf. im Bureau, Engelauer 15, Zimmer 53, zu haben. Der Zweigvereinsvorsitzend.

Ausker aller Branchen in Berlin und Umgegend! Die Schmiebe Berlins befinden sich zurzeit bei den Kleinmeistern in einer Lohnbewegung. Es muß daher Aufgabe eines jeden organisierten Auskers sein, daß er sein Augenmerk auf diese Bewegung richtet. Sollte es zu einer Arbeitsniederlegung kommen, so ersuchen wir alle Reparaturbetriebe, welche das Beschlagen der Pferde oder sonstige Reparaturen zu bewerkstelligen haben, die Schmiebegefallen dadurch in ihrem Kampfe zu unterstützen, daß sie strengste Solidarität geübt wird.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion II.

Achtung, Stukkateure, Gipser! In Berlin sind bei der deutschen Gesolth-Gesellschaft Differenzen ausgebrochen und ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Die Firma wird versuchen, Arbeitskräfte aus allen Gegenden herbeizuziehen. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Streik der Automaten- und Einzelbänke-Einrichter.

Die an den Schraubenautomaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter waren am Mittwochabend zusammengekommen, um das Resultat der neuerlichen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Handte berichtete, konnte aber nur mitteilen, daß die letzteren es abgelehnt hätten, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln. Einer der Herren erklärte, daß ihm seine Zeit zu teuer sei, um sie für Unterhandlungen zu opfern. Die Kommission empfahl den Versammelten angesichts der Sachlage, daß die bei folgenden Firmen beschäftigten Kollegen die Arbeit am Donnerstagmorgen niederlegen sollen: Dietrich, Subitais, Starke, Koll, Lüben u. Wulfe, Wulfe, Stelzner, Schülze u. Mattei, Müller, Apparatbau, Erdmann u. Groß.

In den übrigen Betrieben, wo Aussicht vorhanden ist, eine Verhandlung herbeizuführen, soll am Donnerstag noch einmal

Rücksprache mit den Inhabern genommen werden. Handte wies ausdrücklich darauf hin, daß seitens der Streikleitung es den in Betracht kommenden Kollegen vollständig freigestellt werde, ganz nach eigenem Ermessen zu entscheiden.

Die geheime Abstimmung ergab 64 für und 10 Stimmen gegen den Streik, 2 Zettel waren unbeschieden. Der Streik ist also perfekt und in den oben genannten Betrieben ruht vom Donnerstag ab die Arbeit.

Deutsches Reich.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe im Jahre 1909.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die besonders in den graphischen Berufen bei der andauernden allgemeinen Krise herrschte, hat sich nach dem soeben veröffentlichten Kassendenbericht der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe im Jahre 1909 weiter erfreulich entwickelt. Am Anfang des Jahres zählte er 18 836 Gehilfenmitglieder und 3117 Lehrlingsmitglieder, und am Schlusse des Jahres 1909 waren 17 505 Gehilfenmitglieder und 3277 Lehrlingsmitglieder in 157 örtlichen Zahlstellen vorhanden. Das ist ein reiner Zugang von 669 Gehilfenmitgliedern und 160 Lehrlingsmitgliedern; dem Verbands gehören jetzt 90 Prozent aller Berufsangehörigen als Mitglieder an. — Die Arbeitslosigkeit war im Jahre 1909 im Lithographenverband am stärksten von allen graphischen Verbänden; auf je 100 Mitglieder kamen 15,4 Fälle von Arbeitslosigkeit (bei den Buchdruckern, die ebenfalls sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, waren es nur 14,8 und bei den Buchbindern 14,4 Fälle). In Summa waren die Mitglieder im Lithographenverband in 9076 Fällen mit 58 950 Wochen während Erwerbslosigkeit durch Krankheit und Arbeitslosigkeit befreit, das ist ein Verlust an Mitgliederbeiträgen von 74 085 Mark. — Der Verband gewährt seinen Mitgliedern bei einem Wochenbeitrag von 1,30 M. Unterstützung in fast allen Lebenslagen, was aus nachstehenden Ausgabeposten hervorgeht. Es wurden verausgabt für: Rechtschutz 2075,67 M., Maßregelungsunterstützung (drei Viertel des verdienten Lohnes und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. pro Woche) 9899,43 M., Umzugsunterstützung (bis 180 M. per Mitglied) 14 213,24 M., Reiseunterstützung (4 Pf. pro Kilometer Luftlinie) 29 618,48 M., Arbeitslosenunterstützung (pro Woche 9 bis 12 M.) 177 074,88 M. Außerdem wurde an die statutenmäßig ausgesteuerten Arbeitslosen für die fernere Dauer ihrer Arbeitslosigkeit eine kleine wöchentliche Extraauszahlung ausbezahlt (die Ledigen erhalten 3 M., die Verheirateten 5 M.), die Gesamtausgabe hierfür betrug im Jahre 102 944,73 M. — An Krankenunterstützung für Gehilfenmitglieder (pro Woche 12 M. auf die Dauer von 52 Wochen) wurden im Jahre 295 126,80 M. verausgabt, an Lehrlingsmitglieder (bei einem Wochenbeitrag von 10 Pf. 5 M. Krankengeld) 20 733,77 M. — Für Sterbegelder wurden 14 770 M. verausgabt (für Gehilfen je 100 M., deren Frauen 50 M. und für verstorbenen Lehrlinge 25-50 M.). — Für Invalidenunterstützung (bei Verursachung durch Krankheit) wurden im Jahre an 282 Witwen 48 681,20 M. ausgezahlt. Trotz dieser hohen Ausgaben sind die Kassensverhältnisse des Verbandes günstig. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1 098 940,78 M. und die Gesamtausgaben 1 059 478,74 M., sodaß ein Reinerüberschuß von 39 462,03 M. zu verzeichnen ist. Das Gesamtvermögen aller Klassen des Verbandes (einschließlich des am Anfang des Jahres vorhandenen Kassensbestandes und der vorhandenen Invalidenkasse in Liquidation) beträgt am Schlusse des Jahres 1909 814 302,88 M. Das ist pro Kopf der Gehilfenmitglieder 46,51 M. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, von der viele Mitglieder betroffen wurden und der dadurch verausgabten hohen Unterstützungen, kann der Verband mit dem Ergebnis des Jahres 1909 voll befriedigt sein; möge er sich so weiter entwickeln.

Achtung, Kupferschmiede! Zugang ist fernzuhalten von Magdeburg, weil dort die Kupferschmiede die Arbeit niedergelegt haben.

Die Aussperrung der Heizungsmonteur und ihrer Helfer in Rie ist nach fünfwöchentlicher Dauer beendet worden und zwar zugunsten der Aussperrten, die nicht nur die geplanten Verschlechterungen abgewehrt, sondern auch noch Zugeständnisse errungen haben. Der abgeschlossene Tarifvertrag gilt bis 1. April 1910. Der Lohn für Monteur wurde auf 76 Pf. festgesetzt, er steigt im zweiten Jahre auf 77, im dritten Jahre auf 79 Pf. Der Lohn der Helfer beträgt 55 Pf. und steigt nach einjähriger Tätigkeit auf 57 Pf. Die Vergütung für arbeitsfähige Arbeiter ist für die ersten drei Tage von 8 M. auf 8,50 M. erhöht worden, die beabsichtigte Zoneneinteilung wurde abgewehrt.

In der vom Vorstande des Rießer Arbeitgeberverbandes einberufenen Sitzung wurden auch die Tarife für die übrigen Nebenberufe des Bauwesens: Schlosser, Dachbeder, Glaser, Schmiede, Stukkateure und Wildbauer endgültig zum Abschluß gebracht. In diesen Berufen war schon nach den neuen tariflichen Vereinbarungen gearbeitet, der endgültige Tarifabschluß bis zur Beendigung der Aussperrung im Zeugniss für die hinausgeschobenen worden. Von diesen Tarifen ist zu bemerken, daß der Stundenlohn für Bauarbeiter von 55 Pf. auf 59 Pf. erhöht worden ist.

Lohnbewegungen der Glasarbeiter.

In Rauscha (Kreis Görlitz) haben bei der Firma Gebr. Greiner vormals Henschel sämtliche Beleuchtungsglasarbeiter am Sonnabend, den 4. Juni, die Arbeit eingestellt. Es kommen 58 Arbeiter in Betracht. Den Grund zur Arbeitsniederlegung gab eine Lohnreduktion von 15 Proz., auf die die Arbeiter unter keinen Umständen eingehen konnten. Es ergeht an alle Beleuchtungsglasarbeiter das dringende Ersuchen, Rauscha zu meiden.

In Volkstratshausen bei München wurden die gesamten dort beschäftigten 80 Glasarbeiter von der Firma gekündigt. Die Firma will aber keineswegs den Betrieb einstellen, sondern sie ist bemüht, Arbeiter aus Oesterreich zu billigeren Löhnen einzustellen.

In der Chemischen Fabrik Grödenheim Elektron zu Frankfurt a. M. sind am Mittwoch 70 Arbeiter grundlos entlassen worden. Wegen dieser brutalen Maßnahme hat sich der übrige Arbeiter eine große Erregung bemächtigt, weshalb ein Ausstand des gesamten Personals in Aussicht steht.

Mitgliederstreikwindstucht bei den Gelben.

Mit dem „Nationalen Arbeiterverein Westrup“ in Essen ist es, nachdem so ziemlich alle widerstandsunfähigen Elemente für den Verein eingezogen waren, nicht besonders rosig bestellt. Unter dem 6. Juni versendet der Verein folgendes gedruckte Schreiben an die säumigen Mitglieder:

„Nach unserer Beitragsliste haben Sie weder den seit fünf Monaten fälligen Beitrag für das erste Vierteljahr, noch den ebenfalls seit Wochen fälligen Beitrag für das zweite Vierteljahr 1910 entrichtet. Unsere an Sie ergangene schriftliche Mahnung, sowie die wiederholte Aufforderung im „Bund“ haben Sie zu unserem Bedauern auch nicht beachtet.“

Für den Fall, daß die Zahlung nunmehr nicht innerhalb vier Wochen erfolgt, müssen wir annehmen, daß Sie auf die Verbehalten der Mitgliedschaft keinen Wert legen und gemäß § 4, Absatz 2 Buchstabe o der Satzungen aus unserem Verein ausgeschlossen zu werden wünschen. Sollten wir mit dieser Annahme befehlen, indem ein anderer Grund für den Rückstand vorliegt, so bitten wir um unverzügliche Mitteilung.“

Schmerz laß nach!

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Köln.

Die im freien Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeiter der städtischen Kölnischen Betriebe sind in eine

Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, Umwandlung der Tagelöhne in Wochenlöhne und Aufbesserung sämtlicher Löhne um 2 M. pro Woche bei dem nächsten Lohnsteigerungstermin. Die Arbeiter begründen ihre Forderungen in einer 12 Seiten starken Denkschrift an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten. Wie verlautet, wollen die christlich organisierten Arbeiter ebenfalls Forderungen stellen.

Ausland.

Die Brüsseler Sattlerorganisationsleitung teilt mit, daß im Geschäft von Charles ein Streik ausgebrochen ist, an dem 72 Kollegen beteiligt sind. Es handelt sich um eine Erhöhung des Lohnes und eine Regelung der Arbeitszeit. Die Brüsseler Kollegen bitten daher, bis zur Beendigung des Streiks Brüssel zu meiden.

Straßenbahnerstreik in Paris.

Paris, 8. Juni. Die Arbeiter und Angestellten der Nordstraßenbahngesellschaft hielten vergangene Nacht eine Versammlung ab, welche um 3 Uhr morgens endigte und worin nach einstimmiger Annahme von scharfen Protestresolutionen gegen das Vorgehen der Straßenbahndirektion schließlich der Generalausstand der Straßenbahner beschlossen wurde. Auf den nördlichen Pariser Tramwaylinien verkehrt heute kein Wagen. An dem Ausstand dürften sich ungefähr 1800 Angestellte beteiligen und man befürchtet eine Ausdehnung des Ausstandes auch auf andere Verkehrsunternehmen.

Achtung, Holzarbeiter! In Paris stehen seit circa 4 Wochen die Arbeiter einer der größten Möbelfabriken Frankreichs, Sana et Popot, in der Zahl von 250 Mann im Streik, und zwar sind daran beteiligt die Schreiner, Bildhauer, Tapezierer, Vergolder, Maschinenarbeiter usw. Nur einige Schreiner, darunter auch leider einige Deutsche, arbeiten als Streikbrecher weiter. Der Streik kam zum Ausdruck, weil die Firma den Arbeitern ein neues Reglement aufzwingen wollte. Einer Delegation der Arbeiter gegenüber erklärte sich die Firma bereit, das Reglement zurückzunehmen, entließ aber am selben Tage einige Vertrauensleute, was als Maßregelung seitens der Arbeiter aufgefaßt wurde. Es kam aus diesem Grunde zur Arbeitsniederlegung. Die deutschen Holzarbeiter werden dringend ersucht, den Zugang nach diesem Betriebe zu verhindern, da die Firma versucht, ausländische Streikbrecher heranzuziehen.

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Sektion I, Handelsarbeiter, war am Donnerstagabend in den „Arminhallen“ versammelt. Den Bericht über den außerordentlichen und den gemeinsamen Verbandstag in Hamburg, über dessen Verlauf der „Vorwärts“ ausführlich berichtet hat, erstattete Ludow, der noch einmal ein Bild von der Arbeit und den Verhandlungen des Kongresses entwickelte, und wobei er besonders auf die Notwendigkeit der Pflege und des Ausbaus der Jugendorganisation hinwies. Notwendig sei es, ein besonderes Augenmerk auf die Organisation der Jugendlichen in den Werkhäusern, die eine stattliche Zahl darstellen, zu richten. Viel Geld verschlingen die Rechtsaufsätze infolge der reichlichen Anzeigen der Krutcher und Chauffeurs durch die Polizei. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Hauptvorstand sind folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Als Vorsitzender P. Müller und Breyer, als Revisoren Fröhbrod und Willhalm.

Verichtigung. Zu unserm Bericht in gestriger Nummer über die Protestversammlung gegen die Luftbarkeitssteuer werden wir gebeten, mitzuteilen, daß die Ausführungen in bezug auf die „Freie Volksbühne“ vom Kassierer Winkler gemacht wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kampf geht weiter.

Essen, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, die heute nachmittag in Essen geführt wurden, sind, da in keinem Punkte eine Einigung erzielt wurde, ergebnislos abgebrochen worden.

Aus den englischen Parlamenten.

London, 8. Juni. In der Sitzung des Oberhauses erklärte Rosebery: Es war in keinem Fall meine Absicht, mit den Resolutionen heute vorzugehen. Ich gebe zu, ich hätte es sehr gern getan, aber ich habe von einflussreichen Kreisen die Mitteilung erhalten, daß es nach Ansicht derjenigen, welche wohl befähigt sind, ein Urteil abzugeben, besser sein würde, wenn ich nicht an dem ersten Tage nach dem Wiedergesammentritt des Hauses vorzugehen würde. Offenbar herrschte bei denjenigen, welche dies sagten, die Idee vor, daß der kürzliche traurige Verlust der Nation als ein Anlaß ergriffen werden möge, einen Ausbruch in irgendwelcher Form zwischen den Forderungen beider Parteien zustande zu bringen. Bei meinen Resolutionen handelt es sich um Prinzipien, welche das Oberhaus für künftige Reformpläne aufzustellen wünscht, die von einer künftigen Regierung durchgeführt werden mögen. Unsere Resolutionen haben mit den Beschlüssen der Regierung nichts zu tun. Wenn ich erkläre, daß ich mit meinen Resolutionen heute nicht vorgehen will, so habe ich doch nicht die Absicht, sie zu verschieben, als ob sie mit den Resolutionen der Regierung in Beziehung ständen. Unsere Resolutionen nehmen eine gesonderte Stellung ein und obgleich ich abschließend weder direkt noch indirekt irgend etwas tun werde, um eine Antipathie hervorzurufen oder die Reigung zum Frieden zu hemmen, so müssen doch unsere Resolutionen unserem eigenen Ermessen überlassen bleiben.

London, 8. Juni. (Unterhaus.) Gibson Bowles fragte im weiteren Verlauf der Sitzung an, ob sich im Auswärtigen Amt irgend ein Nachweis über einleitende Verhandlungen finde, welche im Jahre 1899 oder 1901 zwischen England und Deutschland im Betreff des Beitritts Englands zum Dreibunde stattgefunden hätten, ob irgend welche hierauf bezüglichen Papiere existierten, ob irgend welche einleitenden Verhandlungen im Januar 1901 angefangen und im März 1901 abgebrochen worden seien im Betreff eines Unternehmens oder irgend einer gemeinsamen Aktion mit Deutschland, und schließlich, ob irgend ein bezüglicher Schriftwechsel existiere, welcher auf den Tisch des Hauses gelegt werden könne. Sir Edward Grey erwiderte: Ich kann Fragen dieser Art über die Beziehungen zwischen England und anderen Mächten, die vor zehn Jahren bestanden haben, nicht beantworten.

Vom Miß getötet.

Troppau, 8. Juni. (B. N.) In Lodnik, einem Vorort von Troppau wurden drei Frauen, welche auf einem Rübenfelde arbeiteten, vom Miß getroffen und alle drei sehr schwer verletzt.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 8. Juni. (B. N.) Das Donezgebiet und die Stadthauptmannschaft Kertsch Jenikals sind für Cholera bedroht erklärt worden.

Zur Bergung des „Fluvio“.

Calais, 8. Juni. (B. N.) Infolge des günstigen Wetters haben die Taucher den „Fluvio“ mit sieben Ketten an die Geybräume befestigt. Es besteht die Hoffnung, den „Fluvio“ bei der nächsten Flut zu heben und ihn gegen Witternacht einzuschleppen zu können.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung, Mittwoch, den 8. Juni, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der allgemeinen Rechnung über den Etat von 1908.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (l.) ersucht die Rechnungs-Kommission um zeitigere Vorlegung solcher Rechnungen, damit eine wirksame Prüfung möglich werde.

Die Rechnung wird genehmigt. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten.

Die Nationalliberalen haben den in zweiter Lesung abgelehnten Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage im § 1 (Tagegelder für aktive Minister, Beamte der ersten bezw. zweiten und dritten Rangklasse von 35, 28 und 22 M., statt 30, 25 und 20 M. nach den Kommissionsbeschlüssen) wieder eingebracht.

Nachdem mehrere Redner für und gegen den Antrag gesprochen haben, wird das Gesetz mit dem Antrage und einer Änderung in bezug auf die Dienstreisen, die an einem oder zwei Tagen beendet werden, angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Verbandes der Konfitürenhändler Deutschlands um Ablehnung jeder weiteren Einschränkung der Verkaufszeit an Sonn- und Feiertagen beantragt die Kommission zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir beantragen, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Gründe, die von den Konfitürenhändlern angeführt werden, sind dieselben, die bisher von allen Verufen in der ersten Zeit gegen die Sonntagsruhe ins Feld geführt worden sind. Man hat immer von Vernichtung der Gewerbe usw. gesprochen, aber wir haben erleben müssen, daß gerade die Geschäftleute, die gegen die Sonntagsruhe eingetreten waren, nachher sehr dankbar waren, wenn sie eingeführt war. Wenn man sich darauf beruft, daß meist selbständige Frauen, Witwen usw. von dieser Maßnahme schwer betroffen würden, so trifft das nicht zu, denn die Erfahrung beweist, daß das Publikum seine Einkäufe danach einrichtet. Auch bedürfen gerade diese Frauen, die wie Galerensklaven die ganze Woche hinter den Ladentisch gebannt sind, dringend des freien Sonntags. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß, wenn man mit dieser Begründung Ausnahmen von der Sonntagsruhe gestattet, das ein Anreiz für andere Berufe, z. B. Großdestillateure, Zigarrenfabrikanten usw. ist, statt eigene Filialen mit Angestellten zu errichten, überall kleine Läden zu mieten, wo sie Mädchen hineinschicken, die auf ihren Namen das Geschäft übernehmen. Dadurch würde die Sonntagsruhe umgangen und außerdem sparen die betreffenden Unternehmer eine Menge Steuern. — Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie also, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mezentzin (l.) empfiehlt den Antrag der Kommission, der einstimmig gefaßt sei.

Unter Ablehnung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen wird der Kommissionsantrag angenommen.

Ueber eine Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinen Deutschlands um Schaffung öffentlich-rechtlicher Stellenvermittlung für Handlungsgehilfen, Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung und der gewerbmäßigen Herausgabe von Balanzlisten beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Reinert (Soz.)

Begründet einen Antrag Borgmann, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Die Frage der Stellenvermittlung der Handlungsgehilfen ist eine außerordentlich wichtige, und es würde ihrer Bedeutung nicht entsprechen, wenn man darüber einfach zur Tagesordnung übergehen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unverständlich ist, wie

als Grund des Beschlusses der Kommission angeführt werden kann, wie das in der Kommission geschehen ist, daß die gewerbmäßigen Stellenvermittler bei einem Verbot der gewerbmäßigen Stellenvermittlung entschädigt werden müßten. Als es sich bei der Reichsfinanzreform darum handelte, daß Arbeiter durch die Gesetzgebung brotlos würden, hat man verschiedentlich unseren Antrag auf Entschädigung dieser Arbeiter abgelehnt. Im übrigen gibt es unter den gewerbmäßigen Stellenvermittlern auch recht viele Parasiten, die einen höchst unmoralischen Gewinn aus der Ausbeutung arbeitsloser und mittelloser Menschen ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist dringend notwendig, daß auch im Handelsgewerbe die paritätischen Arbeitsnachweise eingeführt werden. Die große Masse der Handlungsgehilfen weiß heute überhaupt nicht, wo Balancen vorhanden sind. Im allgemeinen sieht man ja hier im Hause solchen paritätischen Arbeitsnachweisen wenig freundlich gegenüber. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die Handlungsgehilfen den bestehenden paritätischen Arbeitsnachweisen der Gemeinden angegliedert werden. Aus allen diesen Gründen verlangen wir, daß die Regierung diese Frage wenigstens in Erwägung zieht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesberts (Z.) beantragt, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Es gäbe auch andere Verufe, bei denen eine öffentliche rechtliche Stellenvermittlung dringend notwendig sei.

Abg. Gantert (Fortfchr. Sp.) stimmt dem Antrage Wiesberts zu.

Abg. Reinert (Soz.):

Wenn wir der Regierung die Petition zur Erwägung überweisen, so schießt das natürlich nicht aus, daß die Regierung dabei auch andere Verufe in Erwägung zieht. Wir halten daher unseren Antrag aufrecht, werden aber im Falle seiner Ablehnung für den Antrag Wiesberts stimmen.

Unter Ablehnung des Antrages Borgmann wird hierauf der Antrag Wiesberts auf Ueberweisung der Petition als Material angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Stroffer (l.), die Regierung aufzufordern, die ihr unterstellten Polizeiorgane anzuweisen, dahin zu wirken, daß die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und polizeilichen Vorschriften auch befolgt werden und auf besonders verkehrsreichen Straßen die Personbeförderung mit Kraftfahrzeugen auf die engsten Grenzen eingeschränkt oder wo nötig ganz untersagt wird.

Abg. Stroffer (l.): Es ist unbestreitlich, daß jetzt sogar der Berliner Polizeipräsident die zulässige Geschwindigkeit der Automobile von 15 auf 25 Kilometer erhöht hat. Wir verlangen die Beseitigung der Zuverlässigkeits- und Schnelligkeitsfahrten, die für den Unbeteiligten viele Gefahren mit sich bringen. Das hat sich wieder bei der Prinz-Heinrich-Fahrt gezeigt. Die Herren Automobilisten sollten sich eigene Bahnen bauen.

Ein Kommissar aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten betont, daß von der Regierung eine strenge Durchführung der Bestimmungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen durchaus verlangt würde. Der Forderung, auf besonders verkehrsreichen Straßen die Personbeförderung mit Kraftfahrzeugen möglichst einzuschränken oder ganz zu unterliegen, könne im allgemeinen nicht entsprochen werden. Das die Wettfahrten anbetrifft, so sind nur Zuverlässigkeitsfahrten und Schnelligkeitsprüfungen über kurze Strecken erlaubt. Die Industrie kann solche Veranstaltungen nicht entbehren, und da wir noch keine Bahnen haben, um diese Fahrten zu veranstalten, können wir Straßenwettfahrten noch nicht verbieten.

Sehr wichtig ist die Frage, aus was für Elementen sich der Chauffeurstand zusammensetzt. Das Material besteht sich fortgesetzt, namentlich seit der Bundesrat Bestimmungen über die Prüfung der Chauffeure erlassen hat.

Ein Kommissar des Ministeriums des Innern schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Freiherr v. Bellin (l.) beantragt, über die Teile des Antrages gesondert abzustimmen.

Abg. Freiherr v. Eynatten (Z.): Bei uns auf dem Lande sieht die Bevölkerung mit steigender Erbitterung dem Automobil-

unfang zu. Es muß einmal hier öffentlich ausgesprochen werden, daß die Regierung nicht mit der nötigen Energie vorgeht, weil gewisse hochgestellte Persönlichkeiten besondere Freunde und Anhänger des Automobilsports sind. (Sehr richtig!) Wenn die Regierung es nicht weiß, wir wissen es. Wir wissen, wie es kommt, daß alle unsere Reden hier nichts nützen.

Abg. Köchling (natl.): Die Hauptsache ist nicht die Einschränkung der Geschwindigkeit, sondern die Erhöhung der Qualifikation der Fahrer.

Abg. Stroffer (l.): Ich bedauere, daß die Regierung auch heute noch auf dem Standpunkt steht, daß die Landstraßen dem Automobilverkehr gehören. Wir müssen dagegen protestieren, daß Landstraßen weitenweit für den Verkehr gesperrt werden im Interesse der Landwirte. (Bravo!) Die Landstraßen um Berlin herum, der ganze Grunewald, ist an trockenen Sonntagen z. B. durch die Automobile total verstaubt und für die Hunderttausende fleißiger Berliner, die am Sonntag ihre Erholung suchen, unpastierbar. (Sehr richtig!) Die Fußgänger sind doch sozusagen auch noch Menschen! (Bravo!)

Der Antrag Stroffer wird in beiden Teilen angenommen.

Abg. Ester-Winsen (natl.) begründet einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, vom Jahre 1911 an für hauswirtschaftliche Unterweisung der weiblichen Jugend erhöhte Mittel in den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung einzustellen.

Hierzu liegt ein Antrag Borgmann (Soz.) vor, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Vom Jahre 1911 an für hauswirtschaftliche Unterweisung der weiblichen Jugend erhöhte Mittel in die Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung und der Handels- und Gewerbeverwaltung einzustellen.“

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung von 80 Mitgliedern des Hauses.

Abg. Reinert (Soz.):

Ich bedauere, daß unser Antrag nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Die Herren Antragsteller hatten mir vorher erklärt, daß sie mit ihm einverstanden seien und dafür stimmen würden. Wir halten es für dringend notwendig, daß die weibliche Jugend nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten hauswirtschaftlichen Unterricht erhält.

Heute ist das Kultusministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Handelsministerium an den Ausgängen für den hauswirtschaftlichen Unterricht beteiligt. Diese Verteilung schadet der Sache, sie müßte in einem Ressort einheitlich geregelt werden. Die Herren der Rechten werfen den Arbeiterinnen immer vor, daß sie vom Haushalt nichts verstehen und vergessen dabei, daß nicht die Arbeiterinnen daran schuld sind, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse. So veröffentliche die „Deutsche Tageszeitung“ aus Anlaß der Fleischverzeigerung eine völlig absurde Aufschrift aus Schlesien, worin behauptet wurde, daß die Arbeiterinnen keine Ahnung vom Kochen hätten. Es gäbe Frauen, die laum einen Topf Rasse oder Kartoffeln kochen könnten. Aus Bequemlichkeit täten die Arbeiterinnen einfach ein Stück Butter in einen Topf mit kochendem Wasser oder benutzten als Sonntagsessen gebackenes Fleisch, das auch nicht viel Arbeit mache, in dieser Form ist eine solche Behauptung eine Beleidigung für die Arbeiterinnen. Aber was soll man schließlich von den Frauen verlangen, die nie die Fürsorge in ihrer Jugend kennen gelernt haben, wie die Töchter der Reichen, sondern die gleich nach der Schule in die Fabrik kommen und noch als Frauen weiterarbeiten müssen. Die Zahl der in der Industrie tätigen Frauen betrug im Jahre 1909 über eine halbe Million, 21 000 mehr als 1908. Die Berichte der Gewerbeinspektoren bestätigen, wie traurig die Lage der Arbeiterinnen ist und auch, daß besser entlohnte Arbeiter ein besseres Hauswesen haben. Es fehlt vor allem an dem hauswirtschaftlichen Unterricht in der Volksschule. Ein besonderes trauriges Zeichen der preussischen Kultur ist auch der Mangel an geeigneten Lehrkräften für den hauswirtschaftlichen Unterricht. Heute werden die Kräfte aus den höheren Mädchenschulen genommen. Meist fehlt aber den Töchtern der besitzenden Klassen die Kenntnis der Verhältnisse der Arbeiterklasse. Wir verlangen, daß der Staat die nötigen Einrichtungen schafft für die Erteilung eines brauchbaren wirtschaftlichen Unterrichtes an die gesamte Arbeiterjugend in Stadt und Land. Nicht als Sport oder als besondere Wohlthat für die Arbeiter, sondern im Interesse der Hebung der kulturellen Ver-

„Das nicht,“ erwiderte sein Spahmacher, „aber ich würde mich eines solchen Karren schämen!“

Der französische Philosoph und Schriftsteller Fontenelle lag in den letzten Tagen.

Ein Freund, der an seinem Bettend saß, fragte ihn teilnehmend mit leiser Stimme:

„Wie geht's?“

„Es geht überhaupt nicht mehr,“ antwortete ebenso leise der Sterbende. „Ich gehe!“

In Gegenwart einiger hochgeborener Studenten stellte der Mathematiker und Physiker Kästner Beobachtungen mit einem Fernrohr an.

Dabei lief ihm ein junger, lebhafter Prinz mehrere Male vor dem Tubus vorüber, so daß Kästner immer wieder in seinen Beobachtungen gestört wurde.

Zweimal ließ sich der Mathematiker das gefallen, das dritte Mal runzelte er die Stirn und fixierte den Prinzen.

Als es aber zum vierten Male passierte, wandte er sich mit den Worten an ihn:

„Durchlauchtig mögen Ew. Hoheit immerhin sein, aber durchsichtig sind Sie darum noch lange nicht!“

Gegen den Rat seiner Minister wollte Georg II. eine bedeutende Stelle an einen seiner Günstlinge vergeben. Die Minister boten alles auf, um ihn von diesem Entschluß abzubringen, aber es nützte nichts.

So brachte ihm endlich Lord Chesterfield das Dekret, damit er den Namen und seine Unterschrift eintrüge.

Der Minister war eifrig ehrerbietig.

„Wem geruhen also Majestät die Stelle zu geben?“

Gerade diese Unterwürfigkeit des Lords machte den König wankend.

„Gebt sie dem Teufel meinetwegen!“ sagte er ärgerlich.

Chesterfield verzog keine Miene und fragte:

„Befehlen Ew. Majestät, daß die Formel beibehalten werde: „Unserem getreuen, vielgeliebten Vetter?““

Der König sah den Lord übertracht an, mußte lachen und gab nach.

An einem Platz, auf dem ein Denkmal für den Landesfürsten errichtet werden sollte, waren Arbeiter mit den Grabungen dafür beschäftigt.

Saphir kam dazu und stellte sich hin, um den Leuten bei ihrer Arbeit zuzusehen.

Nach einiger Zeit gestellte sich ein Herr zu ihm, befragte ebenfalls mit Interesse die Arbeiter und sagte zu Saphir:

„Entschuldigen Sie! Warum wird denn hier so tief gegraben?“

„Die Leute können keinen Grund zu dem Denkmal finden!“ lautete die Antwort.

(Aus dem Buche „Dreimal hunderttausend Teufel“, das soeben bei Robert Lutz in Stuttgart erschienen ist und zu dem Adolf Saager die Anekdoten gesammelt und verarbeitet hat. Das Buch kostet Brosch. 2 M., geb. 3 M.)

Kleines feuilleton.

Zu Otto Nicolais 100. Geburtstag. Eine eigenartige Zufalls-Äußerung läßt das goldene Jubiläum der Wiener Philharmoniker in das selbe Frühjahr fallen, in dem der hundertste Geburtstag des Begründers dieser Konzertsocietät gefeiert wird. Otto Nicolai, der am 9. Juni 1810 — also einen Tag nach Robert Schumann — in Königsberg geboren wurde, ist weiteren Kreisen nur als Komponist der „Lustigen Weiber von Windsor“ bekannt, und dieses einzige Werk hat den Namen seines Schöpfers bis auf die Gegenwart erhalten. Ein tragisches Schicksal schied dem Schaffen des Hochbegabten ein frühzeitiges Ende — gerade als er den Aufstieg zu neuen künstlerischen Höhen begonnen hatte. Nicolai gehört zu jenen frühreifen Persönlichkeiten, die in unablässigem Tagelohn und rastlosem Streben sich selbst vergehen. Vom Vater zum Klaviervirtuosen bestimmt, verließ er als Sechzehnjähriger heimlich das Elternhaus, um sich eine reichhaltigere musikalische Ausbildung zu verschaffen. Von Berlin, wo er den Unterricht Felters und Bernhard Kleins — der beiden Lehret Mendelssohns — genoss, führte ihn sein Weg nach Rom. Dort wirkte er in der Kapelle des preussischen Gesandten v. Wunzen als Organist, während er gleichzeitig seine Studien bei dem berühmten Vaini abschloß. Sein lebhafter Trieb zum Theater veranlaßte den Sieben- undzwanzigjährigen, eine Kapellmeisterstellung am Wiener Kärntner-Theater anzunehmen, die er indessen bald aufgab, um sich der Komposition italienischer Opern zuzuwenden. Die schnellen Erfolge, die er auf diesem Gebiete errang, verschafften ihm 1841 einen Ruf als Kapellmeister an die Wiener Hofoper. Bis zum Jahre 1847 blieb er hier. Dann vertauschte er Wien mit Berlin, wo er als Operndirigent und Leiter des königlichen Domchors wirken sollte. Doch nur zwei Jahre waren ihm noch zu leben beschieden. In dieser Zeit vollendete er sein populärstes Werk, das er bereits in Wien begonnen hatte: die „Lustigen Weiber“. Acht Wochen vor seinem Tode fand die erste Aufführung statt — am 11. Mai 1849 schloß der Ruhelose seine Augen für immer. Dieser frühe Tod macht es erklärlich, daß Nicolais übrige Werke ausnahmslos der Vergessenheit anheimgefallen sind. Auch die in letzter Zeit an einer Sinfonie und einer Weihnachtsouvertüre mehrfache unternommenen Wiederbelebungsversuche haben keine dauernden Erfolge gehabt. Nicolai lebt und empfindet mit der Mode seiner Zeit. Und diese Mode ist für uns verloren. Nur einmal spielte sie ihm ein Thema in die Hände, das alle originellen Quellen seiner Begabung aufdeckte. Der seine Humor, die schalkhafte Liebenswürdigkeit, die zarte landschaftliche Stimmungslage, die launige Schilderung des Eisenreitens — alle diese Vorzüge der Lustigen-Weiber-Parititur wirken auch heute noch mit unverminderter Frische und sichern dem Schöpfer des anmutigen Werkes dauerndes Weiterleben im Gedächtnis der Nachwelt.

Einwohner. Sie halten zueinander, verraten sich in keinem Falle, so daß ihnen die mexikanische Regierung völlig machtlos gegenübersteht. Ihre Sprache (die Mayasprache) ist noch heute sehr weit verbreitet; sie gehört zur hauptstädtischen Sprachfamilie und zerfällt in fünf Dialekte: das Lacandon, Peten, Karibeh, Chamabal und Yumtuna.

Die angegriffene und geplünderte Stadt Balladolid, im Jahre 1548 gegründet, liegt im Osten von Yucatan, hat ein sehr schönes, gesundes Klima, viele einst herrliche, aber im Ruftand von 1848 zerstörte Gebäude (wie die Kathedrale und das Franziskanerkloster) und etwa 5000 Einwohner. Südlich von der Stadt liegen die weltberühmten altindianischen Ruinen von Uxmal, Yucatan, westlich die von Tulum. Jene ist nicht sowohl einzelne Ruine als vielmehr eine ganze — und noch dazu recht anscheinliche — Ruinenstadt, die inmitten einer waldbedeckten Ebene liegt. In Jahren großer Trockenheit brachte man hier den Regengöttern kostbare Steine und kleine Kinder zum Opfer, die von einem kleinen, am oberen Rande des Felsens gelegenen Tempel aus ins Wasser gestürzt wurden. Die Ruinen bedecken jetzt eine Fläche von fast 3 Kilometer.

Die und Kleiderfarbe. Im allgemeinen hält man Weiß für die Farbe, die bei großer Hitze für unsere Kleidung am besten gewählt wird. Freilich hat man sich nicht viel Gedanken darüber gemacht, ob dieser Brauch wirklich schon das Zweckmäßigste darstellt. Da jetzt aber mehr und mehr Europäer Gelegenheit haben, auch in den Tropen Erfahrungen zu sammeln, wo eine Hitze, wie sie uns die ersten Junitage gebracht haben, wochen- und monatelang herrscht, hat man Versuche mit noch anderen Farben der Kleider angestellt. Besonders bekannt ist in dieser Hinsicht das Rosa geworden, das sogar vorübergehend die große Mode in Europa zu beeinflussen versucht hat. Die Bezeichnung „Rosa“ bezieht sich aber mehr auf den Stoff als auf dessen Farbe, und es bleibt noch immer Spielraum zu weiteren Prüfungen. In verschiedenen Tropenarmeen, namentlich in Indien, hat man in den letzten Jahren probeweise Kleidungsstücke von orangeroter Farbe gewählt, man scheint damit aber auch nicht das Richtige getroffen zu haben. Nach einem jetzt erschienenen amtlichen Bericht aus Indien wurde dort die Hälfte jeder Kampagne mit weißen, die andere Hälfte mit orangeroten Uniformen ein und desselben Gewebes bekleidet. Sodann wurde ein ganzes Jahr lang genau über den Gesundheitszustand der Soldaten Buch geführt, auch Gewichtsprüfungen und Blutuntersuchungen vorgenommen. Es stellte sich heraus, daß beide Gruppen gleich viel Krankheiten aufzuweisen hatten, auch unter der Sonne in gleichem Grade ätten, daß aber die orangerote Gruppe zu übermäßiger Schweißabsonderung neigte und infolgedessen stärkeren Gewichtsverlust und eine Blutverdünnung erfuhr. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß die farbigen Stoffe die Sonnenstrahlen mehr aufnehmen als weiß. Danach scheint die alte Gewohnheit, weißen Kleidern im Sommer den Vorzug zu geben, tatsächlich das Richtige und Beste getroffen zu haben.

Humor und Satire.

Was wichtige Männer sagten: Karl der Einfältige fragte seinen Hofnarren: „Wollen wir tauschen?“ „Nein, Majestät,“ gab der Narr zur Antwort. „Würdest Du Dich denn schämen, König zu sein?“ fragte der Herrscher erstaunt.

hältnisse des gesamten Volkes fordern wir diesen Unterricht. (Bevob bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brandhuber (Z.) tritt für den Antrag ein im Hinblick auf die guten Erfahrungen in Baden und der Schweiz.

Abg. Wiesberts (Z.): Ich begrüße den sozialdemokratischen Antrag und nehme ihn auf. Ich möchte aber feststellen, daß die private Initiative auf dem Gebiete des hauswirtschaftlichen Unterrichts nicht von der Sozialdemokratie, sondern von anderen Parteien gekommen ist. Speziell Professor Hige ist von der Sozialdemokratie viel gekannt worden wegen seines bahnbrechenden Buches auf dem Gebiete, aus dem man ein Rezept herausgriff, durch welches den Arbeiterfrauen empfohlen wurde, auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit möglichst ihrer Familie etwas Warmes zu bieten. Heute finden wir in der sozialdemokratischen Presse genau dieselben Rezepte.

Abg. Schupp (Fortfchr. Sp.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Reimert (Soz.):

Ich habe kein Gewicht gelegt auf die Wohlthätigkeit der reichen Kreise, sondern die Aufgabe des Staates betont. Was das Buch von Hige betrifft, so ist es merkwürdig: erst verteuern sie den Arbeitern die Lebensmittel durch ihre Zoll- und Steuerpolitik und dann erteilen Sie ihnen gute Ratschläge, wie sie mit Vorräten sich langsam durchhängen könnten. Der hauswirtschaftliche Unterricht soll nicht etwa erteilt werden, um die Möglichkeit zu schaffen, mit 16 bis 19 M. Lohn in der Woche auszukommen, sondern er soll den Arbeiterinnen zeigen, daß mehr zum Leben gehört, als die Arbeiter heute meist verdienen, und sie so auf eine höhere Kulturstufe heben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für den Zentrumsantrag werden wir natürlich stimmen; ich stelle aber fest, daß der Antrag von uns ausgingen ist.

Abg. Wiesberts (Z.): Die Priorität will ich der Sozialdemokratie durchaus nicht bestreiten, auch bin ich mit Herrn Reimert in der Sache selbst ganz einer Meinung. Nur kann keine Rede davon sein, daß Herr Hige die Arbeiter mit Vorräten abfinden wollte. Sie werden den christlichen Gewerkschaften nicht bestreiten, daß sie für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Damit schließt die Debatte. Der Antrag Czer-Winow und der vom Zentrum aufgenommene Antrag Vorgmann gehen an die Budgetkommission.

Ein weiterer Antrag Czer-Winow (natl.), die Regierung möge die auf Schaffung von Naturparks gerichteten Bestrebungen unterstützen, wird nach kurzer Debatte an die Agrarkommission verwiesen.

Ein Antrag Weher-Dortmund (Z.) betreffend Erhöhung der Staatszuschüsse zur Pensionskasse der Eisenbahnarbeiter wird für erledigt erklärt, nachdem ein Regierungsvertreter erklärt hat, daß schon am 1. Juli d. J. eine Erhöhung dieser Zuschüsse eintreten werde.

Die Anfechtung des Antrags wird nach einigen Ausführungen des Abg. Glagel (natl.), der die Fortführung der Anfechtungspolitik als eine staatliche und nationale Pflicht bezeichnet, durch Annahmemaßnahme für erledigt erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr: Interpellationen über die Verromung: Enzyklika, zweite und dritte Lesung der Vorlage betreffend die Erhöhung der Zivilliste. Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Mittwoch, 8. Juni 1910.

Dem Antrage der Sozialdemokraten, den Krankenversicherungszwang auf die Lehrlinge auszudehnen, die nicht gegen Entgelt beschäftigt werden, hatten sich inzwischen die Nationalliberalen angeschlossen. Auch das Zentrum trat dafür ein. Dabei herrschte Übereinstimmung darüber, daß diesen Lehrlingen nicht wie den anderen Versicherten, die gegen Entgelt beschäftigt sind, ein Krankengeld gewährt werden kann. Wahrscheinlich müßte aber sein, daß diese Lehrlinge im Falle einer Krankheit der Pflege und ärztlichen Hilfe bedürftig seien. Diese müßte ihnen durch die Krankenversicherung gesichert werden.

Die Regierungsvertreter erklärten diesen Grund als berechtigt an. Es komme jedoch nur ganz selten vor, daß Lehrlinge ohne Entgelt beschäftigt würden. Die Sozialdemokraten versicherten aber, daß solche Fälle durchaus nicht so selten seien, namentlich in der ersten Zeit des Lehrverhältnisses. Das bestätigte auch der Abg. Zet vom Zentrum.

Die Konservativen wandten sich gegen den Antrag. Ebenso warnte der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei davor, die Staatsfürsorge auf immer weitere Personenzirkel auszudehnen.

Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Konservativen, Fortschrittlichen Volkspartei und des Abg. Erzberger angenommen.

Eigenartig gestaltet sich die Debatte über den weiteren Antrag der Sozialdemokraten, den Krankenversicherungszwang auf die selbständigen Gewerbetreibenden auszudehnen. Für die Ausdehnung sprach sich sehr entschieden auch der freikonservative Abg. v. Camp aus. Die bürgerlichen Parteien, rief er aus, haben schon so lange den Handwerker Versprechungen gemacht, daß unbedingt bei dieser Reform auch eine Verbesserung für die Handwerker erreicht werden müsse.

Auf der anderen Seite nahmen die Zentrumsabgeordneten „grundsätzlich“ Stellung gegen die Anregung. Sie würden unbedingt auch fernerhin daran festhalten, daß die Arbeiterversicherung nur für die Arbeiter, nicht aber für die selbständigen Gewerbetreibenden bestimmt sei. Dem schlossen sich die Konservativen und Fortschrittler an. Letztere fügten hinzu, daß gerade den kleineren selbständigen Gewerbetreibenden ihre gutes Fortkommen durch die Beiträge für die obligatorische Krankenversicherung sehr erschwert werde.

Die Sozialdemokraten antworteten, daß es aber für die kleineren Geschäftseigenen noch viel schlimmer sei, wenn sie in Krankheiten ohne Hilfe dastehen. Ferner seien viele kleine Geschäftseigenen in Wahrheit nicht mehr wirtschaftlich selbständig. Endlich sei es ungerecht, daß die Handwerker in jungen Jahren, solange sie als Geselle usw. arbeiten, versicherungspflichtig sind und Kostenbeiträge bezahlen müssen. In dieser Zeit sind sie in der Regel verhältnismäßig selten krank. In späteren Jahren aber, wenn sie häufiger von Krankheiten heimgesucht würden, dann würden sie nach der Vorlage nicht mehr in der Krankenversicherung sein, weil sie inzwischen ein eigenes Geschäft begonnen haben und damit von der Versicherungspflicht befreit worden seien. — Die Ausdehnung des Versicherungszwanges wurde aber mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Freikonservativen abgelehnt.

Für die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die etwas besser gestellten Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen usw. sprachen sich die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Nationalliberalen aus. Aber die beiden letzten Parteien bemüht sich, diese Verbesserung möglichst einzuschränken.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß der Versicherungszwang, der nach dem geltenden Gesetz nur für die Angestellten mit einem Jahresgehalte bis zu 2000 M. besteht, auf alle Angestellte mit einem Jahresgehalte bis zu 5000 M. ausgedehnt werde. Sie erinnerten daran, daß bereits im Jahre 1899 die Grenze für die Unfallversicherung auf 3000 M. erhöht worden sei. Nach den vorliegenden Statistiken sei aber jetzt, zumal mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, die Grenze bei dem Jahresgehalte von 5000 M. festzulegen. Trotzdem kam das Zentrum mit dem Antrage, das Jahresgehalt von 2000 M. und schließlich die Nationalliberalen mit dem

Antrage, daß Jahresgehalt von 2500 M. maßgebend sein zu lassen.

Die Konservativen wollten die Angestellten auf das angeblich noch im nächsten Winter kommende Versicherungsgesetz für die Privatbeamten verdrängen. Sie mußten sich aber belehren lassen, daß das Gesetz mit der Krankenversicherung gar nichts zu tun haben würde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt. Auch der Zentrumsantrag fand keine Mehrheit, weil die Nationalliberalen nicht dafür stimmten. Erst der Antrag der Nationalliberalen wurde gegen die Stimmen der Konservativen und der Fortschrittler angenommen.

Dann wurde noch hinzugefügt, daß Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker sowie andere in gehobener Stellung befindliche Angestellte nur dann dem Versicherungszwange unterliegen, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.

Die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge ist nach der Vorlage dem Versicherungszwange nur unterstellt, soweit sie weder unter die §§ 59 bis 62 der Seemannsordnung, noch unter die §§ 553—559b des Handelsgesetzbuches fällt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Beschränkung gestrichen werde, da die Fürsorge nach den besonderen Bestimmungen der Seemannsordnung und des Handelsgesetzbuches nicht in allen Punkten der Fürsorge nach dem Krankenversicherungsgesetz entspricht. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Vorlage wollte dem Gemeindeverband die Befugnis geben, für seinen Bezirk oder Teile davon die Versicherung statutarisch auf Familienangehörige des Arbeitgebers auszudehnen, die ohne Entgelt und Arbeitsvertrag in seinem Betriebe tätig sind. Solche Bestimmungen sollten vom Oberversicherungsamt genehmigt und veröffentlicht werden. Auf Antrag des Zentrums wurden diese Bestimmungen gestrichen.

Nächste Sitzung morgen.

Aus der Justizkommission.

Die Beratungen in der Mittwochsitzung begannen mit einem Antrag v. Dämmowksi, einen § 199a zu schaffen, in dem bestimmt wird, daß, wenn es einem Angeklagten nicht gelingt, zu den Sägen der Gebührenordnung einen bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Verteidiger zu erhalten, das Gericht einen Rechtsanwalt zu bestellen hat, der von dem Antragsteller nach den Bestimmungen der Gebührenordnung zu entschädigen ist. Wegen den Antrag wendeten sich Redner des Zentrums und der Nationalliberalen. Unsere Genossen traten für den Antrag ein und sprachen gegen einen Antrag des Zentrumsabgeordneten Mahr-Kaufbeuren, nach dem nur dann der Verteidiger zu stellen ist, wenn das Verfahren nicht aussichtslos ist. Die Regierungsvertreter stellten sich dem Antrag sympathisch gegenüber. Als in der Diskussion ein nationalliberaler Redner auf die im allgemeinen zu niedrig bemessenen Sätze der Gebührenordnung für Rechtsanwälte hinwies, erklärte einer der Regierungscommissars, daß bereits im Schoße der verbündeten Regierungen Erwägungen darüber gepflogen werden, die eine angemessene Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren zum Ziel haben. Nach Zurückziehung der vorliegenden Anträge beschloß die Kommission, daß dem Beschuldigten dann ein Verteidiger zu stellen ist, wenn er einen in der Nähe des Gerichtes wohnenden Verteidiger nicht erlangen konnte. Die Verordnung im Berufungs- oder Revisionsverfahren unterbleibt, wenn die Anfechtung einer Entscheidung aussichtslos erscheint. Dem gestellten Verteidiger ist von dem Beschuldigten ein nach den Vorschriften der Gebührenordnung zu bemessender Voranschlag zu zahlen.

Ein Antrag, der in letzter Linie jede wirksame Verteidigungsmöglichkeit für den Verteidiger beseitigen würde, stellten die Konservativen. Sie forderten einen § 148a, dessen zweiter Satz lautete: „Er (der Verteidiger) darf jedoch keine Handlungen vornehmen, die den Zweck verfolgen, die Ermittlung der Wahrheit zu verhindern oder zu erschweren oder den schuldigen Täter der Bestrafung zu entziehen.“ Gegen diese Forderung wendeten sich selbst die Regierungsvertreter. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Nach § 147 hat der Verteidiger das Recht, die gerichtlichen Akten einzusehen. Die Einsichtnahme kann verweigert werden, wenn die Eröffnung des Hauptverfahrens noch nicht beantragt ist und durch die Einsichtnahme der Zweck der Untersuchung gefährdet werden könnte. Diese Beschränkungen zu beseitigen bezweckten Anträge, die von den Polen und vom Abg. Gröber gestellt waren. Unter Ablehnung sämtlicher Anträge wurde die Regierungsvorlage angenommen.

Im § 148 bestimmt der zweite Absatz, daß der in Untersuchungshaft befindliche Beschuldigte von seinem Verteidiger nur durch die Vermittelung des Richters schriftliche Mitteilungen empfangen darf. Ist eine Kommunikationsgefahr im Verzug, so kann jede Mitteilung des Verteidigers zurückgewiesen werden; auch haben Unterredungen des Verteidigers mit dem Klienten nur in Gegenwart des Richters stattzufinden. — Dazu beantragten die Nationalliberalen, dieses Aufsichts- und Kontrollrecht neben dem Richter auch dem Staatsanwalt zu geben. Abg. Gröber beantragte dagegen, die Bestimmungen überhaupt zu streichen. Die Vertreter der Regierung sprachen sich gegen beide Anträge aus, und die Nationalliberalen mußten sich sagen lassen, daß ihre reaktionären Akten selbst der Regierung zu weit gehen. — Die Debatte wurde auf Donnerstag vertagt.

Aus der Partei.

Delegation zum Internationalen Kongress.

Mit der Vertretung der schlesischen Genossen auf dem Internationalen Kongress wurde Genosse Löbe-Dreslau beauftragt. Die Wahl wurde durch Urabstimmung vorgenommen.

Parteiliteratur.

Liebe Schwester! Unter diesem Titel ist im Verlag von W. Pfanck u. Co. in Magdeburg eine kleine Agitationsbrochure erschienen, die der Agitation für Partei und Gewerkschaften unter den Lohnarbeitern und in Berufen, die ihre Arbeiterschaft vom Lande ergänzen, dienen soll. Einzelpreis 5 Pf. Bei Bezug größerer Partien bedeutende Preisermäßigung.

Von der Österreichischen Sozialdemokratie.

Besammlt wurde auf dem letzten Parteitag in Reichenberg beschlossen, die politische Organisation liberal auf den politischen (Wahl-) Vereinen aufzubauen. Die Wiener fürchteten diese Aenderung. Dort wo die Partei bisher jenseit ein Verband von Abnehmern des Wochenblattes „Volktribüne“ am letzten Sonntag hielt der Stammbezirk der Wiener Sozialdemokratie, der X. (Favoriten), in dem der Genosse Dr. Adler gewählt ist, seine Generalversammlung ab und es zeigte sich, daß der Wahlverein in fünf Monaten seine Mitgliederzahl verkleinert und dreifach gemacht hat. Er zählt jetzt 3712 Mitglieder, es sollen aber bis Jahreschluss 5000 werden. In einer weitläufigen Rede über die politische Lage und das parlamentarische Vorgehen der Partei konnte Dr. Adler sagen, daß in Wien schon 26 000, in ganz Oesterreich 100 000 Arbeiter den Parteivereinen angehören. Dabei besteht noch für Frauen und Jugendliche das Verbot, politischen Vereinen anzugehören.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein „gerechtfertigter“ Bürgermeister.

Sechs Wochen Gefängnis für eine Bürgermeisterbeleidigung erhielt Genosse Schieferstein-Obersdach von der Limburger Strafkammer publiziert.

Er hatte in einem Flugblatt dem Gemeindevorstand vor- geworfen, daß er mit zweierlei Maß messe, stittlich nicht titalki sei und anderes.

In der Verhandlung am Montag, die vierzehn Stunden dauerte und in der 24 Zeugen aufmarschierten, wurden in der Tat grobe Dinge festgestellt, so daß der eigentliche Verurteilte der Bürgermeister Dorn ist. Er hat ein Wahrspruch nicht objektiv verfaßt, an Dokumenten rabliert, die Frau des selbigen Gemeindevorstandes Krämmer nachts von 1—4 besucht und nach Angabe der Frau sie zu vergewaltigen versucht und ist gegen sozialdemokratische Bürger im großen und ganzen recht forsch ausgetreten. Der Rotzuchtversuch wurde nicht aufgeföhrt, das Gericht nahm nur an, daß etwas ge- schiehen ist, aber nichts im Sinne des § 176. Für die Feststellung all dieser Dinge erhielt dann unser Genosse sechs Wochen Gefängnis.

Eine Hausdurchsuchung

wurde in den Geschäftsräumen der Essener „Arbeiterzeitung“ vorgenommen. Diesmal handelt es sich um das Manuskript eines im Anfang Mai veröffentlichten Artikels in der Affäre des Grafen Schulenburg, der entmündigt wurde und deshalb An- schuldigungen der Rechtsbeugung gegen hochstehende Personen erhebt. Gefunden wurde nichts.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Die gestrige Verhandlung wurde wieder durch einen Anfall der Angeklagten unterbrochen. Die Verweigerung der Aussage erstreckte sich im wesentlichen auf die in der Untersuchung gegen von Göben vorgenommenen Durchsuchung. Nachmittags fand eine Lokal- beschuldigung statt.

Zu Beginn der Sitzung verließ der Vorsitzende, Oberster Justizrat Bröse, einen der ihm zugegangenen anonymen Briefe, die Beleidigungen gegen ihn und die Angeklagte enthielten.

Auf Antrag der Verteidigung wird beschlossen, einen Herrn von Lohberg als Zeugen zu laden. Der Zeuge soll bezeugen, daß Herr von Göben ein unbefugter Mann gewesen sei, der sich durch niemand, am allerwenigsten durch eine Frau zu etwas hätte anstellen lassen.

Für die nun folgende Vernehmung der Zeugen Hauptmann Lamotte und Hauptmann Reichardt wird Ausschluß der Öffentlichkeit angeordnet. Es werden, um den Königsberger Blättern eine schnellere Berichterstattung zu ermöglichen, insgesamt fünf Vertreter der Presse zugelassen.

Hauptmann Lamotte

hat früher in Allenstein als Regimentsadjutant beim 10. Dragonerregiment gestanden, jetzt wohnt er in Charlottenburg. Vor- sieder: Es soll da irgend etwas vorgekommen sein mit Frau Weber, die damals noch mit Herrn v. Schönebeck verheiratet war. Sie soll einen Brief an eine Dame gerichtet haben — ich bitte den Namen der Dame bei Ihrer Vernehmung nicht zu nennen — was ist Ihnen darüber bekannt? — Zeuge: Im Frühjahr 1902 kam eines Morgens die Dame zu mir in meine Privatwohnung und zeigte mir einen Brief, wobei sie fragte, ob mir die Handschrift des Briefes bekannt sei. Ich konnte der Dame jedoch keinerlei Auskunft darüber geben und sie ging wieder fort. Mittags klingelte es an der Haustür, draußen wartete Frau v. Schönebeck. Ich ging hinaus und traf sie, auf dem Erdboden liegend, mit beschmutztem Mantel an. Ich ließ sie in das Zimmer schaffen. Ich bemerkte den Geruch von bitterem Mandelöl und sah ein Fläschchen vor der Tür liegen. Ich schloß daraus, daß sie Gift getrunken habe, und ließ daher sofort Milch bringen und sie trinken. Ich schickte auch zum Regimentsarzt zu meinem Hausarzt Dr. Seidel. Frau v. Schönebeck warf sich in dieser Zeit auf dem Erdboden hin und her, schlug mit Armen und Füßen und fing an zu schreien. Zunächst hatte ich den Eindruck, daß der

Anfall

ein künstlicher wäre, und sagte auch meiner Frau, daß man heftig dagegen einschreiten sollte. Schläge seien vielleicht das Beste. Nach einiger Zeit wurde die Frau ruhiger, ich legte sie auf die Chaiselongue und hatte dann den Eindruck, daß sie einen richtigen Krampfanfall bekam. Sie beruhigte sich später, bald danach trat aber eine große Erschlaffung ein. Schließlich kam der Oberstabsarzt, dem ich das Fläschchen zeigte. Er sagte, es sei Opiumtintur. Der Zeuge zeigt den Sachverständigen das Fläschchen. Das Gericht beschließt, es als Beweismittel zu akzeptieren. Der Zeuge erzählt weiter, daß er sofort zu Herrn v. Schönebeck sandte und daß dieser mit dem Dienstmädchen in einer Droschke ankam und seine Frau nach Hause schaffte.

Die Angeklagte erklärt, sie sei auf dem Wege zur Frau Lamotte gewesen. Die angegriffene Dame sei später freundschaftlich mit ihr zusammengekommen. Auf Befragen schildert der Zeuge den Herrn v. Schönebeck als einen sehr tätigen, ruhigen, in seinen Lebensgewohnheiten sehr maßigen Offizier. Er sei ein passionierter Jäger gewesen. Aus Gesellschaften habe er sich sehr wenig gemacht, sei streng und gerecht gewesen. Die Angeklagte sei lebenslustig gewesen, in der Gesellschaft unterhaltend und vergnügt, später ließ sie sich stark von den Herren den Hof machen.

Es folgt die Verlesung der

Augenscheinprotokolle der Schönebeck'schen Wohnung.

Sie werden vom Vorsitzenden an der Hand von Zeichnungen erläutert. Während der Verlesung beginnt die Angeklagte erst leise, dann immer stärker zu weinen und zu schluchzen. Als der Vor- sieder auf die Lage des Kinderzimmers zu sprechen kommt, stößt sie gellende Schreie aus. Sie wird ins Nebenzimmer getragen. Dort bemühen sich die Sachverständigen um die von einem Schrei- kampf Wesollene. Nach längerer Zeit erscheint die Angeklagte wieder im Sitzungssaal.

In dem Protokoll über die Augenscheinnahme wird festgestellt, daß sämtliche Fensterscheiben der Wohnung nach innen zu öffnen waren, und daß das Fenster, durch welches Herr v. Göben einstieg, 1,40 Meter über dem Erdboden, etwa einen Fuß über dem Erdboden befindet sich ein Vorsprung, der das Einsteigen erleichterte. Der dann vernommene

Kriegsgerichtsrat Reichardt

hat die Untersuchung geführt. Er hat sich davon überzeugt, daß man den Windsaden, durch den ein gequollenes Fenster geschlossen war, nicht von außen durchschneiden konnte. Dem Sachverständigen wurden Briefe, Wertpapiere und das Testament einnommen. Das Siegel des Testaments war unversehrt. Es wurde dem Bruder des Ermordeten übergeben. Es wurden auch mehrere Schlüssel gefunden, von denen einer zu der Haustür des Schönebeck'schen Hauses paßte. Am 29. Dezember fand die Durchsuchung bei Frau v. Schönebeck statt. Im Schlafzimmer befand sich ein großes Bild des Herrn v. Göben, das diesen im Kreise von vier Kriegsgefährten zeigt, ferner ein großes eingerahmtes Bild des Herrn v. Göben und sein Brustbild. Ueberdies wurden zwei Schlüssel in der Wäsche versteckt vorgefunden. Die beiden Schlüssel waren an einem Ringe. Der eine paßte zu v. Göben's Wohnung, während die Angeklagte angegeben hatte, es sei ein Schlüssel zur Wohnung eines Herrn. Das Silberzeug war unberührt. Es fand sich noch ein anonymes Brief, der an Herrn v. Schönebeck gerichtet war, vor. Angeklagte: Die übrigen hatte ich vernichtet. Auf Beschluß des Gerichts wird der Brief verlesen. Er lautet:

Ich bitte um Verzeihung, ich habe noch was vergessen von die Frau von zu schreiben. Eine Schneiderin hat uns erzählt überal, daß die gnädige Frau sich den Offizieren preisgibt, nämlich eine Tür läßt sie einen rein und durch andere läßt sie einen raus und die gnädige Frau sich nicht schämt solche lobberigen Seiten- henden zu tragen, daß alles durchgesehen ist und sich bloßstellt. Das hat die Schneiderin zu mehreren Frauen gesagt und aus- gelacht also ich mache von diesem aufmerksam. Frau Krajevski.

Vors. Die Seldensenden (Möbeln) der Dame besonders angetan zu haben. (Hellerkeit.) (Zur Angeklagten): Woher war der andere Schlüssel, der nicht zur Hörschen Wohnung paßt? — Angekl.: Er gehörte einem anderen Herrn. — Vors.: Den Namen wollen Sie und nicht nennen? — Die Schlüssel werden zur Totalbesichtigung mitgenommen werden.

Des Nachmittags findet die

Totalbesichtigung

statt. Das frühere von Schönebecke Haus dient jetzt einer Haushaltungsschule. Während der Totalbesichtigung wird die Angeklagte wiederholt von Schwächeren befragt. Der Vorstehende stellt fest, daß der Schlüssel, der im Besitz des Herrn v. Hörsen gefunden wurde, zu der äußeren Tür passe. Ein Geschworener, der Schlossmeister ist, glaubt nicht ganz, daß der Schlüssel zu dem Schloß gearbeiteit worden sei, da ein Dorn fehle. Da eine Keugeln, die bei geschlossener Tür im Mädchenzimmer im Bett lag, bei ihrer ersten Vernehmung geäußert hat, sie habe in der Nacht einen Lichtschimmer durch die Tür gesehen, der von der Treppe kam, wird versucht festzustellen, ob solche Wahrnehmung möglich ist. Die Wahrnehmung ist übrigens bei späterer Vernehmung widerrufen. Einige Geschworene begaben sich in das Mädchenzimmer. Nach Schließung der beiden Türen wird festgestellt: Es ist vom Mädchenzimmer aus nicht zu sehen, wenn jemand mit Licht über die Treppe geht, dagegen, wenn das Licht aufgeschloß wird. Die Angeklagte stellt dahin, ob die Tür geschlossen war, die Mädchen seien mit der Schließung der Tür sehr nachlässig gewesen. Der Vorsitzende meint, die Mädchen behaupten, sie hätten die Tür zugemacht; wer aber mit Dienstmädchen zu tun gehabt hat, wird zugeben, daß nicht immer alles von ihnen sehr ordentlich geschieht. Dieser Bemerkung wird von den Geschworenen zugestimmt.

Die Verhandlungen werden heute um 9 Uhr morgens fortgesetzt.

Soziales.

Aufhebung des Dienstverhältnisses nach Treu und Glauben.

Zu einem ordnungsmäßigen Abschluß eines Dienstvertrages wird es im allgemeinen der formellen Kündigung von Seiten einer der vertragschließenden Parteien bedürfen. Die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts hat in ihrer letzten Sitzung anerkannt, daß diese formelle Kündigung durch konkludente Handlungen (Handlungen, die einen Abschluß auf das Einverständnis mit der Kündigung zulassen) ausreicht. Der die Klage erhebende Reisende S. war beim Beklagten, dem Tabakhändler Dorengyl, gegen festes Gehalt und einen bestimmten Provisionsatz tätig. Einige Tage vor dem 1. Mai erklärte ihm der Prinzipal, seine Erfolge seien zu gering, als daß er ihn unter den alten Bedingungen weiter beschäftigen könne. Wenn er aber wolle, könne er ohne Gehalt, aber zu dem doppelten Provisionsatz weiter arbeiten. Der Kläger will sein Einverständnis damit nicht zum Ausdruck gebracht haben, er hat aber unstreitig für einen nach dieser Unterredung gebrachten Auftrag die Provision in doppelter Höhe erhalten und angenommen. Obgleich der Beklagte behauptet, S. wäre mit der neuen Vereinbarung einverstanden gewesen, kündigt er der Sicherheit halber dem Kläger Ende April vermittelt eines durch einen Boten ins Haus gelangten Briefes. Der Bote gab aber den Brief bei einer Nachbarin ab und dadurch will S. das Schriftstück erst am 2. Mai erhalten haben.

Das Kaufmannsgericht wie S. den Kläger mit seinem Anspruch auf Ungültigkeitserklärung der Kündigung ab. Es könne dahingestellt bleiben, ob S. die Kündigung rechtsgültig empfangen habe, denn das Gericht sei der Ansicht, daß noch Treu und Glauben anzunehmen war, daß Kläger mit einer Aufhebung des Dienstverhältnisses einverstanden war. Mit der Annahme der erhöhten Provision hat er das zu erkennen gegeben, womit das alte Dienstverhältnis als aufgehoben gelten mußte.

Von der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft.

Der soeben erschienene Bericht dieser Berufsgenossenschaft zeigt eine kleine Besserung des Arbeitsmarktes. Gegen das Jahr 1908 hat sich die Zahl der versicherten Betriebe um 78 vermehrt und ist auf 4049 gestiegen, während sich die Zahl der versicherten Arbeiter um 2147 vermehrt hat, im Berichtsjahre 188 805 betrug. Die stärkste der acht Sektionen der Berufsgenossenschaft bleibt immer Leipzig mit mehr als 31 000 Versicherte, ihr folgt Berlin mit 28 000, Elberfeld mit 17 000 usw. Weniger Ursache haben die Versicherten mit ihrer Lage zufrieden zu sein. Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug im Berichtsjahre nur 931 M. pro Jahr und ist gegen das Vorjahr nur um 8 M. gestiegen. Daß nach dem Bericht die Durchschnittslöhne im Jahre 1888 nur 615 M. betragen, beweist nur, daß die Unternehmer sehr viel verdienen konnten und auf die Geduld ihrer Arbeiter bauten, die sich mit diesen Hungerlöhnen auch heute noch abgeben lassen. Den höchsten Lohn zahlte man im Bezirk der Sektion I Berlin mit 1060 M. im Durchschnitt, während im Bezirk Breslau nur 708 M. gezahlt wurden.

Sehr verschieden stellt sich die Unfallziffer in den einzelnen Sektionen. Angemeldet wurden im ganzen 3563 Unfälle, wovon nur 561 entschädigt wurden. Auf 1000 Versicherte entfielen nun in der Sektion I 43,87 Unfälle, in Sektion V Kassel gar nur 15,80 Unfälle. Der Durchschnitt betrug 26,85 Unfälle auf 1000 Versicherte. Hingegen sind die entschädigten Unfälle in den übrigen Sektionen höher als in Berlin. Es ist dies sehr leicht möglich, daß dies auch auf die Beteiligung der Berufsgenossenschaft am Heilverfahren zurückzuführen ist. Der Bericht vermerkt ferner, daß für Kosten des Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen des Unfalles insgesamt 16 600 M., gegen 15 104 M. im Vorjahre, verausgabt wurden. Sieht man aber näher zu, so stellt sich heraus, daß von dieser Summe die Sektion Berlin allein 15 958 M. verausgabte, während 3 Sektionen (Leipzig, Kassel und Bahr) keinen Pfennig für diesen Zweck übrig hatten, die übrigen Berufs-genossenschaften lächerliche Summen von 12 M., 50 M. usw. verausgaben.

Die Statistik der Berufsgenossenschaft zeigt uns ferner, daß 203 Verurteilungen der Verletzten zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden wurden. Das Reichsversicherungsamt wollte nicht nachsehen und entschied in 43 Fällen für und in 19 Fällen gegen die Berufsgenossenschaft.

Ausführlich behandelt die Berufsgenossenschaft alljährlich die Ergebnisse des technischen Aufsichtsdienstes. Besichtigt wurden im Berichtsjahre 359 von 4049 vorhandenen Betrieben und hierbei allein 3118 Mängel borgefunden. Auf jeden Betrieb entfielen somit durchschnittlich 8,7 Mängel. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden 85 Betriebe nochmals besichtigt und folgendes gefunden: in 1 Betrieb bei der Vorbefichtigung 5 Mängel, bei der Wiederbesichtigung keine; in 25 Betrieben 801 Mängel, bei der Wiederbesichtigung noch 194; in 3 Betrieben 36 Mängel, bei der Wiederbesichtigung auch 36; in 56 Betrieben 534 Mängel, bei der Wiederbesichtigung sogar 1094.

In den 85 wiederbesichtigten Betrieben waren also bei der ersten Besichtigung 576 Mängel, bei der Nachbesichtigung sogar 1294 Mängel gefunden.

Die Beamten stellen dann folgendes Resultat zusammen: „Die bei der Besichtigung von 359 Betrieben (102 Handbetriebe, 257 mit Kraftbetrieb) für nötig erachteten 3118 Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren an Leben und Gesundheit beziehen sich auf folgende sachlich gruppierte 5946 Mängel.“ Eine mehrseitige Liste gibt und die Art der borgefundenen Mängel wieder, die in 55 Gruppen geteilt werden. Ueberall fehlten die notwendigen Schutzvorrichtungen an Maschinen usw. und ist jede Zeile eine Anlage gegen die saumseligen Unternehmer. Sehr interessant ist es daher, daß die Aufsichtsbeamten dann zur Entlastung der Unternehmer sich wie folgt im erläuternden Texte äußern: „Ein großer Teil der Mängel fällt, wie gewöhnlich (allerdings sehr gewöhnlich, d. B.), der Gleichgültigkeit, der Nachlässigkeit und dem Leichtsinne der Arbeiter zur Last, die sich durch

die borgefundenen Unfälle bezeugen lassen.“ Unter Rubrik 9 „Ursachen der Unfälle“ finden wir dann auch eine Zusammenstellung, wonach von den 501 entschädigten Unfällen 180 auf die „Unachtsamkeit und Nachlässigkeit der Arbeiter“, 16 Fälle auf die „Schuld von Mitarbeitern“, 9 auf „offenbaren Leichtsinne“, 8 auf „Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel seitens der Arbeiter“ usw. zurückgeführt werden. Die Unternehmer haben also sehr gut berichtet und sich von aller Schuld selbst befreit. Mangelhafte Betriebs-einrichtung soll nur in 13 Fällen die Ursache der Unfälle gewesen sein, „ungenügende Anweisung“ gab es überhaupt nicht und nur in 20 Fällen gab man zu, daß die „Gefährlichkeit des Betriebes“ womöglich die Schuld habe.

Später bemerken aber die Aufsichtsbeamten selbst, daß in 80 Fällen nur „die Entfernung vorhandener Schutzvorrichtungen“ beobachtet wurde. „Bei den Besichtigungen läßt sich eine absichtliche Entfernung höchst selten feststellen, wo solche ermittelt wurde, sind die Strafbestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften zur Anwendung gebracht worden.“ Also Beklagte wird ferner, daß selbst Betriebsleiter und Werkführer, die meist aus den Kreisen der Arbeiter entnommen werden, sich vielfach der Bedeutung der Unfallverhütung und ihrer eigenen Verantwortlichkeit bewußt sind.“ Sehr richtig! Es sollten deshalb die Meister, Aufseher usw. „jeden neu in den Betrieb eintretenden Arbeiter über die Gefahren der ihm übertragenen Arbeiten vor Beginn derselben genau unterrichten“. Wo geschieht dies aber? Zur Bedienung besonders gefährlicher Maschinen sollten deshalb „selbstverständlich nur ältere, erfahrene Arbeiter betraut werden“. Der Bericht bringt aber gleichzeitig eine Aufstellung, wonach von 3063 gemeldeten Unfällen allein 553 Unfälle auf jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren entfielen, davon 352 Maschinenunfälle. Unter 17 Jahre wurden 503 Arbeiter an Maschinen verletzt. Angeführt wird noch, daß „vielfach beobachtet wurde, daß die Plakate über die Unfallverhütungsvorschriften gar nicht ausgehängt oder den Verletzten nicht zur unterchriftlichen Vollziehung vorgelegt wurden“.

Desto auffälliger ist nachstehende Stelle des Berichtes: „In einem Betriebe, in dem ein Gehilfe das Unterzeichnen der Unfallverhütungsvorschriften verweigerte, entließ der Betriebsinhaber den Gehilfen ohne Kündigung. Das vom Gehilfen angesehene Gewerbegericht rief ihn in der Verhandlung, die Klage zurückzunehmen, da das Unterzeichnen Pflicht des Arbeiters sei und die Verweigerung dieser Pflicht den Arbeitgeber zur sofortigen Entlassung des Angestellten berechtige. Der Gehilfe zog darauf seinen Klageantrag zurück.“ Leider ist nicht angeführt, welches Gewerbegericht diese merkwürdige Rechtsansicht vertrat.

Der Bericht zeigt von neuem, wie notwendig eine Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Berufsgenossenschaft ist, um Unfälle zu verhüten und um zu verhindern, daß der Wahrheit widersprechende, einseitige Ansichten der Berufsgenossenschaften über die Ursache der Unfälle in die Statistik übergehen.

Aus Industrie und Handel.

Das neue Kalisyndikat.

Die Mitglieder des neuen Kalisyndikats haben ausnahmslos den neuen Gesellschafts- und Verkaufsvertrag vollzogen. Damit tritt ein neues, bis zum Jahre 1915 unklünderes Kalisyndikat in Kraft, dessen Dauer sich, falls eine Kündigung seitens der Mitglieder bis zu diesem Termine nicht erfolgt, bis zum Jahre 1925 verlängert.

Submissionen.

Der Ausbau des Bromberger Kanals und die damit verbundene Verlegung oder Umleitung der Dreihe nebst Neubau der Stadtschleuse ist in Submissionen ausgeschrieben worden. Für die Ausführung der Maurer-, Zimmerer- und Hammerarbeiten, sowie der Erd-, Pfaster- und Böschungsarbeiten sind 18 Angebote abgegeben worden. Das niedrigste Angebot machte die Firma Bamm in Fürstenaalbe mit 199 643 M., das höchste die Firma Proebus in Charlottendurg mit 348 848,80 M. Also eine Differenz von 149 205 M.

Das Syndikat der Syndikalfreien!

Bokum, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Zusammenschluß syndikalfreier Arbeiter unter Führung der Bergwerksgesellschaft Lier zu einer gemeinsamen Betriebsorganisation soll demnächst perfekt werden. Es kommen vorläufig die Hefen Rabbob, Baldur, Hermann I bis III, Adler und Admiral in Frage. Dieser Vorgang ist für die Frage des Bestehensbleibens des Kohlen-syndikats von der größten Bedeutung.

Keine Ueberschätzung der Mineralindustrie. In der Jahres-versammlung der Kappfäden Handelskammer vom 11. April d. J. führte der Vorsitzende Hr. Jagger, einer der bestbekanntesten Abgeordneten des Reichstages und seiner Zeit Mitglied des südafrikanischen Unionskongresses, bei Erstattung des üblichen Jahresberichts an der Hand der Handels- und Wirtschaftsstatistiken aus, daß in Handel und Wandel in der Kapkolonie im Laufe des verfloffenen Jahres eine entschiedene, anhaltende Aufwärtsbewegung eingeleitet habe.

Die schwache Stelle im Wirtschaftsleben Südafrikas sei gegenwärtig die allzu große Abhängigkeit von der Mineralindustrie. Bei voller Würdigung ihrer großen Bedeutung dürfe man doch den ihrer Natur nach temporären Charakter dieser Industrie nicht vergessen. Daher müsse man mit aller Energie danach trachten, andere Industrien dauernder Natur zu fördern, soweit sie sich für Südafrika eignen. Er glaube nicht an das Wiederbevorstehen eines „boom“ im südafrikanischen Wirtschaftsleben; aber er sehe einer ständigen Aufwärtsbewegung wie in den Jahren nach der Depression von 1882—1888 entgegen und fühle sich mit allen Anwesenden darin einig, daß eine solche nachhaltige Aufwärtsbewegung für den Handelsstand und für das Allgemeinwohl förderlicher sei als ein „boom“.

Der siebente internationale Baumwollkongress in Brüssel

beschäftigte sich mit der Frage des Ausfalls der Baumwollernnte im laufenden Jahre. Der Kongress beschloß, mehrere nationale Komitees zu ernennen, die Baumwollkultur in verschiedenen Kolonien, namentlich in Indien zu fördern, wo bisher gute Resultate erzielt worden seien. Ein indischer Delegierter brachte eine Studienreise nach Indien in Vorschlag, da die letzte Studienreise nach Amerika von gutem Erfolge begleitet gewesen sei. Sodann wurde die Frage der Errichtung eines landwirtschaftlichen Bureaus in Ägypten angesprochen, dessen Hauptaufgabe sein sollte, die Ursache für die Verschlechterung der dortigen Ernte zu erforschen und Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen. Die Frage der Schaffung eines Reservevorrats in Baumwolle wurde bis zum nächsten Kongress zurückgestellt.

Vermischtes.

Vom Erdbeben in Süd-Italien.

Nach den neueren Berichten scheint das Erdbeben mehr durch seinen Umfang, als durch seine Heftigkeit bemerkenswert zu sein. Ein Teil der Bevölkerung von Calatri hat die Plissonate, welche sich vor einiger Zeit dort niedergelassen haben, für das Erdbeben verantwortlich gemacht. Die Erregung gegen die Väter war so groß, daß sie unter dem Schutze von Truppen die Gegend verlassen mußten. Auch sonst spielt der Aberglaube unter der unwissenden Bevölkerung eine große Rolle. Man bringt das Erdbeben mit dem Erscheinen des Kometen in Zu-

sammenhang und weist auch darauf hin, daß in diesem Jahre das seltene Wunder des Flüssigwerdens und des Aufwallens des Blutes des heiligen Januarius sich nicht erneuert habe. Prozessionen durchziehen die Straßen und stehen den Schut der Heiligen herab.

In der Stadt Calatri weist die Mehrzahl der Häuser Risse auf. Im Stadtviertel Partello sind mehrere Gebäude eingestürzt. Unter den Trümmern sind bisher 24 Leichen vorgezogen worden, jedoch glaubt man, daß noch mehr Personen unter den zusammengefallenen Gebäuden begraben sind. In den benachbarten Gemeinden beträgt die Zahl der ums Leben gekommenen nach den bisherigen Feststellungen etwa dreißig. Es ist schwer, genau zu ermitteln, wie hoch die Gesamtzahl der Verunglückten ist, da aus Furcht vor weiteren Erdstößen viele Einwohner aus den Ortschaften geflüchtet sind. In Vallata sind 10 Wohnhäuser eingestürzt, weitere 65 drohen einzustürzen. Eine Person ist getötet worden und zehn sind schwer verwundet. In Trexio sind zwei Wohnhäuser eingestürzt. In Vigoli ist die Hauptkirche schwer beschädigt worden. In Asadia, Mirabello und Villanova sind die Häuser größtenteils schwer beschädigt.

In den von der Katastrophe betroffenen Bezirken macht sich Räubergetöse bemerkbar, das die von der Einwohnerschaft verlassenen Häuser plündert. Polizei und Truppen sind nach diesen Bezirken abgelandet worden. In Venedigo ist die Panik besonders groß. Reinob die gesamte Bevölkerung hat die Stadt verlassen, so daß die Häuser zum größten Teil leerstehen. Diebstehlen durchziehen die Straßen, die Polizei ist wehrlos gegen sie. Im Gefängnis ist unter den Gefangenen eine Meuterei ausgebrochen, stürmisch verlangen die Gefangenen sofort in Freiheit gesetzt zu werden.

Wirbelsturm auf Sardinien.

Fast zu derselben Zeit, als das Erdbeben in Unteritalien Tod und Schrecken verbreitete, ist auch die italienische Insel Sardinien von einem schweren Unlud betroffen worden. In der Gegend von Ogliastra hat ein furchtbarer Wirbelsturm die Felder zerstört. Viel Vieh ist getötet worden. Man beschränkt, daß auch eine Anzahl Hirten dem Unwetter zum Opfer gefallen sind. Schwere Verwüstungen hat der Sturm namentlich in Vanuzi Tortoli, Gibono, Elini und Jergu angerichtet.

Zwei Schiffskatastrophen.

In der Nähe der Insel Inyat (Portugiesisch-Ostafrika) ist ein Ausflugsdampfer, mit dem eine Anzahl Handlungsangestellten eine Vergnügungsfahrt unternahmen, gescheitert. 82 Personen sind ertrunken.

Die große dänische Bark „Prinzess Marie“ wird als verschollen betrachtet. Das Schiff ging am 24. Februar von Sydney nach Smoky Bay in Südastralien ab. Unter regulären Verhältnissen dauert die Fahrt zehn Tage. Da nun über hundert Tage seit der Abreise von Sydney vergangen sind, ohne daß man irgend eine Nachricht von dem Schiffe hat, ist anzunehmen, daß es mit Mann und Maus untergegangen ist. Die Besatzung der Bark bestand aus 20 Mann.

Der „Andere“.

In der Orffeller Oper wurde kürzlich die „Götterdämmerung“ aufgeführt. Während der Waltraute-Szene im ersten Akt ereignete sich ein drohlicher Zwischenfall. Das Rahen der Walfire kündigt sich bekanntlich durch Bliz und Donner an. Das „Gewitter“ war vorzüglich „gemacht“, aber das Donner schien dem Direktor allzulange. Er begab sich hinter die Kulissen und rief dem Maschinisten, der das Gewittermachen zu besorgen hatte, wütend zu: „Wollen Sie wohl aufhören, es ist genug!“ „Aber Herr“, erwiderte der Maschinist, „ich tue ja nichts!“ „Die? Sie tun nichts?“ sagte der Direktor, „und dieser Donner? Man hört ja nichts anderes als Sie!“ Stammelnd sagte der Maschinist: „Das bin ich nicht, Herr... das ist der andere, hören Sie nur!“ — Es war in der Tat der „Andere“. Ein mächtiges Gewitter war nämlich über Orffell niedergegangen.

Schwer verdauliche Kost.

Ein amerikanischer Journalist, Herr Zugwiff Page, der eine angelehene Familie der Stadt Redbay in einem boshaften Zeitungs-artikel arg zerstückt hatte, ist, wie aus New York berichtet wird, von seinen Landsleuten auf höchst merkwürdige Weise bestraft worden: man hat ihn nämlich gezwungen, seine Schwärzwerke buchstäblich zu fressen! Der Zeitungsmann hatte einem Walle im Hause eines der vornehmsten Bürger der Stadt beigezogen und tags darauf in seinem Blatte einen Vorbericht veröffentlicht; dieser Bericht enthielt unerhört viele Bemerkungen über die Toiletten der Damen und verriet allerlei Intimes über das Benehmen dieser Damen im Verkehr mit den geladenen Herren. Das Zeitungsbüro hatte kaum die Presse verlassen, als fast alle Männer, die dem Walleste als Gäste beigezogen hatten, sich in corpore in das Redaktionsbureau begaben, ohne viele Worte zu machen den Vorbericht aus der Zeitung heraus-schneiden, dem armen Page das Papier in den Mund stopften und so lange warteten, bis er es rabalal aufgegeben hatte. Page hat sich jetzt mit einer Schandenerklärung an die Gerichte gewandt: er verlangt nicht weniger als 40 000 Mark Entschädigung, was den Beweis liefert, daß er seinen Artikel für ein höchst widerliches Essen gehalten haben muß.

Die Geschichte erinnert stark an die Redaktionsgeschichte des berühmten „Arizona Rider“.

Eingegangene Druckchriften.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber L. Thoma und H. Delle. 1. Nummer. 1,20 M., 6 M. H. Vagen, München.
12 Tage in München mit Stadtplan. 30 Pf. — 14 Hefen von München ins Bayer. Hochland. 14 Nummern. 30 Pf. Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs, München.
15. Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Nürnberg. 1909. 92 Seiten. Selbstverlag.
Die Teilnahme der Frau an den öffentlichen Angelegenheiten. Von Dr. A. Heiser. 30 Pf. Verband der katholischen Arbeitervereine, Berlin, Rotherstr. 57.
Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsartells Bremerhaven u. Umgegend. 1909. 78 Seiten. Selbstverlag.
Soziale Momente in der Verfassungsgeschichte der Republik Siena von R. Schall. 14 Seiten. Verlagsbuchhandlung, Riedling.
Celtische Wägen. Das Bild von G. Wagner. 30 Pf. Landes-verband für Fremdenverkehr, Karlsruhe (Sachsen).
Experimentelle Tierquälerei an megalomaniakalen Insulinen Bayerns 1900—1909. Herausgegeben vom Verein gegen Volksfeind und sonstige Tierquälerei in München. Kommissionsverlag, H. Buchholz. 1 M.
Vogelzug und Flugmaschinen. Darstellung und Kritik der Erfindung des Kraftfluges durch Natur und Technik von Dr. D. Prochnow. Verlag H. Thomas, Leipzig. 1 M., geb. 1,60 M.
Albert Schäffle und seine theoretisch-nationalökonomischen Lehren. Eine nationalökonomische Studie von Dr. Eugenie Habian-Sagal. Vatthammer u. Wähle, Berlin. 3,30 M., geb. 4,20.
Wie und die Kraft! Vortragsreihe Gedächtnis von H. Freilgrath. Gedächtnisausgabe zum 100. Geburtstag des Volksbilders. 15 Pf. H. Berlin.
Ergebnisse eines Hamburger Dienstmädchens. Von Doris Biersack. 1 M., geb. 1,20 M. — Jugendgeschichte einer Arbeiterin. Von H. Vopp. Gekürzt von H. Vebel. 1 M., geb. 1,20 M. G. Hahn-hardt, München.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

Besonders preiswertes Angebot Donnerstag, Freitag, Sonnabend soweit der Vorrat reicht:

PORZELLAN

Weiss	
Speiseteller flach 13, tief 16 Pf.	
Kompotteller 7 Pf.	
Bratenschüsseln oval 25, 38, 45 Pf.	
Bratenschüsseln rund 45 Pf.	
Kompottschalen 5 bis 45 Pf.	
Kartoffelnäpfe 65 Pf.	
Saucieren 45 Pf.	
Terrinen 1.10, 1.25	
Kaffeekannen 25, 45 Pf.	
Teekannen 45 Pf.	
Milchtöpfe 8, 12, 15 Pf.	
Zuckerboxen 15 Pf.	
Tassen 12 Pf.	

Tafelgeschirr		Weiss, mit Goldrand	Apfelblüten-Dekor
Speiseteller tief od. flach	28 Pf.	32 Pf.	
Dessertteller	25 Pf.	27 Pf.	
Kompotteller	13, 15 Pf.	15, 20 Pf.	
Bratenschüsseln oval	38 Pf. 4.30	45 Pf. 4.30	
Beilagschalen	50 Pf.	50 Pf.	
Kartoffelnäpfe	1.60 b. 2.25	1.85 b. 2.15	
Saucieren	75 Pf. 1.35	90 Pf. 1.50	
Salzgefässe	35 Pf.	35 Pf.	
Senfgefässe	80 Pf.	95 Pf.	
Kompott- und Salatschalen	27 Pf. 1.15	30 Pf. 1.35	
Terrinen	2.70 b. 3.85	3.00 b. 4.00	
Kaffeekannen	36 Pf. 1.60	48 Pf. 1.00	
Milchtöpfe	16 b. 60 Pf.	18 b. 38 Pf.	
Zuckerboxen	68, 80 Pf.	72, 85 Pf.	
Tassen	23 Pf.	27 Pf.	

Dekorierete Kaffeeservices
für 6 Pers. 2.25, 3.60, 3.85, 4.50
9teilig
f. 12 Pers. 5.90, 6.30, 7.40, 8.50
16teilig

Ein Posten feine dünne
Kaffee- u. Teetassen
weiss 16, mit Goldhenkel 20 Pf.
mit Meissener Blumen- 23 Pf.
dekor

Ein Posten reich dekorierete
Durchbrochene Frühstücksteller 25 Pf.
Ein Posten Mokkatassen 10 Pf.

Restposten fein dekorierter
**Porzellanwaren,
Teller u. Tassen,**
besonders preiswert.

STEINGUT

Weiss	
Speiseteller tief oder flach	5 Pf.
Bratenschüsseln oval 18, 27, 38 Pf.	
Bratenschüsseln rund 15 Pf.	
Salz- und Mehlresten 40 Pf.	
Satztöpfe 6 Stück 85 Pf.	
Kompott- und Salatschalen 7, 9, 15, 35 Pf.	
Waschschüsseln 22 Pf.	
Ein grosser Posten Speiseteller flach	4 Pf.
Dessertteller	3 Pf.
Tassen 3 Pf. Näpfe 3 Pf.	

Blaues Zwiebelmuster	
Speiseteller tief oder flach	8 Pf.
Dessertteller 7, Kompotteller 5 Pf.	
Bratenschüsseln oval 22 Pf. bis 1.10	
Kartoffelnäpfe 68, 95 Pf.	
Saucieren 68, 95 Pf.	
Terrinen 1.15, 1.40, 1.65	
Salatschüsseln Satz 6 Stck. 95 Pf., 1.25	
Milchtöpfe gebauchte Form 27 bis 85 Pf.	
Waschgarnituren dekoriert 4teilig 1.25	
Waschgarnituren dekoriert, 5teilig 2.90, 3.50, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00	
Tafelservices 3.75	
Küchegarnituren 22teilig 3.00	

Ein Posten
Eierservices 3 teilig 20 Pf.
Erdbeerservices 3 teil. 25 Pf.

GLASWAREN

Pressglas	
Bierbecher glatt 5, mit Bordüre 10 Pf.	
Bierbecher mit Goldrand 7, 10 Pf.	
Wassergläser 5, 6, mit poliert. Boden 8 Pf.	
Bowlkannen 35, 45, 55 Pf.	
Butterdosen 25 Pf.	
Käseglocken 35, 40 Pf.	
Kompottschalen 8, 15 Pf.	
Kompotteller dazu passend 4 Pf.	
Blumenvasen 30, 60, 85 Pf.	
Bierbecher mit Berliner Ansichten 30 Pf.	

Schleifglas	
Bierbecher 25, Biertulpen 27 Pf.	
Bowlkannen 63, 85 Pf.	
Bowlkannen reich geschliffen 1/4 Liter 1.10, 1/2 Liter 1.40, 3/4 Liter 2.00	
Fussgläser 25, Likörgläser 15 Pf.	
Rotweingläser 24 Pf.	
Weinrömer 15, 20, 35, 40, 50 Pf.	
Salat- und Kompottschalen Durchm. 20 cm 68, 23 cm 80, 25 cm 95 Pf.	
Wasserflaschen 50, 85 Pf.	

Weingarnitur „Pola“ mit Goldrand	
Rotweingläser 35 Pf.	
Madeiragläser 32 Pf.	
Likörgläser 30 Pf.	
Bowlgläser 40 Pf.	
Champagnerkelche 40 Pf.	
Champagnerschalen 50 Pf.	
Bierbecher 30, Selterbecher 25 Pf.	
Ein Posten Weinrömer Kristallkelch auf grünem Fuss 24 Pf.	
Salatschalen gepresst 15 Pf.	

Ständiger Verkauf: Einmachegläser, Einmachehafen, Einkoch-Apparate.

Grosse Posten EMAILLIERTE GESCHIRRE soweit der Vorrat reicht

Schmortöpfe ohne Ring 20 Pf. bis 1.60	Kaffeekannen weiss 60 Pf. bis 1.00	Toilette-Eimer mit Rohrbügel 2.25, 2.75
Fleischtöpfe 40 Pf. bis 1.50	Kaffeekannen dekoriert 60 Pf. bis 1.40	Schwere Geschirre
Ringtöpfe 1.10 bis 1.75	Maschinentöpfe dekoriert 30 Pf. bis 1.10	Fleischtöpfe 65 Pf. bis 2.40
Kasserollen ohne Ring 20 Pf. bis 80 Pf.	Bauchtöpfe dekoriert 60 Pf. bis 1.10	Kasserollen ohne Ring 40 Pf. bis 1.75, flach 40 Pf. bis 1.75
Pfannen rund 40 Pf. bis 90 Pf.	Salz- und Mehlresten dekoriert 90 Pf.	Pfannen rund 60 Pf. bis 1.20
Wasserkessel 90 Pf. bis 1.35, mit Absatz 80 Pf. bis 2.00	Löffelbleche dekoriert 1.50, Kinderbecher, 20, 25 Pf. dekoriert	Fischkocher 4.50 bis 7.50
Fischkocher 3.00 bis 6.00, Topfdeckel 20 bis 40 Pf.	Waschschüsseln dekoriert 2.50	Durchschläge 1.15 bis 1.70
Essenträger mit Bügel 30 bis 50 Pf.	Wasserkrüge dekoriert 2.00, 2.50	Milchkocher 2.00

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Gaskocher 2 Loch 7.50 2 Loch, 2 Wärmestellen 9.00	Gazeglocken rund 5 Grössen 20 Pf. bis 60 Pf.	Reisekocher mit Kasserolle 65 Pf., 1.00, 1.10
2 Gasplätten mit Erhitzer 4.50	Gazeglocken oval 3 Grössen 35 Pf. bis 50 Pf.	m. Kasserolle, 2.00, 2.50, 2.75, Alu- vernickelt 2.25, 4.25
Petroleumkocher 1 Loch, 1 Flamme 1.30 1 Loch, 2 Flammen 1.75	Gazedekel 6 Grössen 12 Pf. bis 28 Pf.	Reisebestecke 80 Pf. mit Löffel 1.60
Petroleumkocher 1 Loch, 2 Flammen 2.40 2 Löcher, 4 Flammen 4.25	Fliegenfallen aus Draht 25 Pf.	Kleiderbürsten 65, 90 Pf., 1.10
Rasenmähdmaschin. Messer 3 15.00, 18.00, 19.00	Brotkasten lackiert, oval 1.10	Kopfbürsten 60, 70, 90 Pf., 1.10
Gartenschlauch Hanf per Meter 60, 70, 80 Pf.	Spirituskocher 20, 25, 40, 45 Pf.	Reise-Aermelplättbretter zusammenlegbar 1.50
Gartenschlauch Gummi per Meter 1.10, 1.60, 2.00	Tischtuchklammern Dutzend 30, 50 Pf.	Reisefussbänke zusammenlegbar 25 Pf.
Fruchtpressen Guss Eisen 5.50, 6.00	Ärmelplättbretter bezogen 40 und 85 Pf.	Reisekleiderbügel 8, 12 Pf. vernickelt 25 Pf.
Eismaschinen 3.25, 5.00, 6.00, 7.00	Salatbestecke Holz 35 Pf.	Schuhpolierbürsten für die Reise 55 Pf.
Giesskannen grün lackiert, 6 Grössen 30 Pf. bis 1.30	Gazeschränke Holz 3.75, 5.00, 6.50, 7.75	Schuhbürsten-Garnituren für die Reise 80 Pf.

Ständiger Verkauf: Eisschränke mit Zink oder Glasplatten ausgelegt in vorzüglicher Ausführung.

In der Lebensmittel-Abteilung, soweit der Vorrat reicht:

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Hühner 60 Pf. bis 2.75	Frischer Spargel 10, 25, 30, 40 Pf.	Bratschollen Pfd. 15, 18 Pf.
Gänse Pfd. 75, 85 Pf., 1.00		Schellfische Pfd. 18, Kabeljau 13 u. 18 Pf.
Gurken Stück 15, 20, 25 Pf.		Prima Tafellachs Pfd. 2.00

Aus der Parteibewegung in Holland.

In der holländischen Sozialdemokratie besteht bekanntlich noch immer die infolge des Ausschlusses der „Tribune“-Redakteure auf dem Debenter Parteitag 1909 eingetretene Spaltung der Organisation in zwei Parteien: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (S. D. A. P.) und die damals gegründete Sozialdemokratische Partei (S. D. P.), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Marxismus innerhalb der Arbeiterbewegung und gegenüber der alten von revisionistischen Auffassungen beherrschten Partei zur Geltung zu bringen.

Der Jahresbericht des Parteivorstandes, aus dem wir bereits in Nr. 71 des „Vorwärts“ das Wichtigste mitteilten, rief eine lange und lebhaft debattierte hervor. Die Stellung des Parteivorstandes zur S. D. P. wurde von einigen Genossen in verschiedener Hinsicht kritisiert. Henri Polak meinte, daß der Vorstand den Vertreter der Partei im Internationalen Bureau hätte beauftragen sollen, für die Zulassung der S. D. P. zu wirken.

Man habe nun einmal damit zu rechnen, daß zwei Parteien bestehen. Zulassung zum Bureau ohne eigentliche Vertretung sei wohl möglich. — Dem wurde vom Parteivorstandes Bliegen und anderen Genossen entschieden widersprochen. Der Anschlag zweier sozialdemokratischer Parteien eines Landes an das Internationale Bureau sei nicht gut möglich, und für einen Anschlag ohne Vertretung bestehe keine Regelung. Der Parteivorstand werde jedoch keine Versuche machen, der S. D. P. die Vertretung auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen zu verschaffen. Es könne für die neue Partei nur gefunden werden, dort ein Votum zu nehmen.

Ferner wurde in der Debatte der Standpunkt des Parteivorstandes, die S. D. P. wohl neben anderen Arbeiterorganisationen zur Kampferlaubnis, bei Wahlen aber nicht mit ihr zusammenzugehen, kritisiert. Genossin Roland-Holst beantragte, der Parteitag möge beschließen, daß das Zusammengehen mit der S. D. P. bei Stichwahlen nicht prinzipiell zu verwerfen sei, und weiter, daß bei der Kampferlaubnis und ähnlichen Bewegungen mit der S. D. P. zusammengewickelt werden sollte. Sie erklärte, dieser ihr Antrag entspreche nicht ganz ihrer persönlichen Auffassung, welche die sei, daß man bei Stichwahlen im m e r mit einer anderen sozialdemokratischen Partei zusammenwirken müsse.

Der Bericht der Kammerfraktion rief ebenfalls eine lange Debatte hervor. Es war hier namentlich die Haltung Troelstra und Schapers zur Frage der Vollspensionierung, die Gegenstand der Kritik bildete. Die beiden Genossen hatten, wenn auch nicht in der Kammer so doch außerhalb in Wort und Schrift die Auffassung vertreten, daß man sich eventuell auch mit einem Versicherungssystem einverstanden erklären könne, wenn dabei die geringen Löhne bis zu einer gewissen Grenze von der Beitragspflicht verschont blieben. Da die Vollspensionierung, die Versorgung der Alten und Invaliden aus öffentlichen Mitteln, als eine der wichtigsten und agitatorisch wirksamsten Gegenwartsforderungen der holländischen Sozialdemokratie angesehen wird, schien ein Abweichen nach der Richtung der Zwangsversicherung den Kritikern der Fraktion verwerflich.

Es wurde sodann die Haltung des Parteivorstandes „Het Volk“ besprochen. Von einigen Rednern wurde es scharf gerurteilt, daß die von der Genossin Roland-Holst herausgegebene Wahlrechtsproklamation in „Het Volk“ als verwerflich für die Partei hingestellt worden war, wie denn auch in anderer Hinsicht Kritik an der Redaktion geübt wurde. Die Debatte endete jedoch damit, daß die bisherige Redaktion per Affirmation wiedergewählt wurde. Zu teils recht heftigen Auseinandersetzungen kam es bei der Verhandlung über die Haltung des „Weckblat“, wobei der schon erwähnte Artikel über die Unterstützung der streikenden Bauarbeiter wieder zur Sprache gebracht wurde. Die Genossin Roland-Holst sagte unter anderem, daß man innerhalb der Partei danach trachte, ihre Position zu untergraben, wie man auch den Genossen Pannetel außer Landes getrieben habe.

Holst und Wibaut mit allen gegen zwei Stimmen wiedergewählt wurden.

Zur Wahlrechtsaktion lag eine Resolution des Parteivorstandes vor, wonach die Bewegung für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die ja bisher in den alljährlich wiederkehrenden großen Demonstrationen ihren härtesten Ausdruck fand, durch eine allgemeine Volkspetition ergänzt werden soll. Die öffentliche Propaganda für die Unterzeichnung der Petition soll mit einer großen Demonstration eingeleitet werden, und die Petition selbst will man im Jahre 1911 der Regierung und dem Parlament überreichen. In der Debatte über diesen Punkt wies die Genossin Roland-Holst in einer längeren Rede darauf hin, daß schärfere Mittel notwendig werden könnten, um das Ziel der Aktion zu erreichen, und erklärte unter anderem, daß sie sich die Freiheit, die Idee des Massenstreiks zu propagieren, nicht nehmen lassen werde.

Die Sozialdemokratische Partei hielt am Sonntag und Montag, den 28. und 29. Mai, in Amsterdam ihren ersten Jahrestag ab. Sie zählt ungefähr 500 Mitglieder. Es waren 23 Delegierte erschienen. Der Vorsitzende Genosse Wijnkoop wandte sich in seiner Eröffnungsrede nicht allein gegen die S. D. A. P. Hollands, sondern auch gegen die Sozialdemokratie anderer Länder. Auch in Deutschland habe man es unternommen, die freie Meinungsäußerung in der Partei zu knebeln. Die S. D. P. könne stolz darauf sein, daß es ein Holländer (Pannetel) sei, der in den vorberichten Reihen derer stehe, die gegen Kautsky auftraten. In Deutschland handle es sich um die Freiheit, den Massenstreik und den republikanischen Gedanken zu propagieren. Das Verlassen des republikanischen Standpunktes sei überhaupt eine internationale Erscheinung. Der Redner erklärte schließlich die S. D. P. für die einzige Partei, die wirklich proletarische Politik treibt.

In der Debatte über den Jahresbericht des Parteivorstandes spielte die Frage der Unterstützung des Streiks im Amsterdamer Bauarbeiter die Hauptrolle. Der Vorstand wie auch das Organ der Partei, „De Tribune“, waren für die Unterstützung eingetreten. Ein Teil der Mitglieder der S. D. P., die gewerkschaftlich den Zentralverbänden angehören, waren damit nicht einverstanden. Ein Delegierter aus Amsterdam erklärte, daß der Streik nicht als ein Klawneffekt für die anarchistische Gewerkschaftsbewegung gewesen sei und sich vielmehr gegen die modernen Gewerkschaften, als gegen die Unternehmer gerichtet habe, deswegen auch keine Unterstützung durch die Partei verbiete. Beschlossen wurde zu dieser Sache, daß der Vorstand, ehe er über die Unterstützungsfrage bei Streiks entscheidet, die von nicht der Landeszentrale angeführten Organisationen ausgehen, erst mit der betreffenden Ortsabteilung der Partei Rücksprache nehmen soll.

In der Beratung über „De Tribune“ wurde von mehreren Rednern gesagt, daß die „Tribune“ nicht populär genug schreibe, so daß sie von den meisten Arbeitern gar nicht verstanden werden könne. Wijnkoop versprach, daß sie nun noch populärer als bisher geschrieben werden solle, und der Genosse Dr. Rabenstein erklärte, daß es kein Propagandablatt werden müsse. Es sei das einzige Blatt im Lande, das die marxistische Wissenschaft verbreite. Man müsse auch davon absehen, in nächster Zukunft schon eine ziemlich große Partei zu werden; das sei nicht gut möglich. — Es wurde beschloffen, der Redaktion einen Fonds von 800 Gulden zur Verfügung zu stellen, der durch Wochenspenden von einem Cent aufgebracht werden soll.

Als Delegierte zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen wurden die Genossen Worter und Wijnkoop gewählt. Ferner wurde beschloffen, die königliche Genehmigung für das Statut der Partei nachzusuchen.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

- Trifles Sozialist. Arbeiterbauverein b. Wien 4. Jigarenfabr. Adèle 4.50. R. R. 25 15.05. Werkstat G. 5. Ein Staatsbrecher 20. Borch Köpcke 3. Verband der Bergarbeiter Deutschlands. De. Hann i. B. 150. Unterstützungsfonds Glasarbeiter Stralau. 5. Rate 50. Ueberführ. der gem. Arbeiter der Orte Nundemken, Reuhausen, Riedingheim i. B. 100. Zwei Ingenieure vom R. I. B. 5. Wöbelschiff Großhans, 2. Rate 40. Schlosser und Kupfslager bei Weichers 15.55. 7 Wärter bei Lindström 3.50. Metallischer Döner, 3. Rate 5. Th. B. 88 4. Deutsch-Sozialist. Lehrhaus, Paris 50. Danbwerter u. Reichgenpersonal Schultheiß VI 18. Diener bei H. B. R. str. 20. Verband d. Kupferschmiede, Barmut. Berlin, a. folgende Listen: 2001 Schwarztopf-Widua 11.25. 2003 Hartmann 28. 2004, 2016, 2028 Leuten- schläger 37.90. 2005 Dmmsbürgel 30.80. 2006 Turbinenfabr 21.25. 2008 Böhmischer Brauhaus 12.80. 2012 Neumann 8.75. 2018 Schwarztopf-Widua 9. 2020 Schering-Charlottenburg 9.35. 2009 3.50. 2022 6.90. Summa 179.50. — 291 Tischlerei Fellner u. Parich 8.80. 6998 Guggenbühler Kaufh., Botte 17.20. Wächlerbest bei Wiese 3.26. Tischlerei Lerche, Deper u. Co. 8.00. Tapezierer bei Gerlach 3. — 1923 Tischlerei Brünthal u. Basselt 5.25. 147 Röntgen- und Heiler bei J. L. Baton 5.25. 5887 Angestellte der Hauptveem. des Transportarbeiter-Verbandes 24. Gemonnene Wette 2. — Rind der Darmlosen 5. — Vich G. 0.50. 8120 Silberwarenfabrik Darnitz 11.35. Unterkommission Hildorf auf folgende Listen: 6011 Ratenius 14.75. 6016 2.40. 6022 8. — 6027 8.05. 6040 15.05. 6256 6. — 6257 7.50. 6264 7.40. 6265 5.15. 6266 5.95. 6289 11.20. zusammen 91.75. 1737 Holzarbeiter 49. — Jigarenfabrik „Vorwärts“ 6. — 1965 Tischlerei Schubert 8.25. Firma Rode 3.80. 1790 Tischlerei Betz 5.45. 2007 Kupferschmiede Autobau Oberspre 7.50. 2017 Kupferschmiede Turbinenfabr 25. — 2024 Kupferschmiede bei Velt 6. — Tischlerei Tripdonem, Biergarten 10. — Tischlerei Banfelow 5.50. 804 Kronenfabrik Wichel 7. — Zahnarzt Dr. Ammering 15. — Holzsch. Pappel- alle 3.06. 1880 Tischlerei Harris u. Sheldon, Tempelhof 13.80. 401 Tischlerei Spanier 7.55. Hausbrud. d. Anilinfabr. 2.70. 311 Vergolder b. Jentich 4. Rate 3.75. Graveure bei Hehle u. Co. 4. Rate 23.50. 253. Hets u. Co. 14.85. Tischlerei Roh 5. — 295 Planofabrik Stewert 6. — Raler bei Kampfe 7. — 313 Damarbeiter u. Arbeiterinnen R. u. 2. 3. Rate 8. — Roll. bei Kutz 10. — Gelangverein Lichterberg R. u. 30. — 1996 Tischlerei Behl 16.95. Arbeiterladungsverin „Boran“ 10. — 1931, 1933, 1934, 1935 Wöbelschiff Wöhl 43.10. 392 Drechslerer Reimann 4. — 1998 Wöbelschiff Felder u. Waten 5.20. 1995 Heiler u. Waten, holl. Kranzüberhug 23.25. Coronation-Kompagnie, Dafenheide 16. — Tischlerei Siebert u. Wittenbach 15.40. 358 C. R. Kindermann, 3. Rate 24.30. 319 Tischlerei Spanar, 3. Rate 18. — 269 Planofabrik Wörz u. Kallmann 22.40. 9851 Tischlerei Blendinger, Bredow u. Co., 3. Rate 7.70. Heiler bei Krause, Rorlie u. Co. 4.50. 320 Tischlerei Spanto 6.75. 370 Tischlerei C. Schmidt 6.50. 371 Tischlerei Bante 5.70. 6616 18.10. Roll. b. Michel u. Wiedemann, 4. Rate 6. — Wandbalkenfabr. Nordliche Klänge 20. — 407 Korbmacherei Hölzer, Spandau 10.25. Verband freier Bak- und Schankwirte Deutsch- lands 1000. — 2990 Vertheim-Röhle 20.05. 1937 Wöbelschiff Schmeißer 13.30. Tischlerei Bedegärner u. Fischer 6.50. 8349 Baukondemner Kottner 35.25. 1948 Verl. Zimmerwerkfabrik 8.35. 1872 Verlmuthfabrik Abramowitz 4.65. 1874 Verlmuthfabr. Fischer 8.25. 1875 Verlmuthfabrik Krummann 5.60. 1892 Stockfabrik Sembdi 13.15. 1898 Stockfabr. Kemmer 4. — 1894 Stockfabrik C. von Nachl., 14. — 1895 Stockfabrik V. Arah 7.80. 1841 B. Noe, 4. Rate 18. — 1842 Stockfabrik Schulte, 3. Rate 12.95. 1843 Stockfabrik Selglohn 5.50. 1844 Stockfabrik Reijck, 3. Rate 8. — 1845 Stockfabrik Redlich, 2. Rate 9.20. 1847 Stockfabrik Gold- bach 10. — 1849 Stockfabrik Goldmann, 3. Rate 11.10. Spar- verein „Echer angelegt“ 10. — 397 Tischlerei Hinton u. Priemer,

- 5. Rate 20.90. 396 Tischlerei Hinton u. Priemer 10.20. Tischlerei Marz- gal u. Zan, 2. Rate 10.35. Tischlerei Diege 5.25. Wöbelschiff b. Ralchig, 3. Rate 7.25. Tischlerei Schmel u. Co. 10. — 1944 Tischlerei Riesting 20. — Tischlerei Kühn, 2. Rate 12.20. 395 Tischlerei Dunsdy 19.45. 329 Tischlerei Schwarz u. Hebblich, 4. Rate 29. — 1896 Tischlerei Dr. Hecht 8.65. 39 Tischlerei Reuland 7.65. Wöbelschiff Stern, 3. Rate 19.65. 1991 Tischlerei Häbner 3.75. Tischlerei Krogh, Keller u. Co. 14.65. 1949 sechs Tischler bei Darmann 2.50. 1950 Tischlerei Wittig, 3. Rate 19.65. Tischlerei Wegener 19.80. 1987 Tischlerei Baumann 6.65. Wöbelschiff Gerjon, 4. Rate 10.80. 340 Wöbelschiff Abb u. Daum, 3. Rate 15.50. Tischlerei R. Schmidt 17.50. Bierfasse und Angestellte der Ortstrankkassa der Kaulenite 50. — 1947 Tischlerei Dippel u. Kolbe, 2. Rate 11.40. Graveure bei Heiler u. Co., 5. Rate 7.50. 338 Tischlerei Siebert u. Schmeißer 11.25. 391 Planofabr. C. Otto 10.30. 1945 25.05. Kammfabrik R. Streich 5.65. 5712 Raler bei Suhr 4.50. 374 Tischlerei Raß, 4. Rate 5.60. 389 Planofabrik Hoffmann 6.06. Chemigraphie B. Grede 4. — Spagereim „Eid“ 4.65. 345 Tischlerei Rauloff, 2. Rate 7.25. 384 Tischlerei Stein 4.50. 316 4.70. Schröders Wöbelschiff 5.40. Tischlerei Sachle u. Heise, 2. Rate 16.10. Tischlerei Wefas 5.30. 170 Tischfabrik Bremer 14.50. Tischlerei Hildebrandt, 2. Rate 10.75. 244 Wöbelschiff Dania 24.45. Kollegen bei Stabenow 3.50. 343 Tischlerei Kufelanz, 4. Rate 15.55. Tischlerei Schulz u. Hinkel, 3. Rate 10. — 409 Drechsler und Schleifer bei C. Müller u. Co. 11.65. 410 Arbeiter bei C. Müller u. Co. 6. — 296 Tischlerei Sommerlatte, 2. Rate 13.10. 278 Tischlerei Kimmel u. Friedrichsen 33.55. Klempner bei Stolzenberg, 2. Rate 10. — 6607 b. Heiler 15.75. 356 Tischlerei Witts u. Reumann, 2. Rate 24.20. Verb. der Glaser, Jährl. Berlin, auf Witten, 6. Rate 86.35. 2099 Glaserer D. Röhle 11.95. 4188 Kollegen bei D. Hartmann 9.55. Sechshälfte 5.65. Arbeiter-Jahresvereine „Völk“ 3. — Ungenannt durch Red. b. „Courier“ 3. — Verband der Kürschner, Verwaltung Berlin, auf folgende Listen: 2712 Pelzwarenfabrik S. Landsberger 15.10. Wöbelschiffen: 2737 R. Stein 10.30. 2742 Ed. Daug 23.45. 7652 G. W. Hoffmann 8.80. 2754 Pelzwarenfabrik Dreißlitz 10.40. 2759 Wöbelschiff D. Hinz 9.15. 2760 Bureau der Kürschner 21.20. Wöbelschiffen: 2770 R. Gärtnert 10.05. 2775 G. W. Hoffmann 14.80. 2783 Ledmann u. Hinluis 11.30. G. W. Hoffmann: 2789 11.20. 2790 9.20. 2792 12.65. 2796 G. Florkmann 12.05. 2797 H. Grotelisch 10.10. Pelzwarenfabrik: 2798 Blumenthal u. Co. 13. — 2800 Herpich Söhne 25. — Wöbelschiff R. Gärtnert u. Co.: 7641 13.85. 7642 12.85. 7643 Pelzwarenfabrik R. Mannheimer 21.65. 7647 Wöbelschiff G. W. Hoffmann 7.55. 7654 Pelzwarenfabrik Behrendt 6.50. Summa 291.05. — Erste- bureau 25. — Geburtstag Jorkat 1.50. — Deutscher Transport- arbeiter-Verband auf folgende Listen: 602 Drohschiffenfabrik deschl. Halle- stellen b. d. Wächler 13.05. Fahrpersonal d. Schultheißer. Abt. II 604 17.65. 611 13.45. 629 5.20. 634 3.40. Barthschiffgenoss. Depot Kreuzwalder Str. 635 6.45. 644 8.25. 645 14.10. 646 9.20. 647 8.65. 648 4.20. 651 5.25. 654 u. b. Radl. u. Kutz 5. — Max Müller u. Co., Müllerstr. 166a 5.70. 663 Fahrpersonal Brauerei Schultheiß IV 9.20. 668 gel. b. Derrn. Stern 8.80. 666 Diener u. Handb. d. Firma Gebr. Simon, 2. Rate 12.35. 691 Kofschopf D. L. B. 7.55. 693 Genossenschaftlicher d. G. Strich 55.50. 714 Automobilfabrik. Kaufmann, Tempelhof 11. — Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft Turbinenfabrik, Abteilung Verland 717 9.55. 718 12.10. 719 7.60. 721 6.40. 722 4.20. 724 7.65. 726 10.60. 735 4.75. 736 Firma Bergmann, elektr. Werke Seest., Abt. Nikolaus 20.15. 739 Neue Verl. Gen.-Bücherei 2.20. 740 Ostbahnische Speisefabrik 5.55. Kollegen von Lause u. Co., Abt. Walzwerk 742 14.35. 743 4.50. 750 Transportab- von D. S. Hermann 9.20. Mineralwasserfabr. Ernst Krüger 765 6.10. 766 5.95. 781 Gefäßfabr. u. Handb. d. Firma K. Westheim, Dranienstr. 18.20. 782 Arb. u. Kutz 6. — Mineralwasserfabr. „Berolina“ 4.90. 789 Wirtschaftsgen.-Depot Großschiffbaustr. 15.25. 795 Von den organisierten Kohlenarb. d. Firma „Kamm“ 17.80. Summa 407.05. — Verband der Bauwirtschaftlichen, Charlottenburg 20. — Tapezierer bei Brill 2. — 181 Holzarb. b. Utermöhler 15.20. Verband der Handlungsgeschäften, Fern. Berlin, auf folgende Listen: 1316 11.65. 1318 10.10. 1329 10.20. 1332 9.05. 1340 7. — 1342 7.80. 1359 6.85. 1372 6.35. 1374 3. — 1375 Kaufmännisches Personal der „Vorwärts“-Buchdruckerei, 2. Rate 14. — 1376 Nähmaschinen-Kellende 15.30. Summa 101.30. — Verband der Raler u. Raderer, Fern. Berlin auf folgende Listen: 5641 2. — 5643 7.90. 5644 17.20. 5646 19.70. 5647 6.50. 5650 11.55. 5658 8. — 5694 8.10. 5665 2.85. 5680 4.10. 5684 7.45. 5696 1.45. 5699 16.50. 5691 10.25. 5697 Radierer der W. G. S. Turbine 16.65. 5703 15. — 5704 Karosseriefabrik Sasse 15.10. 5709 Radierer der Vorhug 28.25. Zulammen 208.55. — 268 Tischlerei Wöhler u. Schwab 9.75. Verband der Legilarbeiter, Fern. Berlin auf folgende Listen: 903 Gesamtamt im Zentral- bureau 11.50. Silderei Red 944 6.85. 964 6.85. 964 Lande 21.10. 965 15.40. 972 7.80. 920 Silderebranche 8.16. Detatur: 929 Heilmad 9.05. 930 Blumenthal 4.25. 933 Grete 4.15. 934 C. Krüger 5.75. 936 Ely 7.30. 940 Oppenheim-Rawitz 5.80. 948 Gottschall u. Laße 5.65. 957 Oppen- heim-Rawitz 5.00. Teppichfabrik: 946 Baader 12.65. 963 Edwändig 13.70. Benjamin 949 11. — 950 10.45. 951 2.25. 957 2.55. 968 13.00. 969 14.80. Zulammen 204.51 Mark. — Drüscher Metall- arbeiterverband, Ortsoctallung Berlin, 8. Rate: 3127 R. Hoffe u. Co., Abteilung Kapfo 11.80. Geies, Wiener Str. 36a 3132 6.70. 3192 12.45. 3198 8.55. Drenthel u. Roppel, Spandau 3201 8.90. 3208 4.95. 3209 22.55. 3208 5.95. 3205 9.30. 3210 6. — 3197 7.25. General- Compagnie Ronoline 3220 11.75. 3224 14.35. 3228 6.90. 3230 13.50. 3231 13.60. 3238 12.05. Grauert, Abt. I, 2. Rate 3390 8.15. 3391, 1. Rate 9.25. 3377 3. Rate 7.15. W. G. S., Schlegelstraße 3659 Dammann 2.65. 3661 Jäger 25.10. 3664 Kant 10.50. 3665 Ender 9.25. 3666 Kant 9.50. 3667 Biehn 28.75. 3670 31. — 4136 Deutsche Reich-Vertriebs-Gel., 2. Rate 39.50. Deutsche Wollen- u. Run-Abteil., Ralch. Gmebr 4144 17.05. 4145 19.15. 4146 14.85. 8063 Urban 22.15. 8057 Wutz 98.95. 8058 10.20. 8062 Geismann 27.85. 8065 Hennig 35.75. 8068 Rietlow 24.75. 8069 Böhlow 43. — 8070 Dente 24.50. 4199 W. Koller, 2. Rate 28.20. Wolgan 4237 13.65. 4238 15.00. 4239 24.90. Aus der Sechshälfte von d. Schloßern (Wolgan) 5. — 4244 F. H. Deiden 26.50. 4245 Bunte 12. — 4246 Dietrich, 2. Rate 6.10. Müller 4247 14.50. 4248 11.50. 4239 9.75. 4250 19.75. 4251 Grede 11.55. 4252 Jährl 27. — 4253 Reier 5.65. 4254 Dietrich, 3. Rate 24.40. 4256 Dreyse 14.80. 4256 Vinus 13.15. 4257 Koch 11.35. 4258 Grede, 2. Rate 13.90. Bekling u. Röhle 4269 Deckerer, 2. Rate 18. — 4260 Schleifer, 2. Rate 15.50. Edert, Richtenberg 4275 14.15. 4276 Willibard 11.70. 4341 Gesellschaft für Elektrizitäts- industrie 7. — 4469 Bürger 17.70. 4658 Dammberg u. Co. 11.60. Doll 4487 15. — 4488 11.50. Drey 4592 14.05. 4593 37.95. 4632 Rohnt, Strauß, 2. Rate 10. — 4696 Henniggrübe 4.75. 4729 Jährl 7.45. 4758 Dreyse, Schleifer und Gürtler, 3. Rate 20.05. 4782 Dasse u. Brede 8.05. 4783 Dasse u. Brede 7. — 4788 Edinn u. Sohn 30.80. 4798 Dugo Winter 7.50. 8001 Schuchardt u. Schütte 17. — Prost u. Sohn 8008 10.55. 8005 23.95. 8004 Klette, Met.-Gießerei 6.75. 8006 8.15. Wllg. Met.-Werke für Beleuchtung 8048 13.50. 8049 6.50. 8050 4.05. 8051 4.15. 8052 9.10. 8047 9.20. 8092 Red. Warenhaus 25.25. 8105 Schüte u. Freund 9.70. 8178 F. Hauptner 30.60. 8183 Elektro Waleid 14.30. 8195 Staub 15. — 8199 Strayman 9. — 8200 Gebr. Siemens 9. — 8211 Dasse u. Brede 20. — Wendel u. Letzig 8265 10.50. 8266 15.55. 8319 Berliner Jigaren- fabrikantenführer 20.70. 8352 Reinhold 29.50. 8355 Dittmann 51.80. 8357 Red. Freund 11.10. 8358 Kammerich u. Co. 21.85. 8363 Hugo Hartmann 11.30. 8395 F. Treitin u. Co. 9.55. 8397 Kaufmann, 4. Rate 15.60. Schiler Kaufh. 8399 10.55. 8400 11.20. 8402 Emmerich u. Schöning 8.25. 8403 Emmerich u. Schöning, Abt. 2, 3. Rate 21.25. 8404 Emmerich u. Schöning, Abt. 3, 4. Rate 25.25. 8409 Schmidt u. Co., 2. Rate 5.75. 8410 28.95. 8443 26. — 8444 Kuntz 7.60. 8445 Bergemann, Drontheimer Str., Schraudenab. 21. — Hinder 8461 8.20. 8462 5.50. 8479 Ralch, Halle 8. — 8487 Koch u. Co. 30.60. Summa 1041.25. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsoctallung Berlin, 9. Rate: 3574 Derte 16.20. 3681 Kronleuchterfabrik Gebr. Israel, 3. Rate 12.65. 3685 Gelbfabrikantfabrik Vortzer 36.25. 3687 Bulch u. Wolz 7. — 3782 Drensen- müller 18. — 3809 Puppel 5.15. Etod im Wartenberg 3810 13.15. 3811 13.05. 3812 11.55. 3813 7.50. 3814 13.60. 3816 Polymetallfabrik Köntz, 2. Rate 14.75. H. G. S., Kollasstraße, 3807 Bornemann 19.60. 3900 Redler 16.20. 3901 Reier 25. — 3903 Peide 12.60. 3906 Reier 13.80. 3908 Wrlt 22.70. 3909 Reier 18.65. 3910 Risse 14.25. 3912 Brüller 19.20. 3913 Seefeld 37.95. 3914 Hübner 20.10. 3915 Dammann 38.90. 3922 Schneider 23.45. 3926 Kraljich 11. — 3927 Hallenberg 14. — 3928 Ralch 21. — 3929 Frische 8.95. 3930 Jährl 13.25. 3932 Scholt 12.50. 3933 Köhne 11.95. 3938 Edmann 8.55. 3944 Wrlt 15.70. 3954 Wöhlert 15.00. 3965 Dandrad 18.15. 3966 Etommel 16.25. 3971 Erbert 45.05. 3972 Rager 7.05. 3970 Wrlt 13.90. 3972 Eilert 5.10. 3974 Heilaff 25.05. 3978 Signalbau 30.20. 3980 Ralch 29.45. 3984 Ljahnat 7.75. 3989 Berg 15.65. 3991 Berg, Reier u. Ederberg 7.40. 4042 Wrlt 15.90. 4047 Heiler 14.10. 4050 Engelmann 10.25. 4056 Scher 18. — 4060 Schieber 11.25. 4077 Redler 14.70. 4121 Bauer- Wrlt 9.05. 4189 Schaubert u. Wrlt 19.15. 4629 Krüger-Röpendt, Gießerei 13.80. 4730 G. Eilert, 2. Rate 15.85. Wrlt u. Genest 8018 15.15. 8019 0.70. 8020 3.15. 8021 5.75. 8022 2.00. 8023 12.85. 8024 12.65. 8025 9.35. 8026 16.00. 8027 13. — 8028 3.10. 8029 7. — 8030 3.75. 8031 13.25. 8032 3.30. 8033 11.05. 8034 6.15. 8035 5.80. 8036 4.50. 8037 8.55. 8038 2. — 8039 5.80. 8044 F. H. Dentsch 7.75. 8095 Grünbaum u. Schener 5.50. 8112 Norddeutsche Metallwarenfabrik 13. — Silberwarenfabrik Wrlt, 2. Rate, 8119 22.20. 8116 7.60. 8113 13.65. 8180 Metallgießerei Siemens 21.25. 8181 Gießerei Siemens 40.10. 8201 Wrlt 11.60. 8286 Cudicatis 21. — 8318 F. Dalt 8. — 8347 Bau u. Wrlt 12.50. 8396 Wllg. Berl. Auto- Dammberg, 31.55. 8455 Krumm 30.40. 8457 Gumpert 7.80. 8464 Denide

26,55. 8468 H. G. W., 14.55, 9263 B. durch Coden 10. Von der aufgelisteten Straßengasse d. Firma G. Stein 27,50. Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, 3452 23,55. 3456 34,70. Bergemann, Wilhelmstr., 3690 23,10. 3621 24,65. 3622 24,80. 3623 5,90. 3624 15,45. 3625 11,60. 3626 13,10. 3628 10,75. 3631 9,55. 3632 13,65. 3633 12,95. 3634 10,05. 3635 8,60. 3638 25,90. 3639 18,90. 3640 21,40. 3641 5,45. 3642 11,00. 4692 8,50. 4693 21,00. 4694 18,00. 4695 24,90. 4696 30,00. 4697 16,45. 4698 24,60. 8014 Steiner 18,50. 8074 Max Schmidt, Tempelhof 13,00. 8103 Schulz, Hohenstraße, 2. Rate 18,35. 8124 G. v. Schulze, 2. Rate 12,05. 8162 Naitron, 3. Rate 15,00. 8174 Berliner Rotationsfabrik 13,40. 8449 Baukempner von Winkelstein 23,70. 3458 G. für drahtlose Telegraphie 16,80. 8466 Hüder u. Co. 14,05. 8488 Krüger u. Co. 14,15. 8505 Bellers Register Comp., 2. Rate 9,50. 8508 Löwenstein, 2. Rate 8,85. 8539 Progrej 11,00. 8545 Siemens Biowert 20,25. 8548 Müller 8,75. 8550 Hob. Schulz, 5. Rate 6,00. 8597 G. v. Lenz 11,00. 8635 Kontinentale Dremmer-Ges., 3. Rate 15,00. Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephon-Werte, 4. Rate: 8663 10,25. 8664 2,95. 8665 12,10. 8666 14,15. 8667 9,55. 8668 7,70. 8669 27,65. 8670 18,50. 8671 7,85. 8672 3,85. 8673 8,70. 8674 4,80. 8675 3,65. 8676 12,00. 8686 Firma Eiges, 3. Rate 5,80. 3674 Schmitzer u. Wesl 35,05. 3680 Freud u. Comp. 12,00. 3682 durch Hängel 4,35. 8688 Elmon, 3. Rate 10,45. 8689 Niemann 34,75. 4731 E. Ulster, 2. Rate 13,80. Summa: 2633,00.

Insgesamt 9 093,77 R.
Hüder sind abgerechnet 59 799,24 R.; dazu kommen 9 093,77 R., in Summa 68 893,01 R.

Weiber, welche per Post eingesandt werden, sind an H. R. S. t. e. n., SO. 16, Engelauer 15, I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserem Bureau, Engelauer 15, I, Zimmer 28 an den Wochentagen in der Zeit von vormittags von 9—12 $\frac{1}{2}$ Uhr und nachmittags von 4—7 $\frac{1}{2}$ Uhr abzuliefern.

Die Listen 580, 1488, 4722, 8141 und 8166 sind als verloren gemeldet. Dieselben sind beim Vorzeigen anzuhalten und wenn möglich in unserem Bureau abzuliefern.

Der Ausschuss

der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Polizeitaten vom 6. März

Wurden am Dienstag vor dem Landgericht I Berlin (Strafkammer 6 unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten) erörtert. Auf der Anklagebank saß ein Maschinenformer Redler, der am 6. März abends gegen 17 Uhr in der Schlesischen Straße nahe der Cuhrystraße durch den Ruf „Bluthunde!“ die Polizei beleidigt haben sollte. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 188) war er zu der harten Strafe von 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden, aber das war der Staatsanwaltschaft noch nicht genug. Sie hatte zu dem Mittel der Berufung gegriffen, um eine noch härtere Strafe zu erwirken. Redler, dem als Verteidiger der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld zur Seite stand, hatte gleichfalls Berufung eingelegt und forderte Freisprechung.

Der Angeklagte schilderte, wie den Nachmittag über die Gendarmerte in Treptow das Publikum attackiert und auf Wechsele mit dem Säbel eingeschlagen habe. Kladden von Schulpleuten habe er später auch in der Schlesischen Straße mitangesehen. Die erregte Menge habe die Rufe „Bluthunde!“ ausgestoßen, er selber aber habe sich nicht daran beteiligt. Zeuge Schumann Kosi, der ihn verhaftet hatte, bekundete, er habe genau beobachtet und irre sich nicht.

Der Verteidiger bot einen umfangreichen Beweis dafür an, daß für die Menge und jeden, der sich in ihr befand, Grund vorhanden war, über das Verhalten der Gendarmerte und der Polizei in höchster Erregung zu geraten. Er hatte sieben Zeugen laden lassen, die bekunden sollten, daß in brutalster Weise eingeschrien worden und Wechsele mit Fausthieben und Säbelhieben traktiert worden seien. Als der Verteidiger erwähnte, daß eine Zeugin durch Gendarmerte überritten worden sei und einen schweren Armbruch erlitten habe, sagte der Vorsitzende: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“ Zwei Zeugen, die Fabrikbesitzer Cerf und Kluge, die in der Schlesischen Straße als ganz Unbeteiligte von den Helfern aus dem Walten der Polizei Stunden hindurch zugehört hatten, waren durch Reiten am Erscheinen verhindert. Der Verteidiger wollte auf sie nicht verzichten und beantragte Verurteilung. Der Staatsanwalt gab anheim, nach den Anträgen der Verteidigung zu beschließen. Das Gericht gab zunächst den Beweisanträgen statt, soweit die Zeugen erschienen waren, und schloß die Beschlußfassung über den Verurteilungsantrag ab.

Zeuge Kaufmann Samuel schilderte, wie am Nachmittage in der Nähe der Schlesischen Straße die Polizei die Menschenmenge vor sich her getrieben habe. Er selber, der nicht schnell genug laufen konnte, sei von einem Schutzmännchen an eine Hauswand gedrückt worden. Ebenso sei es einem Bekannten von ihm ergangen, der dann über Schmerzen geklagt habe. Bei einer späteren Attacke näher der Stadt zu seien von der Polizei Frauen und Kinder umgerannt worden. Ein Herz habe ihm Schrammen gezeitigt, die er dabei am Kopf und im Gesicht erlitten hatte. Am Abend hat Zeuge gesehen, wie ein Mann, der von einem Schutzmännchen umgeritten worden sein sollte, hilflos an der Bordsteinkante lag. Das Publikum habe laut gefordert, die Polizei solle sich seiner annehmen. Aber erst nach etwa 10 Minuten habe ein Verittener sich bequemt, ihn aufzuheben, worauf Zeuge selber mitgeholfen habe, ihn wegzubringen. Die Erregung des Publikums über alle diese Vorgänge sei groß und allgemein gewesen. Auf die wiederholte Bemerkung des Zeugen, daß Frauen und Kinder umgeritten worden seien, antwortete der Vorsitzende mit Wiederholung des Satzes: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“ Eine Frage des Verteidigers danach, wie in der Schlesischen Straße die Polizei eine Gastwirtschenschaft geräumt habe, wird vom Vorsitzenden zurückgewiesen: „Ich verstehe nicht, was da alles hineingezogen wird. Alles das interessiert doch gar nicht für den vorliegenden Fall.“ Verteidiger: „Ich protestiere dagegen, daß ich etwas hineingehöre. Mir ist nicht verständlich, wie man sagen kann, das interessiere hier nicht. Ich will doch beweisen, daß das Publikum Grund hatte, erregt zu sein.“

Samuel erzählte dann, die Polizei sei in eine Gastwirtschenschaft durch einen hinteren Eingang eingedrungen, habe Wäse an den Armen und im Gesicht gepackt und sie hinausgeführt. Der Wirt habe nachher ihm gezeigt, daß dabei die Tür zerbrochen worden sei, und habe versichert, in seinem Lokal seien lediglich ganz harmlose Lieber gefungen worden.

Zeuge Goldschmidt Immanuel schilderte Gendarmerteattacken aus der Gegend der Eisenstraße in Treptow. „Das war“, sagte er, so empörend, daß es erklärlich ist, wenn einer sich da zu einer Beleidigung hinreißen läßt.“ Vorsitzender: „Sie treten ja als Verteidiger auf.“ Ein Zeiger: „Sie würden ihn freisprechen.“ Der Verteidiger ließ dann den Zeugen Einzelfälle schildern, um den Anlaß der Erregung näher zu beleuchten. Als Immanuel von einer Attacke zweier Beamten sprach, die auf einen Mann, eine Frau und ein Kind eingeschlagen hätten, erklärte Redler, gerade das habe auch er mitangesehen. Zeuge gab noch an, ein junger Mann sei von zwei Gendarmen mit Säbelhieben traktiert worden, so daß er am Kopf blutete. Von Waffanten sei er weggeführt worden. Die Gendarmen hätten sich nicht weiter um ihn gekümmert, Vorsitzender: „Na ja, die haben mehr zu tun.“

Vernommen wurde dann jene Frau Peterschun aus Treptow, die von Gendarmen umgeritten worden war. Sie bekundete: „Ich wollte nachmittags gegen 13 Uhr mit meiner eifährigen Tochter von meiner Wohnung in der Veermannstraße nach dem Bahnhof Treptow gehen, um nach Baumshuldenweg zu fahren und von dort aus nach dem Treptower Friedhof zu gelangen, wo ich an einer

Beerdigung teilnehmen wollte. Ich hatte einen Kranz über dem Arm, und auch ein Fräulein, das sich uns in der Eisenstraße anschloß, hatte einen Kranz und war in Trauerkleidung. Als ich nahe dem Restaurant Graßmann eine große Menschenmenge sah, sagte ich: „Hier kommen wir doch nicht durch!“ nahm mein Kind an die Hand und kehrte um. Während ich am Jaun zurückging, drehte mein Kind sich um und rief plötzlich: „Mama, die Gendarmen kommen angeritten!“ Sie rief sich los, ich aber blieb ganz ruhig stehen und drückte mich an den Jaun. Da kriegte ich einen Schubs und flog an die Erde. — Das andere sah ich nicht mehr, denn die Gendarmen ritten über mich weg. Ich wurde von anderen Leuten aufgehoben, und auch meine Kleine wurde von einem Mann, der sie beschützt hatte, zu mir geführt. Er sagte, auch er hätte bald was mit dem Säbel getriegt, er habe aber geschrien: „Ich bitte Sie, ich schütze ja das Kind!“ und nur durch das Kind sei er vor dem Säbel des Gendarmen gerettet worden.“ Die Zeugin Peterschun gab weiter auf Befragen an: „Mein Arm ist nicht gebrochen, sondern zersplittert, zertreten, und ich bin noch jetzt in Behandlung. Der Arzt sagt, das sei nicht von einem bloßen Fall, sondern von einem Tritt; das hat er mit Röntgenstrahlen festgestellt. Der fremde Herr hat mir auch gesagt, daß ich überritten worden war.“ Staatsanwalt: Da waren doch auch Demonstranten? Zeugin: Das habe ich nicht gesehen. Staatsanwalt: Na, wo kamen denn gleich die schühenden Herren her?

Zeugin Fräulein Kröber, die mit Frau Peterschun gegangen war, bestätigte deren Angabe, daß sie sofort umgekehrt seien. Vorsitzender: Konnten Sie denn nicht in ein Haus rein? Zeugin: Da ist ja kein Haus. Vorsitzender: Aber es war doch gefährlich für Sie! Zeugin: Wir waren uns ja keines Bösen bewußt, wir wollten doch nur zum Kirchhof. Vorsitzender: Ja, konnten Sie sich denn nicht schützen? Zeugin: Wir sahen ja erst die Gendarmen bei Graßmann, da wars zu spät, Ausweichen war gar nicht möglich. Ich fiel um, dabei hatte ich noch meinen Kranz in der Hand, dann kam ich wieder in die Höhe. Ich hatte gesehen, daß Frau Peterschun an die Wand gedrängt worden war. Dann sah ich nur noch, daß sie lag. Vorsitzender: Sie selber glauben auch umgeritten worden zu sein? Zeugin: Ich weiß es nicht; ich kann nicht sagen, ob ich etwa selber gefallen bin. Ich schlug mir hier diese Stelle (sie deutet auf den rechten Hüftknochen) blau.

Vernommen wurde schließlich noch ein Kaufmann Segal, der darüber berichtete, wie in der Schlesischen Straße berittene Schutzeleute selbst ältere Frauen attackierten, wie Kinder vor den Hufen der Pferde zu Boden fielen, wie nachher Frauen von hinten gepackt und hingeschleudert worden seien. Den überrittenen Mann hatte auch dieser Zeuge liegen sehen; erst auf seine Veranlassung, sagte er, sei der Hilflöse von der Polizei und Leuten aus dem Publikum aufgehoben worden. Derselbe Zeuge schilderte den Angriff auf die Gastwirtschenschaft, aus der die Wäse hinausgeworfen worden seien.

Der Verteidiger wiederholte jetzt seinen Antrag, die Zeugen Cerf und Kluge zu laden und daher zu verurteilen. Als der Vorsitzende bemerkte, man könne ja deren Aussagen als wahr unterstellen, und der Verteidiger antworten wollte, erhob sich der Vorsitzende Landgerichtspräsident Gohr und raunte dem Vorsitzenden zu: „Debattieren hat ja keinen Zweck.“ Verteidiger: „Dann habe ich nichts mehr zu sagen, ich bin schon belehrt.“ Der Vorsitzende lenkte ein und ersuchte, die Beweisanträge zu begründen. Der Verteidiger führt aus, die Zeugen würden aus eigener Beobachtung bekunden, daß ein Mann umgeritten worden sei und man ihn lange habe hilflos liegen lassen, daß Schutzeleute verschiedentlich selbst nach Kindern gegriffen hätten, daß das Kommando „Säbel ziehen!“ gegeben worden sei, während keiner in der Nähe war, der die Polizei hätte bedrängen können, daß von Polizei, die in Hausflure hineinstürmte, selbst Frauen und Mädchen bedrängt worden seien, die mit ihren Kuchentüten vom Bäder gekommen waren. Der Staatsanwalt empfahl Ablehnung, weil als wahr zu unterstellen sei, daß das Publikum und auch Redler das Vorgehen der Polizei für rigoros hielt und daher erregt waren. Das Gericht beschloß die Ablehnung mit derselben Begründung; überdies habe Redler die von Cerf und Kluge zu bekundenden Vorgänge gar nicht selber gesehen. Hiermit war die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt fand das Vorgehen der Polizei berechtigt, wenn auch Unschuldig dabei zu Schaden gekommen seien. Redler möge erregt gewesen sein, aber durch sein Schimpfen sei die Erregung der anderen noch gesteigert worden, darum müsse er mit 2 Monaten Gefängnis büßen. Der Verteidiger hob hervor, daß gerade die Rücksicht auf die Erregung dazu führen müsse, dem Angeklagten eine so harte Strafe zu ersparen. Den beleidigenden Ruf „Bluthunde!“ habe man sich aus der ganzen Situation zu erklären, aus dem empörenden Vorgehen der Polizei, wie es hier von Zeugen geschildert worden sei. Selbst wenn das Gericht Redler für schuldig halten wollte, so könne es nicht auf Freiheitsstrafe erkennen.

Das Urteil lautete: Redlers Schuld ist erwiesen, seine Erregung ist zu berücksichtigen, aber es bleibt bei 3 Wochen Gefängnis.

Eine Wahlrechtsversammlung in Charlottenburg.

In einer auf Veranlassung der Charlottenburger Genossinnen einberufenen, wegen Uebervollung polizeilich gesperrten, öffentlichen Versammlung sprach am Dienstag abend im Charlottenburger Volkshaus Genossin Rosa Luxemburg über den Wahlrechtskampf.

Nachdem sie die Rolle der bürgerlichen Parteien in den Kämpfen um die Wahlrechtsvorlage kurz charakterisiert hatte, ging sie zu einer Würdigung des negativen Ausgangs der Aktion über und führte dabei aus: Das sei kein Zufall, das beweise nur, daß in der Frage des preussischen Wahlrechts mit ständischen Reformen überhaupt nichts zu erreichen ist. Es müsse eine Aktion erfolgen, die die Sache von der Wurzel aus angreift. Keine andere „Reform“ sei mehr möglich, als eine gänzliche Entzweiung des bestehenden Wahlrechts und ein Neuaufbau. Auf parlamentarischen Wege sei das nicht zu erreichen, alles was unter den bestehenden Verhältnissen zu tun war, sei versucht worden. Die Sache des preussischen Wahlrechts müsse außerhalb des Parlaments, auf der Straße entschieden werden; nur unter dem unmittelbaren Druck der großen Masse könne etwas geschehen. In der Frage des Wahlrechts ständen wir jetzt in Preußen auf dem Punkt, wo ihn der Arm des Volkes 1848 verlassen hat. Das sei eine Tatsache, die wir im Auge behalten müßten.

Während dieser Ausführungen hatte der überwachende Polizeileutnant sich erhoben und ließ die Rednerin durch den Leiter der Versammlung ersuchen, nicht in dieser außerordentlichen Weise weiter zu reden. Unter großer Erregung der Zuhörerschaft fertigte jedoch Genossin Luxemburg den Störer, „den Jünger des Herrn von Jagow“, ab, indem sie ihm riet, ihre ganze Rede abzuwarten, und ihm die tröstliche Versicherung gab, noch viel „ausbeherischen“ zu werden.

Die Rednerin rief den Zuhörern nun die Zeit von 1848 ins Gedächtnis zurück und wies die Sünden des liberalen Bürgertums nach. Denn Schuld des Liberalismus sei es, daß wir heute noch mit Ruinen des Mittelalters kämpfen, das Werk der Revolution fortsetzen müssen. Er hätte das revolutionäre Volk bewaffnen, das Staatsgelder, die Staatsstellungen den Junkern aus den Händen reißen müssen, er hätte die erste demokratische Forderung erfüllen und die Republik verkünden müssen. Aus Angst vor dem aufstrebenden Proletariat hat das liberale Bürgertum nichts von alle-

dem getan, und so wurde und das gleiche Wahlrecht einfach wieder wegdefretiert. Heute sieht aber die Arbeiterklasse etwas anders aus als 1848 und an sie tritt jetzt die Aufgabe heran, das Werk der Freiheit vorwärts zu bringen. Durch unsere Demonstrationen haben wir die Vorläge erzwungen und auf diesem Wege müssen wir daher weiter schreiten. Von einer Seite werde auf die kommenden Reichstagswahlen hingewiesen, die eine gründliche Abrechnung mit dem herrschenden Regime bringen sollen. Diese Ansicht sei einerseits vollständig richtig, aber nicht im Warten auf die Reichstagswahlen beständen die Vorbereitungen auf den Sieg, sondern darin, den Kampf um das preussische Wahlrecht mit aller Kraft weiter zu führen. Die Reaktionen seien mit ihrem Latein bereits zu Ende, wir aber, wir könnten noch sehr viel weiter. Rednerin kam nun auf unsere Demonstrationen zu sprechen. Wir hätten uns das Recht auf die Straße erobert und gezeigt, daß man uns von dem einmal betretenen Wege nicht abbringen könne, und wenn man noch so wütend mit dem Polizeisäbel herumfuchtele. Mit Demonstrationen allein können wir aber kaum zum Ende, darüber dürften wir uns nicht täuschen. Wir, die wir solange wie möglich als friedliche Masse auf der Straße erscheinen, um den Herrschenden unsere Forderungen in die Ohren zu rufen, würden aber noch ganz andere Register aufziehen, wir hätten noch ein ganz anderes Sämerei in der Scheibe, das wir streuen würden, wenn es an der Zeit sei. Das sei zwar kein Instrument aus blühendem Stahl, sondern sehr einfach die Tatsache, daß wir eines Tages die Arme kreuzen und die Herren sich selbst überlassen. Wenn die Nacht der imstande wären, aus der Geschichte zu lernen, dann brauchten sie nur den Blick nach anderen Staaten zu richten. Rednerin schildert nun in großen Zügen den Wahlrechtskampf, der sich in Belgien abgepielt hat. Binnen wenigen Tagen sei 1891 unter dem Druck des Massenstreiks die erste Wahlrechtsvorlage und 1893 das allgemeine, wenn auch ungleiche Wahlrecht erzwungen worden. Weiter verbreitet sie sich über die Verhältnisse in Rußland, wo noch heute unter der Decke der Aufrührer in Permang besteht, wo der Jar sich aber 1905 durch den Generalstreik in ganz Rußland veranlaßt sah, das Verfassungsmanifest zu geben, dessen letzter trauriger Rest heute, das Wahlrecht zur Duma, nach zweimaligem Staatsstreik noch viel fortschrittlicher sei, als das, was man uns jetzt in Preußen als Vorlage angeboten hatte. Auch in Preußen könne die Zeit kommen, wo wir belgisch oder russisch reden. Auch in Oesterreich haben die Arbeiter unter dem unmissbaren Eindruck des russischen Generalstreiks und dadurch, daß sie entschlossen waren, die Massenaktion mit allen Mitteln vorwärts zu bringen, sich das allgemeine Wahlrecht erobert, wobei sie allerdings in dem dynastischen Interesse einen Bundesgenossen hatten. Wie in Preußen seien freilich in etwas anderer Lage, wir finden keine Bundesgenossen, wenigstens keine, die der Rede wert wären, auf die man sich im entscheidenden Moment verlassen könnte. Wir würden sie sicher nicht zurückstoßen. Wo sind sie aber, die aufrechten Anhänger eines gleichen Wahlrechts? Sind es vielleicht die Freisinnigen, die in der Wodara ihren freisinnigen Raden als Fußschemel für die Junter darreichten. Alle Hochachtung vor den Demokraten, die das Wahlrecht für beide Geschlechter zu vertreten wenigstens den Mut haben. Es seien aber nur tapfere Offiziere, Soldaten seien keine zu sehen. Nach allem, was wir erlebt, haben wir es nicht mit den ersten Wälen eines herabstürzenden Präsidiums in der demokratischen Entwicklung zu tun, sondern wahrscheinlich mit den letzten Rückschlägen eines Altweiberommers.

Die Sozialdemokratie sei also auf sich allein angewiesen. Diese Erkenntnis brauche uns aber nicht verzweifeln zu lassen, sondern gebe uns die Möglichkeit, eine große Aktion zu entfesseln, wie wir das niemals im Bunde mit bürgerlichen Liberalen würden tun können. Und kann man auch nicht mit schärferen Mitteln als Polizeisäbeln zurückhalten. Kanonen waren ja schon am 6. März in Berlin scharf geladen, und bei der Koppligkeit unserer Gegner, bei dem Sitzdruck da oben könne man auf alles gefaßt sein. In dem Moment aber, wo jene Kanonen losknallen würden, gäbe das in ganz Deutschland ein solches Echo, daß den Herrschenden Hören und Sehen vergehen würde. — Der heutige Wahlrechtskampf sei ja nur eine Etappe zum allgemeinen Endziel, denn es ist nicht unsere eigentliche Klassenaufgabe, den heutigen Staat wohlthätig einzurichten, sondern ihn aus den Angeln zu heben und den Sozialismus zu verwirklichen. Aber als Waffe brauchen wir das allgemeine Wahlrecht, um das Proletariat zu heben, aufzuklären. Und unsere Kraft und unsere Macht wird wachsen in der Aktion. Da taucht nun die Frage auf, ob wir in Deutschland an den Massenstreik, an die Anwendung dieses Mittels denken können, da wir noch große Massen von Proletariaten haben, die den Wahlrechtskampf nicht mitmachen, noch im Lager der Gegner stehen und sich insbesondere vom Jentem am Wandelband führen lassen. Rednerin erinnert jedoch an den Bergarbeiterstreik im dunklen Ruhrrevier, wo die christlichen Arbeiter Arm in Arm mit uns standen. Wir haben ja auch jetzt ein Stück Massenstreik: die Aussperrung im Baugewerbe, und auch hier werden die christlichen Arbeiter auf unsere Seite gezwungen. Weiter weist Rednerin hin auf die in diesem Wahlrechtskampf bereits geführten Demonstrationen in Frankfurt a. M. und besonders in Kiel, wo sich auch die Hirsch-Dunkerischen Arbeiter auf der Germania-Werft uns anschlossen. Wenn wir zur großen Aktion aufstehen, werden wir ganze Massen von Arbeitern dem Zentrum entreißen. — Nun sagt man auch, wir hätten viel zu riskieren und zu verlieren, nämlich unsere Gewerkschaften, unsere starken Organisationen. Aber vor allem müsse man doch bedenken, daß uns die Organisationen doch nie Selbsterlöser, sondern nur Mittel zum Kampfe waren; sie sind ja unsere Wäfung, unsere Kanonen. Und wie würde und eine Armee dorkommen, die erklärt, nicht in den Krieg ziehen zu können, aus Angst, daß sie die Kanonen beschädigen könnte. Andererseits sind unsere Organisationen doch nicht den plumpen Werkzeugen des Militarismus ähnlich, die wirklich zertrümmert werden können. Die Organisationen gehen im Kampfe nicht zugrunde, sondern gehen aus ihm gestärkt hervor. Unsere stärksten Gewerkschaften sind aus den härtesten Kämpfen hervorgegangen, immer erst aus einem Streik wurde eine Organisation geboren. Wie traurig sah es am Anfang des Sozialistengesetzes aus, aber nach dem Fall dieses Gesetzes standen unsere Organisationen in verzehnfachter Kraft da. Und so wird es immer sein. Unsere Organisationen sind ja für den Kampf geschaffen und im Kampfe werden sie ihre Macht entwickeln. Man stelle überhaupt viele Fragen, so auch die, wer die Massen bei einem langen Streik unterstützen wird. Weder hat man in unseren Reihen in der letzten Zeit viel zu viel von der Frage der Unterstützung zu hören bekommen, sie auch schon bei der Kaiserzeit in den Vordergrund geschoben. Das seien unnütze Sorgen, wie ein Blick auf die Kämpfe in Rußland und Belgien lehre. Ohne den größten Idealismus würden wir nie eine Schlacht schlagen können, und auch bei uns wird er auf der Höhe sein wie überall, wo es große Aufgaben zu lösen gab. Die Frage der Unterstützung wird uns wenig kümmern, am meisten aber die, wie wir dem Feind am besten die Faust aufs Auge und das Knie auf die Brust drücken werden. Wenn die Zeit kommt, wird das deutsche Proletariat sicher auf der Höhe seiner Aufgabe sein. Jetzt geht es, mit der Demonstrationenbewegung machtvoll weiter einzusetzen. Die Wahlrechtsvorlage ist tot, der Kampf der Arbeitermasse muß frisch wieder aufleben.

Die zweifelhafte Ausführungen der Referentin wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, Genossin Wül, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Verbandsrat der Brauereiarbeiter.

Berlin, 8. Juni.

Inserem gestrigen Bericht ist noch nachzutragen, daß der Verbandsrat in der Eröffnungssitzung am Montag, ehe die Abstimmung der Brauereiarbeiter bekannt war, einstimmig beschloß, den aussperrten Brauereiarbeitern 100 000 R. zur

Verfügung zu stellen.

Am Mittwoch wurde zunächst über den Bericht des Ausschusses diskutiert. Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, wurde die

Verschmelzung mit dem Verband der Mühlenarbeiter

behandelt. Bekanntlich haben die Mühlenarbeiter kürzlich auf ihrem Verbandstage die Verschmelzung mit dem Brauereiarbeitern beschlossen. Der vorige Verbandstag der Brauereiarbeiter hat sich gegen die damals auf der Tagesordnung stehende Frage des Zusammenschlusses der Bäcker, Brauer, Fleischer und Müller zum Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter ausgesprochen. Später tauchte die von den Mühlenarbeitern angeregte Frage eines eventuellen Anschlusses an den Brauereiarbeiterverband auf. Eine Vorstandssitzung des letzteren beschäftigte sich mit dieser Frage und dann fiel eine unter den Mitgliedern des Brauereiarbeiterverbandes vorgenommene Abstimmung für den Zusammenschluss mit den Mühlenarbeitern aus.

Ehele, der über die Verschmelzungsfrage referierte, trat der in Mitgliederkreisen vorhandenen Auffassung entgegen, welche dahin geht, die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverbande widerspreche dem Beschluß des Münchener Verbandstages. Dieser Beschluß richtete sich nur gegen die Gründung eines Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, aber nicht gegen die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern. Diese seien wegen der Verschmelzung an den Verband der Brauereiarbeiter heranzutreten und wenn der Vorstand auf diese Anregung einging, so habe er nicht gegen den Beschluß des Münchener Verbandstages verstoßen.

Zur grundsätzlichen Bedeutung der Verschmelzungsfrage sagte der Redner: Die Konzentration der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht sich nach und nach. Auch der Brauereiarbeiterverband kann nicht ewig für sich allein bestehen bleiben. Die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern sei der Anfang der Entwicklung zur Konzentration. Früher umfaßte unser Verband nur die Brauer. Die wirtschaftliche Entwicklung im Braugewerbe veranlaßte uns, auch die Hilfsarbeiter, dann die Mälzereiarbeiter aufzunehmen, und nachdem Brauereien oft mit Brennereibetrieben vereinigt wurden, nahmen wir auch die Brennereiarbeiter auf. Nach der Erhöhung der Biersteuer gehen die Brauereien mehr und mehr zur Herstellung alkoholfreier Getränke über. Also müssen wir auch die Arbeiter dieses Industriezweiges aufnehmen. So sind wir zum Industrieverband gekommen und in dieser Richtung geht die Entwicklung weiter. Wenn wir jetzt die 5000 Mühlenarbeiter aufnehmen, so werden wir uns in die Neuerung einleihen, ohne daß man etwas besonderes bemerkt. Einen Schaden kann unser Verband davon nicht haben. Der Zug der Zeit geht nach Zusammenschluss zu immer größeren Organisationen. Tragen wir dem Zuge der Zeit Rechnung, indem wir dem Anschluß der Mühlenarbeiter zustimmen.

Saffendach als Vertreter der Generalkommission verteidigte diese gegen die Annahme Eheles, daß sie in Grenzstreitigkeiten nicht nach Zweckmäßigkeitsgründen, sondern zugunsten der großen Organisationen entscheide. Die Entscheidung sei meist sehr schwer, denn auf beiden Seiten würden gute Gründe vorgebracht. Man müsse sich stets bewußt sein, daß Grenzstreitigkeiten nie aus bösem Willen auf der einen oder anderen Seite entstehen, sondern daß sie ihre Ursachen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieverhältnisse haben.

Die Diskussion über die Verschmelzungsfrage

war eine sehr ausgedehnte. Von den Rednern, die heute zum Wort kamen, erklärten sich die meisten gegen die Verschmelzung. Hauptächlich deshalb, weil die Berührungspunkte zwischen Mühlenarbeitern und Brauereiarbeitern nur sehr gering seien und die Verschmelzung deshalb keine praktische Bedeutung habe. Es wurde gesagt, mit den Bäckern hätten die Mühlenarbeiter viel mehr Berührungspunkte, sie täten also besser, sich dem Bäckerverbande anzuschließen. Auch der Anschluß der Mühlenarbeiter an den Fabrikarbeiterverband würde noch eher begründet sein, wie ihr Anschluß an die Brauereiarbeiter.

Kappler, Vorsitzender des Mühlenarbeiterverbandes, sagte, sein Verband komme nicht als Bittender zu den Brauereiarbeitern, sondern weil er willens sei, mit ihnen gemeinsam zu arbeiten und zu kämpfen. Die in der Diskussion ausgesprochene Befürchtung, die Kämpfe der Mühlenarbeiter würden den Brauereiarbeitern viel Geld kosten, sei unbegründet. Die Mühlenarbeiter würden selbst die Mittel aufbringen, welche sie für ihre Kämpfe brauchten. Die Mühlenarbeiter müssen nicht den Anschluß betreiben, aber sie wollen ihn ernstlich.

Nachdem noch mehrere Redner teils für, teils gegen den Anschluß gesprochen hatten, wurde die weitere Diskussion bis morgen vertagt.

13. Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands.

Wien, den 7. Juni 1910.

Am zweiten Verhandlungstage sprachen 42 Redner zu den Vorstandsberichten, trotzdem wurde die Debatte darüber nicht zu Ende gebracht. Nur über eine Frage wurde eine Entscheidung herbeigeführt. Sie fiel kurz referiert, da sie für den Verband von allgemeiner Bedeutung ist. — Bei den Inventuraufnahmen zu Weihnachten 1908 waren in Berlin, wie üblich, eine große Zahl von Mitgliedern vorübergehend entlassen worden. Mehrere Hundert von ihnen blieben längere Zeit arbeitslos, so daß sie nach dem Statut Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bekamen. Die Berliner Ortsverwaltung rechnete ihnen nun bei der Auszahlung in die Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit entfallenden Wochenlohnentage ebenfalls als Unterstützungstage an, was vom Vorstand als gegen das Statut verstoßend behandelt worden ist. Die Sache bekam wegen der daraus entstehenden Konsequenzen für den Verband eine prinzipielle Bedeutung. Der Streit darüber, der schon mehrere Instanzen beschäftigt, setzte auch auf dem Verbandstage mit Entscheidung ein, fand aber schließlich seine Erledigung dadurch, daß Vorstand und Berliner Delegierte sich auf eine einstimmig angenommene Erklärung einigten, die den Berlinern den guten Glauben zuspricht, dem Vorstand aber in der Sache recht gibt. Es heißt darin, daß man wohl den Wortlaut jener statutarischen Bestimmung, auf die die Berliner sich stützten, zugunsten der Berliner auslegen könne, ja, daß die Berliner, nach der Definition jener Stelle, die ihnen der derzeitige Sekretär des Hauptverbandes gab, glaubten, vollständig im Sinne des Statuts zu handeln, daß aber, nachdem die jetzigen Vorstandsmitglieder einstimmig erklärten, daß bei der Schaffung jener Bestimmung (Absatz 10) die Absicht maßgebend war, die Wochenlohnentage nicht nur als Karenzzeit, sondern auch als Unterstützungstage auszusprechen, die Generalversammlung sich dieser Auslegung anschließen. — Selbst besprochen wurde auch ein Antrag aus dem Frankfurter Gau, eine Studienkommission zur Erforschung der englisch-amerikanischen Arbeitsverhältnisse nach jenen beiden Ländern zu delegieren. Im Frankfurter Bezirk lieben die Fabrikanten es, ihre angebliche Vertraulichkeit mit überseeischen Arbeitsverhältnissen zu zeigen und stets auf der größeren Leistungsfähigkeit und verhältnismäßig geringeren Entlohnung des amerikanischen Arbeiters herumzureden. Diesen Bluffs soll die Studienkommission durch das Material, das sie sammelt, endgültig ein Ende bereiten. Zugleich können sie die bis jetzt fehlenden internationalen Verbindungen mit den englisch-amerikanischen Bruderorganisationen herstellen. Fast alle Opponenten dieses Antrages stießen sich lediglich an der Kostenfrage.

Gladbach-Rehdydt hatte einen Antrag auf Anstellung einer besoldeten Kraft für seinen Bezirk gestellt. Der Kampf sei dort besonders schwierig, weil er nach zwei Fronten, gegen Unternehmer und Christlich gestützt werden müsse.

Es lagen noch weitere Anträge vor, von denen einer, fußend auf den guten Wert jener Lohnstatistik, die bis jetzt nur für die Buchneider hergestellt werden konnte, ähnliche Statistiken für

alle Kategorien des Berufes verlangt. Ein anderer Antrag will die Höhe der Unterstüßungen nach der Dauer der Mitgliedschaft staffeln.

An der Vorstandstätigkeit und der Haltung des Hauptverbandes hatten nur wenige Redner, und diese nichts erhebliches, auszusprechen. Das Hauptorgan hätte schon einmal unvorsichtigerweise unangenehme Lohnsätze veröffentlicht, die dann von den Unternehmern den Arbeitern als Mittel zwischen die Beine geworfen seien, ebenfalls hätte es schon häufiger auf gewisse Artikel der „Arbeiterzeitung“ eingehen können. — Der Vorstand wäre anscheinend etwas lag bei der Behandlung verschiedener Beschlüsse verfahren, sonst hätte der Ausschuss einige der Vorstandsbeschlüsse nicht zu inhibieren brauchen — eine Meinung, gegen die Vorstandsssekretär Bedertz eindringlich sich wandte. Aber im allgemeinen wurde anerkannt, daß alle Teile ihre Schuldigkeit getan hätten. — Die Schlußworte und Abstimmungen erfolgen Mittwoch morgen.

Es wurden noch Sympathieresolutionen für die Bauarbeiter und für die ausgesperrten Schuharbeiter in Tuttingen angenommen.

Zehnte Generalversammlung des Zentralvereins der in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter.

Altenburg, 7. Juni 1910.

2. Verhandlungstag.

Nach der Entlastung des Vorstandes werden zur besonderen Agitation im Gau 5000 M. zur Verfügung gestellt.

Den Bericht des Verbandsausschusses erstattet Pfühner-Dresden. Die einzelnen Beschlüsse, die er zu erledigen hatte, betreffen lokale Verhältnisse.

Es werden dann die Anträge auf Verschmelzung des Verbandes mit dem der Blumenarbeiter beraten und zugleich die Anträge auf Verlegung des Verbandssitzes und auf Änderung des Namens der Organisation.

Dazu spricht zunächst die Vertreterin des Verbandes der Blumenarbeiterinnen, Genossin Jhzer: Die Verschmelzung der Hut- und der Filzwarenindustrie ist etwas ganz Natürliches. Beide gehören organisch zusammen. Das haben schon unsere Unternehmer eingesehen, die gemeinsam über die Arbeiterfragen verhandeln und auch ein gemeinsames Blatt, den „Modisten“, haben. Wir werden schließlich gezwungen, gegenüber dieser breiteren Organisation der Unternehmer auch uns zusammenzuschließen. Die Blumenarbeiter kamen zu dem Beschluß, eine Verschmelzung zu versuchen, als wir hörten, daß die Schuhmacherinnen in den Hutfabriken organisieren wollten, auf die auch wir reflektieren. Es werden dadurch Grenzstreitigkeiten vermieden und wir erreichen zugleich eine Stärkung der Organisation. Allerdings sind wir die Schwächeren und Jüngeren, wir haben auch geringere Beiträge, aber wir stehen auf demselben Standpunkt wie Sie, und eine Beitragserhöhung wird keine großen Schwierigkeiten machen. In der Blumen- und Schuhfabrikindustrie haben wir etwa 10 000 Arbeiterinnen und 1000 Arbeiter. Dazu kommen dann noch 20—25 000 Heimarbeiter. Von den Fabrikarbeitern haben wir 600 fest organisiert, zu denen in der Saison noch ein größerer Teil kommt, der dann wieder abspringt. Eine Verschmelzung würde auch der Frauenorganisation unter den Hutmachern zugute kommen. Die Hut- und Filzwarenindustrie gehören zusammen, sie sollten nicht vereinzelt, sondern gemeinsam kämpfen.

Gronwaldt-Berlin: Jede einzelne Gewerkschaft wird bei ihren Organisationsarbeiten zu der Erkenntnis geführt, daß ein immer größerer Zusammenschluß notwendig ist. Neben den Blumenarbeitern kommen aber noch andere Verbände in Betracht. Ich habe da den Verband der Kürschner im Auge, der eng mit uns liiert ist; in Berlin gibt es eine große Zahl Kollegen, die zeitweise im Kürschnerberuf arbeiten. Es wäre erwünscht, daß sie da ohne Reibereien übergehen könnten. Dadurch würden auch unsere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zurückgehen. — Ueber die Zweckmäßigkeit, den Verbandssitz nach Berlin zu verlegen, ist schon viel gesprochen worden. Dort könnte eine bessere Arbeit innerhalb der Zentralverbände im Zentrum der Arbeiterbewegung eintreten.

Hermann-Dresden: Wir möchten den Blumenarbeitern gern tatkräftig zur Seite stehen, haben aber auch die Überzeugung, daß wir jetzt viel zu schwach dazu sind. Die Blumenbezirke sind in der Regel andere als unsere. Wir müssen deshalb eine besondere Agitation betreiben. Zur Verlegung haben die Berliner dieselben Gründe schon vor sechs Jahren vorgebracht; sie sind dadurch nicht stichhaltiger geworden.

Rehschke: Im Prinzip stehen wir der Verschmelzung sympathisch gegenüber. Bei einer Umfrage haben wir aber festgestellt, daß Hut- und Blumenmacher fast gar nicht im gleichen Vertriebe arbeiten. Andere Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Frage der Heimarbeit. Die Verschmelzung mit anderen Verbänden liegt recht nahe, so mit den Schneidern, Schuhmachern, Kürschnern. Der Gedanke eines Industrieverbandes der Bekleidungsindustrie hat ja unsere volle Sympathie. Damit ist aber noch nicht zu rechnen. Dem Zusammenschluß mit den Blumenarbeitern könnte man näher treten, wenn die Generalkommission Zuschüsse zu den Agitationskosten auf dem neuen Gebiete leisten würde.

Umbreit (Generalkommission) zeigt in längeren Ausführungen die Vorteile der Verschmelzung. Wer den Industrieverband wünsch, müsse sich zuerst mit den nächsten Berufsverbänden verbinden. Zu notwendigen Agitationskosten auf einem schwierigen Gebiete, die die Organisation nicht tragen könne, werde die Generalkommission sicher beitragen.

In der weiteren Debatte sprechen noch viele Redner, die sich im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden erklären, sie aber noch für verfrüht halten. Folgende Resolution wird angenommen:

„Die Generalversammlung steht der Verschmelzung mit dem Verband der Blumenarbeiter und anderen berufsverwandten Verbänden sympathisch gegenüber. Sie hält es aber für verfrüht, schon jetzt definitiv über die Verschmelzung zu entscheiden. Sie empfiehlt den beteiligten Verbänden, die Verschmelzungsfrage zu studieren und beauftragt die Verbände, die Frage weiter zu verfolgen und einer Lösung entgegenzuführen.“

Als Sitz des Verbandes wird wiederum Altenburg bestimmt. Der Name der Organisation wird in den folgenden geändert: „Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“.

Gerichts-Zeitung.

Zum Schutze eines „nützlichen Elements“

hat wieder einmal die Staatsanwaltschaft einschreiten zu sollen geglaubt. Im Betriebe der Grammophonplattenfabrik von Grünbaum in Altdorf (Schleierstraße) waren im Januar dieses Jahres Differenzen zwischen dem Firmeninhaber und Arbeitern entstanden, weil entgegen dem Tarif den Pressern Lohnabzüge gemacht werden sollten. Nachdem dann Anorganisierte eingestellt worden waren, wollten die Presser die Arbeit niederlegen, und die Schleifer waren bereit, mit ihnen zu gehen. Ein unorganisiertes Arbeiter Albert Schmidt aus Nichtenberg, der schon drei Jahre in dem Betriebe beschäftigt war, hatte gelegentlich Schleiferarbeit gemacht, ohne eigentlich Schleifer zu sein. Auf Verlangen der Arbeiter, ob er sich jetzt dazu hergeben würde, Schleiferarbeit zu machen, verneinte er das und fügte die Versicherung hinzu, gerade in diesem Punkte werde er handeln wie ein Organisierter. Er hielt aber nicht Wort, sondern stellte sich an die Schleifermaschine, so daß die Kollegen, die sich auf seine Zusage verlassen hatten und hierauf ihr Vorgehen gebaut hatten, sich getäuscht sahen. Aus diesem Anlaß soll es dann auf dem Heimweg von der Fabrik zu einer

erregten Szene gekommen sein, die den vier Arbeitern Bahl, Schuhmacher, Lang, Lorenz eine Anklage einbrachte.

Am Montag hatten sie vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (135. Abteilung) sich zu verantworten, die drei ersten Angeklagten wegen Verleumdung gegen Schmidt, den sie „Streifbrüder“, „Stroh“, „Lump“ usw. geschimpft haben sollten, der vierte Angeklagte wegen vorsätzlicher und gefährlicher Körperverletzung gegen Schmidt, dem er einen Tritt ins Kreuz gegeben haben sollte. Alle vier Angeklagte (Lorenz war vom Erscheinen entbunden und kommissarisch vernommen worden) bestritten jede Schuld. Bahl und Schuhmacher geben nur zu, daß auf dem Heimwege über den Streif gesprochen worden sei. Dabei seien wohl scharfe Reden, aber nicht die behaupteten Schimpfworte gefallen. Gegen Albert Schmidt, der als Belastungszeuge zur Stelle war, wurde der Vorwurf erhoben, daß er die gegen ihn entstandene Erregung selber verschuldet habe und noch durch höhnerbe Rebe gesteigert habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Liebnecht, bot Beweis dafür an, daß Albert Schmidt, als man ihm Wortdrückigkeit vorwarf, geantwortet habe, seine Kollegen gingen ihn nichts an, die werde er „in einem Bogen bes...“

Zeuge Albert Schmidt bekundete, auf dem Heimwege habe zunächst Kollege Blumenthal ihn begrüßt, nachher habe Schuhmacher ein gleiches getan, habe ihn dann aber beschimpft und bedrängt. Am Hochbahnhof Kottbusser Tor sei ein ganzer Trupp hinter Schmidt gewesen; er sei beschimpft und gestoßen worden, schließlich habe er zwei Tritte ins Kreuz gekriegt, einen von Lorenz und einen von Lang, doch habe er das wohl nicht so genau gesehen. Selbst auf dem Perron und im Hochbahnzug sei er noch mit Schimpfreden überschüttet worden, so daß auch andere Passagiere gegen ihn Partei nahmen. An den Schimpfreden haben auch Bahl sowie Lang sich beteiligt. Daß auch Lang ihn getreten habe, war ganz neu. Nicht mal die Anklagebehörde hatte aus Schmidts früheren Angaben etwas darüber zu entnehmen vermocht. Auf des Verteidigers Frage nach dem Versprechen, das er den Kollegen gegeben habe, antwortete Schmidt, er habe nur zugesagt, weil er befürchtet worden sei. Von einer späteren Äußerung, daß er die Kollegen bes... werde, wisse er nichts. Auf wiederholtes Befragen erklärte er, sich nicht an derartige erinnern zu können, und schließlich fügte er hinzu, öffentlich habe er eine solche Äußerung nicht getan.

Den Bekundungen Schmidts über die Behandlung, die ihm widerfahren sei, widersprechen sehr bestimmt die Zeugen Arbeiter Blumenthal, der mit ihm bis zur Hochbahn gegangen war, und Arbeiter Dreßler, der die Szene im Hochbahnwagen mitangesehen hatte. Blumenthal gab auch Auskunft über Schmidts Wortdrückigkeit. Seiner Zusage habe Blumenthal sich vorher versichert, anderenfalls würde man gar nichts unternehmen haben. Am nächsten Morgen habe Blumenthal den Schleifern die Antwort gebracht, aber schon an demselben Vormittag habe man Schmidt an der Schleifmaschine tätig gesehen. Die Zeugen Arbeiter Richard und Arbeiter Seifert bekundeten, daß Schmidt auf die ihm deshalb gemachten Vorwürfe tatsächlich geantwortet habe, er werde diejenigen Kollegen, die ihm das verargen, „in einem Bogen bes...“

Der Staatsanwalt sah Schmidts Bekundungen als ausreichenden Beweis an. Das Vorgehen gegen Schmidt sei so roh, daß er schwere Strafe fordern müsse: gegen Bahl, Schuhmacher, Lang wegen Verleumdung 6 Tage Gefängnis, gegen Lorenz wegen Körperverletzung 1 Woche Gefängnis. Der Verteidiger führte aus, daß Zeuge Schmidt durch die Unsicherheit seiner Aussagen über seine Verhandlungen mit Blumenthal sowie über seine zögernden Worte gegen die Kollegen sich selber als unzuverlässig gekennzeichnet habe. Man könne man keinen Glauben schenken, daher seien alle Angeklagten freizusprechen. Bezüglich der Tritte ins Kreuz sei vollends nicht erwiesen, wer sie dem Schmidt gegeben habe. Wollte aber das Gericht verurteilen, so sei zu berücksichtigen die Verwerflichkeit der Handlungsweise Schmidts, seine Wortdrückigkeit gegenüber den Kollegen. Daß da Erregung und Erbitterung entstanden sei, lasse sich verstehen und müsse strafmildernd wirken, so daß wenigstens nicht auf Freiheitsstrafe erkannt werde.

Das Urteil lautete: Lorenz wird freigesprochen, weil nicht festgestellt ist, wer getreten hat; bestraft werden wegen Verleumdung Bahl mit 10 W. Geldstrafe, Lang mit 40 W. Geldstrafe, Schuhmacher aber mit einer Woche Gefängnis, weil er Schmidt am schwersten angegriffen hat. Dem Urteil wurde eine sehr ausführliche Begründung beigegeben. Sie galt dem Zeugen Schmidt, den der Verteidiger so dorb gerannt hatte und dem nun das Gericht ein Pflichtenstück mit auf den Heimweg geben wollte. Das Gericht erklärte an, daß sein Verhalten Erregung hervorgerufen konnte und daß es als strafmildernd zu berücksichtigen sei. Ihm wurde aber beschämigt, daß er kein ehrloser Mensch sei, sondern nur ein schüchtern und ängstlicher junger Mann, der auf Drängen der Kollegen wider Willen zugefagt habe und auch vor Gericht durch die Anwesenheit seiner Gegner in Verwirrung geraten sei.

Die Geheimnisse einer „Tanzakademie“

sollten gestern in einer längeren Verhandlung die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen. Aus der Unterjochenschaft wurde der „Schauspieler“ Albert Dieder vorgeführt, um sich wegen wiederholter schwerer Sittlichkeitsverbrechen und Verführung Minderjähriger zu verantworten. Zwei der zur Anklage stehenden Fälle sollen sich in Wien abgespielt haben.

Der Angeklagte, gegen den schon mehrere ähnliche Verfahren geschwebt hatten, die aber wegen vermeintlicher Geisteskrankheit eingestellt wurden, hat in Wien und später in Berlin unter dem Namen eines Direktors Galmar Theaterakademien und insbesondere eine „Tanzakademie“ eingerichtet, in der hauptsächlich der „Schleiertanz“ und „lebende Marmorgruppen“ eingeübt wurden. Diese Übungen wurden von dem Angeklagten zumeist nackt oder nur mit einer Badchefe bekleidet geleitet. Bei diesen Tanzübungen soll dann der Angeklagte die zur Anklage stehenden Straftaten an den meist auch unbekleideten Mädchen vorgenommen haben.

Schon gleich bei seinem Eintritt in den Gerichtssaal trug der Angeklagte ein recht merkwürdiges Wesen zur Schau. Er verdrehte die Augen, weinte und lamentierte und rief fortwährend: „Wo ist meine geliebte Paula?“ und „Nützlich darf hier nicht hinein kommen, das ist nichts für sie!“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er Schauspieler oder Schauspieler sei, antwortete Dieder im Tone tiefgekränkelten „Künstlerkolzes“: „Ich bin Schauspieler, lesen Sie meine Rezensionen. Haben Sie meine Werke da, die ich geschrieben habe?“ Auf das Ersuchen des Vorsitzenden, sich möglichst ruhig zu verhalten, antwortete der Angeklagte: „Ich bin ruhig, aber bitte nicht grob sein.“ Auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß mit Q. als krankem Menschen alle Rücksicht genommen werden würde, erklärte dieser: „Ich bin nicht geisteskrank. Diese Behauptung ist eine Gemeinheit. Ich habe nur einen kleinen Nerv!“ Auch in seiner weiteren Vernehmung über seine Personallien bemahm sich der Angeklagte in dieser Weise, weinte und jammerte und verlangte immer wieder nach „seiner Paula“. — Auf Antrag des Staatsanwalts wurde sodann wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Neumann, hielt sodann dem Angeklagten die ihm zur Last gelegten Handlungen vor, erhielt jedoch von diesem nur konfuse Antworten oder empathische Ausrufe, die der Angeklagte in witzem Durcheinander vorbrachte. Rechtsanwalt Dr. Albers bezweifelte wiederholt die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten und bat, die Sachverständigen darüber zu hören. Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärte, daß erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten beständen. Dr. Marg, Dr. Leymann und Dr. Auerbach schlossen sich dieser Ansicht an. Die Verteidiger beantragten, infolgedessen die Aussetzung und Ueberführung des Angeklagten in eine Krankenanstalt. Der Angeklagte bat dagegen, die Verhandlung zu Ende zu führen. Das Gericht beschloß die Aussetzung der Verhandlung und forderte den Medizinalrat Dr. Hoffmann auf, seinerseits dahin zu wirken, daß der Angeklagte aus dem Unterjochungsgefängnis in eine Krankenanstalt übergeführt wird. Nach einigen Monaten soll dann wieder der Versuch gemacht werden, gegen den Angeklagten zu verhandeln.

Brutale Mordtötung.

Wegen Körperverletzung im Amte ist am 30. März vom Landgericht Städt. Armenhausverwalter Jakob von der Bek zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte ein vierjähriges Mädchen zur Strafe für Unsauberkeit an den Schultern schwebend aufgehängt. — Die Revision des Angeklagten wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Eine „Trielen“-Angelegenheit.

Im nationalliberalen „Siegener Volksblatt“ erschien am 24. Dezember 1909 ein Artikel, der etwa folgenden Wortlaut hatte: „Es war im schönen Ort Friedensdorf, da passierte eine gar wunderliche, aber höchst liebliche Geschichte, die selbst einem Reichstagsabgeordneten Kopfschmerzen bereiten könnte. Wir aber werden sie und merken für passende Gelegenheiten. Denn, wenn wir heute indiskret wären, so würde wahrscheinlich der Erfolg höchstens der sein, daß Herr Schack einen Kollegen in der „Verdenheisanstalt“ befände. Wir aber wissen jetzt, weshalb Herrn Schack an gewisser Stelle so energische Verteidigung erwuchs. Ja, hoch die Trielen! Weßhalb hier nur die fittliche Entrüstung des „Voll“ sprachlos ist? Die zur christlichsozialen Partei gehörenden Reichstagsabgeordneten Dr. Burchardt und Franz Behrens bezogen diesen Artikel auf sich und stellten gegen den verantwortlichen Redakteur des „Siegener Volksblatt“, Oswald Kiebel, Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung. Letzterer hatte sich daher gestern vor der Strafkammer des Siegener Amtsgerichts zu verantworten. Der Angeklagte Kiebel bestritt, die Abgeordneten Dr. Burchardt und Behrens beleidigt zu haben; der Artikel bezog sich lediglich auf den Parteisekretär der Siegener christlichsozialen Partei, Otfahr. Dieser habe allerdings der Frau des Lehrers Thome in Friedensdorf unflätliche Anträge gemacht. Wenn die Presse, die den Artikel übernahm, der Meinung Ausdruck gegeben hat, der Artikel beziehe sich auf die Abgeordneten Dr. Burchardt und Behrens, so liege das daran, daß sie die Siegener Verhältnisse nicht kannten. — Der als Zeuge vernommene Reichstagsabgeordnete Dr. Burchardt-Berlin bekundete: Behrens und er seien die beiden einzigen Abgeordneten, die speziell als Mitglieder der christlichsozialen Partei gewählt seien. In der Wirtschaftlichen Vereinigung gebe es allerdings noch mehrere sogar zahlende Mitglieder der christlichsozialen Partei, sie gelten aber als Abgeordnete der Wirtschaftlichen Vereinigung; auf diese könne sich also der Artikel nicht beziehen. Im übrigen habe die ganze deutsche Presse der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Artikel sich auf Behrens und ihn beziehe.

ParteiSekretär Otfahr bestritt als Zeuge, der Lehrersgattin in Friedensdorf unzüchtige Anträge gemacht zu haben. — Die kommissarisch vernommene Lehrersgattin hat bekundet: Der Parteisekretär Otfahr habe ihr nicht ausdrücklich einen unzüchtigen Antrag gemacht, sie habe aber die Empfindung, daß Otfahr sich ihr in unflätlicher Weise nähern wollte. Der Parteisekretär Otfahr wird als Redenschläger zugelassen. Es wird auf Antrag der Verteidigung beschlossen, die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Termin auch den Lehrer Thome nebst Gattin als Zeugen zu laden, um Herrn Otfahr der Frau Thome gegenüberzustellen.

Stettenwirtschaft.

Durch ein Flugblatt, das zur Zeit der Stadtverordnetenwahlen herausgegeben worden war, sollte der Genosse Stadtverordneter Wawera in Jüterbog die dortigen Stadtverordneten beleidigt haben. Das Flugblatt warnte vor der Wahl bürgerlicher Kandidaten und begründete dies mit dem Handeln der bürgerlichen Stadtverordneten. Unter anderem wurde in dem Flugblatt auch die Stettenwirtschaft behandelt. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 M. Das Landgericht fällt folgendes eigenartige Urteil: Der Angeklagte werde freigesprochen, soweit er wegen Beleidigung der Stadtverordnetenversammlung verurteilt worden ist. Im übrigen werde die Sache an das Schöffengericht zurückverwiesen, damit dieses feststelle, ob nicht eine Beleidigung einzelner Stadtverordneten vorliege. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Revision ein, vor dem Wawera durch Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg vertreten wurde. Das Kammergericht gab am Dienstag der Revision der Staatsanwaltschaft statt und verwies die Sache an das Landgericht Potsdam zurück. Das Kammergericht sprach aus, daß das Landgericht in unzulässiger Weise verfahren sei. Es gehe nicht, wegen einer rechtlichen Beurteilung eines Tatbestandes freizusprechen und wegen einer anderen rechtlichen Beurteilung desselben Tatbestandes die Sache an das Schöffengericht zurückzuverweisen, wie es das Landgericht getan habe. Das Landgericht müsse jetzt die Sache im vollen Umfange nachprüfen.

Zentralverband der freien Händler, Gastwirte und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. 54 Essen, Vermählungstraße Berlin. Bergstr. III. Heute abend 8½ Uhr bei Kott, Straßmannstr. 20: B e r s a m m l u n g. Gäste willkommen.

Aus der Frauenbewegung.

Die österreichische Regierung gegen die Frauen.

Der immer wieder erneuerte Antrag des sozialdemokratischen Verbandes, endlich wenigstens die rüchständigen Paragraphen des Vereinsgesetzes aufzuheben, hat nun endlich eine Durchberatung im Verfassungsausschuss gefunden. Genosse Bernerstorfer begründete den Antrag, auch in Oesterreich den Frauen ein uneingeschränktes Vereinsrecht zu geben, in vorzüglicher Weise. Alle Parteien sprachen sich für diesen Antrag aus, denn keine ist so rüchständig, daß sie nicht einsehen würde, daß einfach der gesunde Menschenverstand die Aufrechterhaltung des § 30 verbiete. Schon schien es, als sollte die hiesige Arbeit unserer Genossen im Parlament Erfolg haben, da ließ die Regierung erklären, sie werde einer teilweisen Umgestaltung des Vereinsgesetzes niemals ihre Zustimmung geben. Niemand wird verkennen, daß diese Argumente nichts anderes sind als eine leere Ausrufe.

Man muß sich aber doch fragen, warum die Regierung diesen ergreiftenden Standpunkt einnimmt. Würde die Annahme des sozialdemokratischen Antrages irgend etwas an den momentanen Verhältnissen ändern? Durchaus nicht! Die Frauen würden, wie sie es heute schon tun, öffentliche politische Versammlungen besuchen, abhalten und einberufen. Sie würden an den Demonstrationen teilnehmen und politische Agitation leisten. Es würde den Frauen nur all' diese Arbeit leichter und einfacher, sie müßten nicht immer die unterständigen Spitzen rüchständiger Behörden fürchten. Sie fordern aber vor allem mit solcher Leidenschaft die Aufhebung dieses § 30, weil er den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entspricht und eine Rechtlosigkeit vorbildet, die nicht besteht, und die sich alle politisch reifen Frauen nicht gefallen lassen würden.

Die Regierung dürfte in dieser Frage aber doch nur das Sprachrohr der bürgerlichen Parteien sein. Die Herren fürchten doch, es könnte gefährlich werden, wenn man den Frauen ein so beschneidendes Recht vorenthält, nun, wo sich in allen Kronländern die Frauen zu rühren beginnen. Da muß die Regierung den Schuldigen spielen und das Rein ansprechen, zu dem die bürgerlichen Parteien nicht den Mut aufbringen.

Soll die Regierung aber immer Rein sagen? Sie wird bei diesem Rein nicht bleiben können, denn die Frauen werden nicht ruhen, bis sie dieses Zugeständnis an ihre Macht erhalten haben. Alle Versammlungen, die in ganz Oesterreich stattgefunden haben, um gegen diese Rechtlosigkeit der Frauen zu demonstrieren, waren glänzend besucht und die Begeisterung der Frauen dokumentierte sich schon in der regen Agitation. Diese Bewegung wurde nur von den Frauen geführt, und sie haben damit bewiesen, daß sie tausende Frauen aufzuwecken können zum Kampf für ihre Rechte.

Diese kampffreudigen Frauen werden auch der Regierung das Ja, das sie nicht sprechen will, abringen.

Leserabende.

Mariendorf, Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, bei Loewenhagen, Chausseestr. 27. Referent: Genosse Seinig.

Vermischtes.

Aus dem Reiche des Spleens.

Ueber merkwürdige Refords, die in neuerer Zeit bekannt geworden sind, weiß ein französisches Blatt zu berichten. Da ist in London ein Dr. Cloof, der seinen Stolz darin setzt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele — Kartoffeln zu schälen; es gelang ihm, in 7 Minuten 14 Mio zu bewältigen. Nicht geringeren Anspruch auf Unsterblichkeit hat sich ein Herr Jozs Sollaert in Brüssel erworben, der es fertig brachte, an einer Zigarette zwei Stunden lang zu rauchen. Den umgekehrten Reford stellte ein Herr Wolzing in Berlin auf, der innerhalb der gleichen Zeit 19 Zigaretten in Dampf aufgehen ließ. Reckliche Leistungen vollbrachten ein Amerikaner namens Lowney, der in 4 Minuten 104 Kustern öffnete, eine Madame Dubis, die in 19 Stunden 2007 Sandwiche bereitete, und ein Herr Dupont, der in einer Stunde 2844 Rasse öffnete und somit als der bedeutendste Rasseöffner der Welt dasteht. . . . Unsinn, du siegst!

Oktroischnuggel in einem Leichenzug.

In Italien, wo noch jede Stadt die mittelalterlichen Verzehrungssteuern hat, blüht natürlich die Kunst, mit allen möglichen Schlichen Lebensmittel in die Stadt zu schmuggeln. Am 4. d. M. wurde in Taranto ein Leichenzug von dem Oktroischnuggel auf-

gehalten und der Aufscher aufgefordert, den Wagen zu öffnen. Zur Rechten und zur Linken des Sarges entdeckte man nicht weniger als 13 Spedfetten mit einem Gesamtgewicht von 88 Kilogramm. Die Stadtbehörde hat die Vernichtung des Speds angeordnet.

Kleine Notizen.

Schwere Gewitter sind gestern wieder über verschiedene Teile des Reiches niedergegangen. Bei einem Unwetter in der Pfalz wurde bei Zweibrücken eine Frau vom Blitz erschlagen, eine andere schwer verletzt. In vielen Orten richteten die Blitzschläge Feuerhäden an. Ein Gewitter, das über Schlesien niederging, verursachte besonders in der Gegend von Striegau großen Schaden. In der Stadt ergoß sich die Flut in die tiefer gelegenen Keller, Straßen und Plätze sind verschlammt und verlandet. Mehrere Feuerbrünste entstanden durch Blitzschlag.

Vom Pferde gehärt. Bei einer Truppenbesichtigung auf dem Übungssplatz Eilenborn bei Reg führte der Generalmajor K u m m e l s b a c h e r so unglücklich vom Pferde, daß er nach wenigen Stunden starb.

Ausgehobene Zepelinfahrt. Graf Zepelin hatte beabsichtigt, mit seinem neugebauten Lenkbalon „Z. VI“ der Stadt Wien einen Besuch abzustatten. In Wien und ganz Oesterreich waren große Vorbereitungen zum Empfang des Luftschiffes, das Graf Zepelin persönlich lenken wollte, gemacht worden. Jetzt läßt plötzlich der Graf die Fahrt ab sagen unter der Begründung, daß die Luftschiffen auf dem neuen Luftschiff noch einer Umdänderung bedürfen. Ob und wann die Fahrt angetreten wird, steht noch nicht fest.

Durchsuchungen bei der französischen Marine. Vom Seegericht in Toulon wurden wegen betrügerischer Marinelieferungen zwei Arsenalarbeiter zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis, ein anderer Arbeiter und ein Lieferant zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine große Feuerbrunst kam am Mittwoch Vormittag in der russischen Stadt Worissow aus. Nachmittags waren bereits mehrere Straßenzüge niedergebrannt. Es gelang bis jetzt nicht, das weitere Umschgreifen des Feuers einzudämmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorm vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 12 bis 7½ Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— Nr. 10. Rein. Eine ähnliche Einrichtung bestand in den Jahren 1719 bis 1816. In den sechziger Jahren bestand sie nur noch, soweit deutsche Staaten in Frage kommen, in Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Bremen. — N. 2. Streitfrage. Rein. — D. 200. Ja. Klage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Wohnsitz hat, anzubringen. — D. 14. 1. Wenn die Verheirathung des Unterhalts anbauend und bündig geschieht: ja. 2. und 3. Rein. 4. Der Zutritt kann verweigert werden. 5. Rein. 6. Ja, wenn beide Teile vermögenslos sind. 7. Ja, wenn der Ehemann für allein schuldig erklärt wird. — N. 69. Mittel gegen Ohrenschmerzen von Kindern sind uns nicht bekannt. — Aufklärung. 1. Nach dem seit dem 1. Januar 1900 geltenden bürgerlichen Gesetzbuch erben die Kinder ½, der überlebende Ehegatte ½, des Nachlasses. Ist die Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, so kann die Erbfolge anders sein. Um für diesen Fall Auskunft geben zu können, müßten wir den ersten Ehegatten kennen. — D. 13. 1. Nach Ihrer Darstellung haben Sie keinen Scheidungsgrund, anscheinend hat aber Ihre Frau einen solchen. 2. Eine derartige, auch schriftliche Verpflichtung ist rechtsunwirksam. — E. 2. Bonn. Bei der angegebenen Lohnhöhe: Rein. — Zernsdorf 200. Wenn ein Abzahlungsvertrag vorliegt und der Gläubiger einen Schuldtitel besitzt: Ja. — P. 1000. Fragen Sie bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission nach dem Resultat an.

Witterungsübersicht vom 8. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	
Schwetznitz	766,8	SW	2	heiter	16	Caparanda	759,8	SW	6	bedeckt
Damberg	766,8	ND	2	heiter	17	Deerfeld	769,8	SW	1	heiter
Berlin	765,8	ND	2	wolkig	22	Seibitz	763,8	SW	1	bedeckt
Frankfurt a. M.	763,8	ND	1	wolkig	18	Aberden	769,8	SW	1	heiter
München	764,8	SW	4	bedeckt	15	Paris	764,8	ND	1	bedeckt
Wien	763,8	SW	3	wolkig	20					

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Juni 1910. Vormittag heiter und sehr warm bei mäßigen östlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 6. Juni verstarb unser Mitglied, Frau
Marie Schulz
Zwinglstr. 9.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hellandskirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Eduard Klein
am 4. Juni 1910 an Ohnschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Juni 1910, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Dantes-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt. 137/19
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Zahlstelle Berlin.
Am 6. Juni starb unser Kollege
Hermann Golling
im Alter von 63 Jahren an Lungenerkrankung. 171/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Juni, um 11 Uhr von der Leichenhalle des Victoria-Krankenhauses, Schönberg, Rudowstraße, nach dem Schöneberger Friedhof, Maxstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Nible's Festsäle
Dennewitzstr. 13
Heute Donnerstag
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Schöner Garten. Täglich geöffnet.
24605
K. Nible.

Wegen Aufgabe
unserer Verkaufskasse Roßstraße 2 verkaufen wir zu jedem Preise unsere Restbestände, bestehend:
in Herren-Anzug-Stoffen, Hosen-Stoffen
Paletot-Stoffen, Damentuchen etc.
heute und folgende Tage.
Tuchfabrik-Lager
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
Roßstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Kohlt
am 6. Juni an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 5½ Uhr, vom Trauerhause Köpenick, Rüggeheimerstraße 22, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet
116/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Emil Jordan
am 7. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Charlottenburger Friedhofes, Besten, Fürstendamm Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
64/18 Die Ortsverwaltung.

Am 7. Juni, früh 12¼ Uhr, verstarb nach langem Krankenlager meine liebe Frau
Agnes Kiesewetter
geb. Schlobkowski
im 53. Lebensjahre. 2454b
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Juni, um 11 Uhr von der Leichenhalle des Dantesfriedhofes, Reinickendorf, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Hermann Kiesewetter
nebt Sohn Georg.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Erfindung für Dreherei.
Die vom kaiserlichen Patentamt geschützte Vorrichtung Nr. 412641, mit welcher die Wechselläder ohne zu rechnen für Gang und Millimetergewinde für Drehbänke mit einer Wechselläder von 2, 2½, 3, 4, 5 und 6 Gang auf 1" engl. in wenigen Sekunden zu ermitteln sind, ist jetzt zum Preise von 60 Pf. zu beziehen durch
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

Wir fahren alle nach der
Reform Zahnpraxis
Zähne 180 M
Schmerzlose Behandlung
Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!
Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.
1. Praxis: Friedrichstr. 35.
2. Praxis: Elsasser Str. 14.
3. Praxis: Oranienstr. 61.
4. Praxis: Palisadenstr. 106
5. Praxis: Moabit, Huttenstraße 65.
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
57802
Paul Schippke
sagen allen Verwandten, Bekannten und Freunden sowie den Kollegen und Kolleginnen der Lehmann-Becke, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und den Genossen des Arbeitervereins unseren herzlichsten Dank.
A. Schippke
nebt Frau und Kindern.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes
5457b
Johannes Rathsach
sagen wir allen Freunden, Kollegen und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Hermann Rathsach und Frau.
Pelle, freundliche Hofwohnungen
Wagner Str. 17, an der Frankfurter Allee, neu renoviert, sofort vermietbar.

Am Montag verstarb nach längerem Leiden meine liebe gute Frau
2455b
Marie Herrmann
geb. Borgmann
Walplauerstr. 7.
Um stille Beileid bittet der trauernde Gatte
Franz Herrmann.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes aus statt.

Parzelle N. 1100,
Auz. 100 M. a. berl. Kolonie
Tabeim Viehdorf, Marzahner
Str. 3, part. Tel. 2g. 676.
Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ge-Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Flugblattverbreitung findet morgen Freitag abend von den bekannten Stellen aus statt.

Partei-Angelegenheiten.

Vorhagen-Rummelsburg. Beim Sommerfest des hiesigen Wahlvereins am letzten Sonntag im Lokal „Café Bellevue“ ist ein Armband gefunden worden. Abzuholen bei D. John, Rorshorster Str. 1. Der Vorstand.

Bernau. Heute abend: Jahlabend der einzelnen Bezirke in den bekannten Lokalen. Die bereits eingezogenen Mitgliedsbücher sind hier in Empfang zu nehmen, die noch nicht eingezogenen dagegen den Jahlabendleitern zu übergeben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß alle Parteigenossen in den Jahlabenden anwesend sind. — Die Bezirksleiter sollen ebenfalls zu der bevorstehenden Wahl der Bezirksleitung vorgeschlagen werden.

Berliner Nachrichten.

Am Böh. See.

In der östlichen Umgebung der Reichshauptstadt gibt es noch außerordentlich viele wunderhübsche Fleckchen, die den Berlinern, soweit sie nicht radeln oder auteln und deshalb weitere Touren unternehmen, „böhmisches Dörfchen“ sind. Die meisten Ausflügler gehen über einen bestimmten Umkreis, der sich höchstens bis in die nächsten Vororte erstreckt, nicht hinaus. Oder sie bevorzugen die allbekanntesten nördlichen und westlichen Vorortidylle, in denen es namentlich an schönen Sonntagen von Berlinern mit Kind und Kegel wimmelt. Im Osten ist es eigentlich nur die Müggel mit ihrer großartigen landschaftlichen Szenerie bis hinauf nach Erkner, Woltersdorfer Schluise und Müdersdorf, die die Massen anlockt. So herrlich es hier ist, wird jedoch die reine Naturfreude stark beeinträchtigt durch den sonntäglichen Miefenverkehr mit seinen scheinbar unausrottbaren Eisenbahnmischständen. Wer den Waldfrieden liebt und weite Fußwanderungen nicht scheut, sucht die mehr abseits vom Verkehr zu findenden Naturschönheiten auf. Ein solcher noch viel zu wenig gewürdigter Ort ist die überaus lohnende Tour nach dem Böh. und Fängersee in der Nähe Strausbergs. Wir fahren vom Lehrter Bahnhof oder vom Alexanderplatz für eine halbe Mark, vom Silesischen Bahnhofe einen Nickel billiger, ziemlich eine Stunde bis nach Fredebsdorf an der Ostbahn, lassen Petershagen rechts liegen, verschmähen auch das reizlose, spießbürgerliche Alt-Landsberg, die kleinste Stadt von Nieder-Barnim, und wandern an dem augenblicklich prächtig stehenden Roggen vorbei nach Bruchmühle, der sogenannten „Schneider-Kolonie“, die hart an der ausgedehnten Forst des Amtes Alt-Landsberg liegt. Bruchmühle, das nicht von Willenproben, sondern von aufstrebenden Reinen Leuten bewohnt wird, die hier ein bescheidenes Besitztum haben und wochentäglich mit dem Kuckuck nach Berlin zur Arbeit fahren, hat vermöge seiner guten Lage eine Zukunft. Gleich vorn im Walde, an der Alt-Landsberger Chaussee, grüht uns eine mächtige, viele Jahrhunderte alte Eiche mit der angenehmen hübschen Widmung: „Senke freundlich, o Baum, Die schattenden Zweige zur Erde Jedem, der sich Dir naht. Säule Kühle herab, Gib dem Zweifelhenden Hoffnung, Dem Müden stärkende Ruh, Und dem Liebenden gib, Daß ihm begegne sein Glück.“ Von hier geht's rechtlich anderthalb Stunden auf wildromantischen Waldwegen nach Spitzmühle, einem köstlichen Ruhepunkt zwischen dem durch ein Fiech getrennten Böh. und dem Fängersee, sowie zwischen der königlichen Müdersdorfer Forst und der Strausberger Spitzheide. Sehr reizvoll, aber etwas anstrengend ist die Wanderung am Fängersee entlang nach Wesendahler Mühle, hier um die Seespiele herum und durch die Spitzheide nach dem Straussee und Stadt Strausberg. Von da noch nach dem Blumental, rechtlich drei Stunden, die mangels jeder Fahrverbindung auch zurückgelaufen werden müssen, ist nur etwas für ganz rüstige Fußgänger. Wenn weniger gut beschlagene Damen bei uns sind, wandern wir von Wesendahler Mühle an dem jenseitigen hochgelegenen, mit herrlichem Walde bestandenen Seeufer entlang nach „Rotkäppchen“, „Seeschloß“, dem „Hungerigen Wolf“ und der Willenkolonie Hohenfließ. Man kann auch von Spitzmühle auf dem langgestreckten Böhsee, dessen Ufer an die schönsten Gebiete der Davelseen erinnern, mit dem Motorboot für 25 Pf. bis nach den obengenannten Stationen fahren. Um nicht abermals die Alt-Landsberger Chaussee zu passieren, gehen wir über Hohenfließ hinaus durch prächtigen Wald, der stellenweise mit dichtem Unterholz bewachsen ist, entweder nach dem idyllischen Eggersdorf oder über die Strausberger Rennbahn nach Bahnhof Strausberg und fahren von hier nach Berlin zurück. Wer dieselbe Tour am Wochentag machen kann, wird überrascht sein von der herrlichen Ruhe des Waldes, in dem man stundenlang keinen Menschen trifft und allenthalben auf Rehe stößt. Aber auch Sonntags ist der Verkehr vorläufig noch mäßig, so daß Ausflügler, die dem Großstadtlärm entfliehen und für Waldfrieden schwärmen, hier voll auf ihre Rechnung kommen.

Am Waldgraben.

Wenn die schwüle Luft eines Sommertages schon am frühen Morgen alle Pläne über längere Wanderungen in Schweiß zerrinnen lassen, dann entschließt man sich allenfalls zu einer Lagerung an einem schattigen Plätzchen. Eine Habeglegenheit, die einen gleich mitten in den Wald bringt und jeden längeren Weg in der Sonne erspart, wird dabei immer den Vorzug verdienen. Die nächste und billigste Gelegenheit dieser Art führt in den Brunwald. Man muß aber früh aufstehen, sonst findet man die besten Lagerplätze, z. B. die am Westufer des Brunwaldes, besetzt. Leicht zu erreichen ist auch Spandau durch zahlreiche Brücken, die über die Stadtbahn gehen, und durch Umsteigen in Charlottenburg für die Anwohner des Süd- und Nordrings.

Am Bahnhof in Spandau steigen wir in die mit einem großen lateinischen J bezeichnete Elektrische, die uns für zehn Pfennig mitten in den Stadtforst hinein nach der neuen Kolonie Johannisstift führt. Beim Aussteigen sehen wir links vor uns das Stationsgebäude Spandau-Johannisstift

einer neuen Kleinbahn, die mitsamt der anstößenden Kolonie mächtige Läden in den Wald gerissen hat, der noch vor wenigen Jahren hier nichts von den neuen Dingen erkennen ließ. Glücklicherweise hat die Waldpolitik der Spandauer Stadtväter von ihrem herrlichen Stadtforst bis jetzt noch ein gutes Stück übrig gelassen. Wir folgen der Chaussee über das Bahngelände hinweg, bis bald hinter dem Stein 1.8 auf der linken Seite ein schmaler, aber deutlicher Fußpfad waldeinwärts abzweigt. Er bringt uns nach wenigen Schritten plötzlich an den Rand eines etwa sechs Meter breiten Waldgrabens. Vor noch nicht langer Zeit war er eine vermoorte Vertiefung und bildete die sogenannte Kuhlake. Seit er ausgetieft wurde und das Wasser sich sammeln konnte, hat das Bild sich völlig geändert. Ein schmaler Pfad am Ufer gestattet uns, dem Graben zu folgen und ein Plätzchen für die Niederlassung zu suchen.

Infolge des Wasserreichtums und der Frische des ausgeworfenen Erdreiches ist die Vegetation im und am Wasser von einer fast unbeschreiblichen Uppigkeit, der auch die stärkste Sommerhitze nichts anhaben kann. Der Wasserpiegel ist abwechselnd spiegelblank und dann wieder von den ausgebreiteten Blättern der weißen Seerose mit ihren geöffneten Blüten und anderer Wasserpflanzen bedeckt. Auch dicht unter dem Wasserpiegel erscheinen ganze Wiesen verschiedener teilweise blühender Wassergewächse, die eine reizvolle Abwechslung schaffen. In der dichtbewachsenen Uferzone wuchern Bergweinnicht, Wassermintze, Froschlöffel, Seggen und Winsen, um nur einige von sehr vielen Namen zu nennen. Neben dem Graben erstreckt sich weiterhin feuchter Erlenwald; hier ist das Reich der gerade in voller Blüte stehenden gelben Schwertlilie und auf tausenden von Stauden der Uferkresse, die mit Millionen kleiner Blüten weite Strecken gelb färben, tummeln sich zahllose Insekten. Der breite, flüßchenartige Graben macht leichte Biegungen, und über dem Wasser und über dem Grün bilden die frischen Laubkronen der das Ganze begleitenden Erlen und anderen Gehölze wundervolle Landschaftsbilder.

Wenn die Sonne auf das Wasser brennt, treiben kleine stahlblaue, ganz besonders aber große bräunliche Libellen in wilder Jagd darüber hin. Diese Tiere mit ihren großen, ganz auf das Erpähen der Beute eingerichteten Augen und dem blitzschnell zickartigen, ebenfalls dem Erpähen kleiner fliegenden Insekten angepaßten Flügel zeigen in ihrem Benehmen eine ziemliche Intelligenz, die ihre raschen, zielbewußten Bewegungen leitet. Wenn sie sich bei großer Hitze „baden“, indem sie während des Darüberstreichens über dem Spiegel mit dem Hinterleib wiederholt rasch ins Wasser schlagen, um sich zu erfrischen, so erinnern sie an badende Vögel und andere, in der Stufenleiter des Lebens viel höher stehende Organismen. Stumm sind die zahlreichen schwarzen Kaulquappen im Wasser, während ihre aufgewachsenen Brüder im grünen Kleide der Leichfrösche am Ufer ihre inarrenden Melodien schmettern. Zahlreiche Stacheln leben durch munteres Treiben das Wasser, indes gemüthliche dicke Karpfen träge ihres Weges ziehen.

Das ist nur ein geringer Ausschnitt aus dem reichen Tier- und Pflanzenleben am sonnenbeglänzten Waldteich, und wer Zeit und Reizung hat, der mag wohl stundenlang lauschen, schauen und sinnen, während aus dem Forst der Kuckuck ruft.

Den „Dualismus“ im Gefängniswesen

beleuchtete der Erste Staatsanwalt Klein, Vertreter des Oberstaatsanwalts beim Kammergericht, in einem Vortrage, den er vorgestern vor den Teilnehmern am „Lehrkursus für Gefängniswesen“ hielt. Unter staatlichen Gefangenenanstalten unterscheiden bekanntlich zum Teil dem Ministerium des Inneren, zum Teil dem Justizministerium; es ist erklärlich, daß dabei die wünschenswerte Einheitlichkeit im Strafvollzuge nicht erreicht werden kann. Dieser unerfreuliche Zustand des „Dualismus“ lasse sich bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts verfolgen. Die damals herrschende Runtzschigkeit veranlaßte schon im Jahre 1804 den Königlich-Preussischen Generalplan zur Verbesserung der Gefängnisse, der aber ebensowenig zur Ausführung gelangte wie spätere Vorschläge und wie die schließlich (1845) ergangene Kabinettsorder, nach welcher das gesamte Gefängniswesen der Justizverwaltung übertragen werden sollte. So blieb es zunächst bei der im Jahre 1821 eingeführten Teilung: die Untersuchungsgefängnisse unterstanden der Justiz, die Strafgefängnisse der inneren Verwaltung. Nach Emanation des preussischen Strafgesetzbuches von 1851 nahm die Zahl der Justizgefängnisse aber tatsächlich zu und diese überwiegen noch heute, wie die letzte Statistik zeigt: in den der inneren Verwaltung unterstehenden 58 Strafanstalten wurden 20727 Personen verwahrt, davon 12 Proz. Untersuchungsgefängnisse, in den Justizgefängnissen dagegen über 82000 Gefangene, davon 28 Proz. Untersuchungsgefängnisse. Für die erstgenannten Anstalten gilt die Haus- und Dienstordnung vom 14. November 1902, für die letzteren die Gefängnisordnung vom 21. Dezember 1908. Diese verschiedenen Vollzugsvorschriften haben natürlich große Nachteile im Gefolge und es sei daher dringend zu wünschen, daß die moderne Gesetzgebung einmal gründlich mit dem „Dualismus“ aufzuräumen.

In der sich anschließenden, vom Geheimen Oberjustizrat Plajale geleiteten Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dafür aus, daß die Gefängnisse ausschließlich der Justizverwaltung unterstellt würden. Schon weil nach § 493 der Strafprozessordnung die Strafvollstreckung der Staatsanwaltschaft überwiesen ist. Zum Schluß gelangten u. a. auch die geplanten Ausbildungs-kurse für Gefängnis-Unterbeamte zur Erörterung.

Auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung steht an erster Stelle die Fortsetzung der Debatte über die Lustbarkeitssteuer vorlage des Magistrats.

Gegen die Lustbarkeitssteuer erklärt der Vorstand der Freien Volkshilfe folgenden Zusatz:

Das Projekt einer Lustbarkeitssteuer, das den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin zurzeit beschäftigt, bedroht die Berliner Volkshilfenbewegung mit schwerer Gefahr. Für sie ist die geplante Lustbarkeitssteuer eine indirekte Steuer, nicht bloß auf Erholung und Vergnügen, sondern auch auf Bildung und Kultur.

Obne jede Förderung von oben, ja oft genug im Kampfe gegen burlesken Widerstände, ist es der Berliner Arbeiterbevölkerung gelungen, sich in der Freien Volkshilfe eine Organisation zu schaffen, die ihr gegen einen verhältnismäßig geringen Mitgliedsbeitrag die Kenntnis der besten Werke der dramatischen Literatur in würdiger Darstellung vermittelt. Mit Konzerten und Ausstellungen hat der Verein in den werktätigen Massen der Reichshauptstadt Interesse und Verständnis auch für die großen Leistungen der Ton-

kunst geweckt. Er hat in mehr als zwanzig Jahren im Dienste der Volkskultur eine Leistung vollbracht, auf die er mit Genugtuung zurückblicken kann.

Diese hoffnungsvolle Entwicklung wird durch das städtische Steuerprojekt schwer gefährdet. Obgleich nicht die Vereinstleitung von Jahr zu Jahr die Schwierigkeit wachsen, die enorm steigenden Kosten des notwendigen Aufwands mit den bescheidenen und durch Steuern schwer getroffenen Mitteln eines Berliner Arbeiterhaushalts in Einklang zu bringen.

Die Wiener Freie Volkshilfe, die nach dem Vorbilde der Berliner Organisation gegründet wurde, genießt eine ansehnliche Subvention aus öffentlichen Mitteln. Der Berliner Verein hat auf solche Günst der höheren Regionen niemals Anspruch erhoben; er glaubt aber andererseits wenigstens soviel erwarten zu dürfen, daß ihm die Ausübung seiner kulturfördernden Tätigkeit nicht durch städtische Erdrosselungssteuern unmöglich gemacht wird.

Die Freie Volkshilfe protestiert darum nachdrücklich und entschieden gegen eine Steuerordnung, die in ihrer Wirkung dahingehet, die Berliner Bevölkerung von den Stätten edler Bildung und Belehrung auf die Kummelplätze hinauszutreiben.

Auch zahlreiche dem Berliner Sängerbunde angehörigen Gesangsvereine, der Berliner Lehrergesangsverein, Berliner Liederkreis, Berliner Liedertafel, Berliner Männergesangsverein, Erfahrer Männergesangsverein, haben sich gleichfalls petitionierend an die Stadtverordnetenversammlung gewandt um Abhebung der Vorlage. Ueber die Belastung der Gesangskonzerte durch die Steuer heißt es in der Petition:

„Ein Arbeiter-Gesangsverein von 30 Mitgliedern hätte bei einem Eintrittsgelde von 50 Pf. für 800 Karten eine Steuer von 40 M. zu entrichten. Von einem mittleren Verein mit circa 100 Sängern müßten bei Dreiviertelsbesetzung des Beethoven-Saales und einem Eintrittspreise von 1,50 M. für 250 Plätze und 2 M. für 500 Plätze, 100 M. Steuer aufgebracht werden. Ein großer Verein hätte bei vollständiger Philharmonie und einem Kassenspreise von 1-4 M. gegen 450 M. Steuer für ein Konzert zu zahlen.“

Diese Belastung steht in ganz ungerechtfertigtem Widerspruch zur wirklichen Konzerteinnahme, da ja die Kassenspreise zugrunde gelegt werden sollen, während in Wirklichkeit der größte Teil der Karten durch Mitglieder im Vorverkauf zu zwei Dritteln des Kassenspreises vertrieben wird.“

Aus diesen Ausführungen erhellt, daß die Vereine unmöglich die Steuer tragen können; es bleibt nur übrig, sie auf die Konzertsbesucher abzuwälzen.

Die sichere Folge der Belastung der Konzertsbesucher wäre ein sofort einsetzendes erhebliches Zurückgehen der Besucherzahl. Die Vereine wären gezwungen, die meisten ihrer Konzerte in Sälen und Stadthallen zu veranstalten, die nicht auf Berliner Gebiet liegen.“

Eine deutsche Schadenerschlagung gegen Robert E. Peary.

Gegen Commander Robert E. Peary, der gestern abend seinen öffentlichen Vortrag über „Die Entdeckung des Nordpols“ hielt, hat der einzige deutsche Begleiter Dr. Cooks auf seiner Polarfahrt, der Deutsche Rudolf Franke, eine Schadenerschlagung in Höhe von 20000 M. angehängt. Er behauptet, von Peary um Hilfe, Karawahörner und Walfroschhäute im Werte von etwa 50000 M. gebracht worden zu sein, die Franke im Auftrage Dr. Cooks während dessen eigentlichen Reise nach dem Nordpol eingehandelt hätte und an denen ihm die Hälfte des Ertrages als Gewinnanteil zustand. Nach Angabe Frankes hat Peary den schwerkranken Franke nur unter der Bedingung aus Stach mit seinem Begleiterschiff „Eric“ nach Amerika heimgeschickt, daß jener ihm sein und Dr. Cooks gesamtes Eigentum überließ. In dieser Zwangslage blieb ihm, wie Franke weiter behauptet, nichts anderes übrig, als auf Pearys Bedingungen einzugehen. Seit seiner Rückkehr nach Europa kämpft Rudolf Franke, der im übrigen heute noch auf Dr. Cook schwört, einen erbitterten Kampf um die Herausgabe seines Eigentums.

Die Erwirkung des schließlichen Arrestes in der obengenannten Höhe hat der aus dem Hellsfeld-Prozess bekannte Anwalt Dr. Stern abgelehnt. Nunmehr hat Franke Rechtsbeistand die Klage beim Landgericht angehängt. Die Verhandlung findet am 28. Juni 1910 vor der 14. Zivilkammer statt. Die Zubehaltung der Klage ging nicht ohne Schwierigkeiten von statten. Peary war seinem alten Hotel, dem „Kaiserhof“, untreu geworden und hatte auch die amerikanische Votenschaft in Antanknis seines neuen Domizils, Hotel Adlon, verlassen. Dies stellte ihm zu seiner unliebhamen Heberausführung wenige Minuten nach seiner Ankunft um 7 Uhr der Gerichtsvollzieher den Beschluß des Landgerichts zu.

Vom Hitzschlag getroffen wurde gestern nachmittag der 30jährige Bankbeamte Fritz Brust, Liebanstraße 4. Herr Brust, der in der Preussischen Landdresbank in der Bohlstraße angestellt war, brach während der Arbeit am Markt plötzlich besinnungslos zusammen. Ein hinzugerufener Arzt stellte Hitzschlag fest und veranlaßte die Ueberführung des bedenklich Erkrankten nach dem Krankenhaus am Urban.

Zwei weitere Hitzschläge werden vom Geländebrennen gemeldet. Hier wurde ein dem Arbeiterstande angehöriger etwa 40jähriger Mann auf dem Wege zur Arbeitsstätte, sowie eine unbekante ältere Frau in der Brunnenstraße vom Hitzschlag getroffen.

Ein falscher Kriminalbeamter ist im Treptower Park unglücklich gemacht worden. Der freche Wursch trieb sich in den Anlagen des Parks herum und machte sich an Liebespärdchen heran. Er stellte sich als Kriminalbeamter vor und drohte den übertrafsten Mädchen mit Verhaftung. Der gefährliche Mensch versprach schließlich von einer Anzeige Abstand zu nehmen und verlangte hierfür Entgegenkommen seiner Opfer. Mehrere Soldaten war aber das Gebahren des Mannes aufgefallen. Sie forderten seine Legitimation und als er hiermit nicht dienen konnte, erhielt er eine Tracht Prügel und wurde der Polizei übergeben.

Eindrescher als Wohnungsuchende. Mit einem äußerst raffinierten Schwindlertrick geht ein diebischer Vagabund in der Dubenardter Straße eine besser gekleidete Frauensperson an und gab an, sie wolle eine in dem Hause leerstehende Wohnung mieten. Sie hat die Verwalterin, ihr doch die Wohnung zu zeigen. Als die erstere dann wieder zurückkehrte, mußte sie die unangenehme Entdeckung machen, daß inzwischen in ihre Wohnung eingebrochen war. Einfassierte Werten in Höhe von mehr als 700 M. waren dem Täter zur Beute gefallen. Durch die Ermittlungen der Polizei wurde bald festgestellt, daß hier ein gefährliches Eindrescherpaar die Hand im Spiele hatte. Während sich die unbekante Frau die Wohnung zeigen ließ, war die Wohnung der Verwalterin ohne Aufsicht und diese Gelegenheit nutzte der Komplize dazu aus, um den Einbruch auszuführen.

Kurze Freude. Ein schwer betrunkenen Mann schlug gestern nachmittags in der Danziger Straße die Scheibe eines Feuerwehmeders ein und rief die Wehr. Sofort sammelte sich eine große Menschenmenge. Auch Kriminalbeamte kamen dazu. Sie fragten den Mann aus und stellten bald fest, daß er böswillig die Feuerwehrrufen gerufen hatte. Auf der Wache wurde der Uebelthäter als ein wohnungsloser Hausdiener Schwarzer festgestellt, der ständiger Gast

des Obdach ist. Am so weniger konnte man es sich erklären, daß er eine größere Summe Geldes besaß. Die Ermittlungen ergaben, daß in der vergangenen Nacht einem Dänen im Obdach die Geldtasche mit zweihundert Kronen mit einem Messer vom Leib geschnitten und gestohlen worden war. Der Dieb war Schwärzer. Er war mit den 200 Kronen sofort nach dem Stettiner Bahnhof gegangen, um sie in deutsches Geld umzuwechseln, hatte sich dann betrunken und im Uebermut den Unfug verübt. Der Däne hatte sich unterdessen nach dem Konsulat begeben, um dort über ihre Mißgeschick zu berichten. Der Dieb befand sich schon in den Händen der Kriminalpolizei, bevor noch bei dieser eine Anzeige eingegangen ist. Er wurde gestern nachmittags dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Daß der Däne mit 200 Kronen in der Tasche gerade das Obdach aussuchen mußte, ist allerdings recht sonderbar.

Wegen Heiratschwindels ist ein 32 Jahre alter wohnungsloser Kaufmann Otto Schulz festgenommen worden. Schulz brachte es fertig, sich mit fünf Mädchen zugleich zu verloben und alle längere Zeit zu täuschen. Das wurde ihm um so schwieriger, als er alle auch wiederholt anbot und jeder etwas anderes vorschwindelte. Bald brauchte er Geld zu einer Bürgschaft, bald zur Einrichtung eines Geschäfts, bald um den Arzt zu bezahlen usw. Dabei ist er auch noch verheiratet. Das Ende war stets, daß er auch noch den Verlobungsring versetzte. Dann durfte er sich nicht mehr sehen lassen. Durch einen Zufall erfuhr endlich ein Mädchen, daß ihr Bräutigam mit noch zwei anderen verlobt. Braut Nummer 1 ging darauf zu Nummer 2 und klagte ihr ihr Leid. Dann gingen beide zu Nummer 3, um auch diese aufzuklären. Dort aber trafen sie Schulz. Nummer 3 wollte von einer Aufklärung nichts wissen, war vielmehr ganz damit einverstanden, daß Schulz den Besuch kurzerhand vor die Tür setze. Das war den Mädchen denn doch zu stark. Sie holten einen Schutzmann und ließen den Schwindler festnehmen. Jetzt haben sich alle Bräute geeinigt und stehen geschlossen ihrem ehemaligen Bräutigam gegenüber. Dieser behauptet, er könne nichts dafür, daß er so viele Bräute auf einmal gehabt habe. Die Mädchen verließen sich eben zu leicht. Er habe nie Zeit und auch nicht rechten Mut gehabt, jedesmal die alte Beziehung vor Eingang einer neuen zu lösen.

Für Führer von Fuhrwerken ist die Abänderung der Straßen- und Polizeiverordnung von Interesse. Nach einer neuen Verordnung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 30. Mai 1910 erhält § 5 folgende Fassung: Schrotleitern, welche zum Auf- und Niederklappen eingerichtet sind, müssen, wenn sie nicht vollständig heruntergeklappt sind, mit mindestens zwei haltbaren Ketten befestigt sein. Während der Fahrt müssen sie stets hinausgeklappt sein.

§ 8 erhält folgende Fassung: Die Geschirre müssen haltbar und in ordnungsmäßigem Zustande sein. Sie müssen mit einer Vorrichtung ausgestattet sein, welche ein leichtes Hemmen gewährleistet; die Geschirre der Pferdegepanne von Last-, Arbeits- und Geschäftswagen, sowie von den zur Beförderung einer größeren Anzahl von Personen bestimmten Fuhrwerken müssen mit Hinterzeug (Umlauf) versehen sein. Aufhalter von Strickwerk sind unzulässig. Das Fahren mit einfacher Leine oder mit Aufbaumung ohne Mundstück ist untersagt. Zwei- oder mehrspänniges Fuhrwerk muß mit Kreuzleine gefahren werden.

§ 9 erhält folgende Fassung: Das Koppeln von Wagen an Pferde fuhrwerken ist nur mit besonderer Erlaubnis gestattet. Das Anhängen von Personen mit oder ohne Handwagen oder auf Fahrrädern oder auf Volkswagen an jede Art von Fuhrwerk ist verboten.

§ 16 erhält folgenden Zusatz als Absatz 1: Der Weispannführer hat während der Fahrt die Räder so straff in der Hand zu halten, daß er jederzeit das Gespann in seiner Gewalt hat. Ueberhaupt ist jeder Wagenführer zur gehörigen Vorsicht und Aufmerksamkeit bei der Leitung seines Fuhrwerks verpflichtet.

§ 17 erhält folgende neue Fassung: Die Abfahrt des Stillhaltens und der Verlangsamung der Fahrt ist rechtzeitig durch festes, rechtes Emporhalten der Peitsche kund zu geben. Bei beabsichtigter Linkswendung hat der Weispannführer rechtzeitig die Peitsche nach links, bei Rechtswendung nach rechts emporzuhalten. — Kraftwagenführer haben an Stelle des Peitschengeißels ein entsprechendes Zeichen mit der Hand zu geben. — Das Knallen mit der Peitsche und das Schlagen nach fremden Pferden ist untersagt.

Im § 27 erhält der erste Satz folgende Fassung: Fuhrwerke, welche den Kempterplatz befahren, haben rechts von dem Rolandbrunnen herumzufahren.

§ 32 erhält folgende neue Fassung: Das Ausweichen der Fuhrwerke geschieht unter allen Umständen nach rechts. Bei Fuhrwerken, welche sich kreuzen, hat das von rechts kommende Fuhrwerk die Vorfahrt.

§ 39 lit. a erhält folgende Fassung: a) in der Alexanderstraße, von der Blumen- bis zur Magazinstraße und von der Kaiserstraße bis zur Königstraße.

§ 69 fällt weg.

§ 70 hat für Hundebesitzer Interesse und erhält folgende Fassung: Im Tiergarten, Kleinen Tiergarten, im Humboldthain, Friedrichshain, im Viktoriapark und im Schillerpark — in diesen nach seiner Vollendung — müssen Hunde an der Leine geführt werden. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die Jägerdämme und die an der Häuserseite gelegenen Bürgersteige der die genannten Parkanlagen umgebenden öffentlichen Straßen.

Auch darf niemand Hunde auf den Blumen- und Schmutzanlagen der öffentlichen Plätze und Straßen umherlaufen lassen.

Für die Einführung des im § 8 geforderten Hinterzeuges (Umlaufes) wird eine Frist bis zum 1. Juli 1911 gewährt.

Ein Knabe ertrank. An der Brücke an der Köpenicker Straße, wo der Landwehrkanal in die Spree mündet, bemerkten am Dienstagabend um 7 Uhr Straßenpassanten den Körper eines etwa zehn Jahre alten Knaben. Die alarmierte Feuerwehrlöcher holte unter großem Jubel den Knaben heraus und stellte Wiederbelebungsvorläufe an, die aber erfolglos waren. Ein herbeigerufener Arzt stellte dann den Tod des Knaben fest. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und zur Bestimmung der Todesursache und Identität nach dem Schauhaufe gebracht.

Wegen Kindesmordes ist gestern das 21 Jahre alte Dienstmädchen Henriette Wisniewski, das bei einem Gastwirt in der Schöneberger Straße 18a in Stellung gewesen war, verhaftet worden. Das Mädchen gedachte in der Wohnung der Wirtin, die an anderer Stelle ihr Geschäft betreiben, heimlich einen Knaben, tötete ihn durch einen Schnitt in den Hals, wickelte die Leiche in festes Papier ein und verbargte sie in einer Kiste unter dem Bett. Das veränderte Wesen der Mutter und der Zeichengeruch, der sich bei der Hitze bald bemerkbar machte, führte gestern zur Entdeckung der Tat. Das Mädchen wurde daraufhin zunächst als Postgefangene nach der Charité, die Leiche nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Kassenrentant Kiese, der im Krankenhaus Bethanien 3700 Mark unterschlug und vor acht Tagen die Flucht ergriff, als er seine Verantwortungen nicht länger mehr verbergen konnte, hat sich in Schmiedewitz das Leben genommen und ist als Leiche wiedergefunden worden.

Aus dem Gefängnis entsprungen sind gestern fünf schwere Jungen, die in Plöthen längere Strafen zu verbüßen hatten.

Glühlos aufgefunden wurde gestern ein alter Mann vor dem Hause Hasenheide 9. Er liegt im Krankenhaus am Urban noch unbekannt und besinnungslos dante. Er ist etwa 70 Jahre alt, hat einen Vollbart und trug ein graues Jackett und Hose, einen schwarzen, steifen Hut und schwarze Bugstiefel.

Lebensgefährlich verbrannt wurde am Mittwochnachmittag bei einem Brande in der Scheringstraße 10 der siebenjährige Knabe Willi Korn. In der Wohnung seiner Eltern war Feuer ausgebrochen. Als die Feuerwehr dort ankam, brannten Möbel, der Fußboden u. a. in der flüchtigen. Der Knabe hatte an den Händen, Weinen und Armen

so schwere Verletzungen erlitten, daß er sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauer Straße übergeführt werden mußte.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin veranlaßt am Sonntag, den 12. Juni, einen Ausflug für die Gruppe Ost-Nordost. Die Teilnehmer treffen sich morgens 7 Uhr an folgenden Punkten: Prenzlauer Tor, Landsberger Tor (Kriegerehrenmal), Vollenplog (an der Normaluhr) und am Schlesienschen Bahnhof (Koppenstraße, Ecke Radaistraße). Fahrt vom Schlesienschen Bahnhof nach Karlshorst. Wanderung über Sadowa nach Ravensteiner Mühle, Friedrichshagen. Fahrgeld hin und zurück 80 Pf.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind als Teilnehmer willkommen. Lieberbücher nicht vergessen.

Alle Arbeiterkassen werden gebeten, ihre jugendlichen Angehörigen auf die Veranstaltungen des Jugendausschusses aufmerksam zu machen.

Vorort-Nachrichten.

Wassermangel in Charlottenburg.

Wie in Pankow, wo sich in den letzten Jahren namentlich beim Eintritt der heißen Jahreszeit ein erheblicher Wassermangel bemerkbar machte, hat seit einigen Tagen auch die Bevölkerung einzelner Bezirke Charlottenburgs unter Wassermangel zu leiden. Insbesondere sind es die Bewohner der oberen Stockwerke, die vorgefunden und gestern kein Leitungswasser hatten. Anfangs glaubte man, daß es sich nur um ein Versagen der Leitung handele, schließlich aber wurde zur Gewissheit, daß der Druck nicht mehr ausreichte, das Wasser durch die Röhren in die oberen Stockwerke zu treiben.

Der Charlottenburger Magistrat gibt über diese Kalamität folgende Erklärung:

„Seit einigen Tagen hat man in Charlottenburg, zumal in dessen östlichen Bezirken zu gewissen Tageszeiten in den oberen Etagen unter Wassermangel zu leiden, und bei der Verwaltung der Charlottenburger Wasserwerke G. m. b. H. laufen darüber zahlreiche Beschwerden ein. Diese Kalamität ist auf einen Wasserverbrauch zurückzuführen, wie er in dieser Höhe, und zwar auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, bisher selbst in den Zeiten größter Hitze auch nicht annähernd beobachtet worden ist. Die Wasserwerksverwaltung ist bereits eifrig bemüht gewesen, dem Mangel abzuhelfen. Insbesondere wird der Verbrauch für öffentliche Zwecke auf ein möglichst geringes Maß beschränkt. Ferner ist es gelungen, in der am meisten betroffenen Gegend einen Anschluß an das benachbarte Rohrnetz der Charlottenburger Wasserwerke Aktiengesellschaft zu erhalten, der mit Aufbietung aller Arbeitskräfte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch fertiggestellt worden ist. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung; Erweiterungsarbeiten auf den Werken, die bereits seit einiger Zeit im Gange sind, werden nach Möglichkeit beschleunigt. Der verringerte Wasserdruck bedeutet übrigens keine Gefahr im Falle eines Brandes, da die Dampfspritzen der Feuerwehr jeden erforderlichen Druck erzeugen können.“

Charlottenburg.

Zur Zeit der Choleraepidemie hatte der hiesige Polizeipräsident der Stadtgemeinde durch Verfügung ausgegeben, eine Anzahl neuer Trinkwasserstellen an der Spree und am Verbindungskanal auf Charlottenburger Gebiet anzulegen, damit die Schiffer gutes Trinkwasser erhalten könnten und es nicht vorzögen, statt aus den ungenießbaren Wasser liefernden alten Brunnen Wasser aus dem Fluß selbst zu entnehmen. Letzteres würde eine große Gefahr bedeuten. — Der Polizeipräsident stützte sich auf § 35 des sogenannten Menschenverehrungsgesetzes (Reichsgesetz vom 30. Juni 1900). Danach können Gemeinden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Herstellung von Einrichtungen zur Versorgung mit Trink- und Brauchwasser, die dem allgemeinen Gebrauch dienen, jederzeit angehalten werden, wenn die Einrichtungen zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind.

Auf die Klage der Stadt hob der Bezirksausschuß die Verfügung auf. Das Oberverwaltungsgericht änderte jedoch das Urteil ab, indem es mit Bezug auf eine Anzahl der geforderten Wasserentnahmestellen die Verfügung für berechtigt erklärte, und zwar bezüglich der näher bezeichneten Stellen, die innerhalb der im Zusammenhang gebauten Ortschaft an öffentlichen Ladeplätzen usw. liegen, wo Beziehungen zum allgemeinen örtlichen Verkehr gegeben sind. An solchen Stellen müsse ein allgemeiner Gebrauch im Sinne des Gesetzes angenommen werden, wenn auch nur die Benutzung der geforderten Trinkwasserstellen durch eine gewisse Bevölkerungsklasse allein oder vorzugsweise in Betracht komme. Zur Anlage von Trinkwasserstellen an privaten Ladeplätzen, auch wenn sie im Bereich der geschlossen gebauten Ortschaft lägen, könne die Stadt nicht verpflichtet werden. Dort hätten die Besitzer jener Privatplätze dafür zu sorgen.

Nach dem Bericht des hiesigen Gewerbegerichts sind im Geschäftsjahre 1909/1704 neue Streitigkeiten gegen 1539 im Vorjahre anhängig gemacht worden. Die Zunahme der Klagen beträgt 165 oder 11 Proz. Hieran sind beteiligt das Baugewerbe und Bauhandwerk mit 23, die Fabrikbetriebe mit 10 und das übrige Handwerk und Gewerbe mit 132 Streitigkeiten. Gegen 1905 ist die Zahl der Streitigkeiten um annähernd 50 Proz. gewachsen. Dem entsprechend mußten ständig allwöchentlich an zwei weiteren Tagen Termine zu Vergleichsungen anderraumt werden, um die allzuweit hinauschiebung der Termine im Interesse der Beschleunigung zu vermeiden und die einzelnen Terminstage nicht allzu stark zu belasten. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist schon im Berichtsjahre eingetreten; die Durchschnittszahl der an einem Tage angelegten Termine betrug im Vorjahre 23, im Berichtsjahre dagegen nur 16; in weniger als einer Woche wurden im Vorjahre 732 das sind 48,9 Proz., im Berichtsjahre dagegen 1024 oder 60,7 Proz. erledigt. In 340 Fällen haben mehrere Kläger gemeinschaftlich Klage erhoben. Die Zahl der Kläger überhaupt betrug 1955. Von sämtlichen Streitigkeiten entfielen auf das Baugewerbe und Baugewerbe 570, auf Fabriken aller Art 153, auf das übrige Handwerk und Gewerbe 953. Der Wert des Streitgegenstandes betrug von 1—20 M. in 657 Fällen, mehr als 20—50 M. in 468 Fällen, mehr als 50—100 M. in 240, und mehr als 100 M. in 216 Fällen. Ohne Wertangabe waren 23 Fälle. Der höchste Streitgegenstand betrug 1829 M. Durch Zurücknahme wurden 229 Klagen erledigt, durch Anerkenntnis 84, durch Vergleich 524, durch rechtskräftiges Verurteilurteil 196, durch Endurteil 23. Durch Ruhenlassen des Prozesses und Abweisung wegen Unzuständigkeit wurden 315 Klagen erledigt. Von sämtlichen Klagen wurden 1024 in weniger als einer Woche erledigt, nur sechs erforderten drei Monate und darüber. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit getreten. Gutachten sind nicht erforderlich, Anträge nicht gestellt worden.

Rixdorf.

Einen Einwohnerzuwachs von 2558 Personen hat Rixdorf durch den Aprilzensus erhalten. Es zogen von außerhalb zu 8459 Personen, während aus Rixdorf 4566 Personen abwanderten. Ende Mai zählte Rixdorf 280 500 Einwohner.

Ein Rohrisstakt wurde gestern in der Kaiser-Friedrichstraße verübt. Als der Straßenbahnkassierer Willi Schwarz, Leipziger Straße 97, mit seiner Frau und einem Kollegen vor dem Hause Kaiser-Friedrichstraße 143 stand und sich unterhielt, wurde plötzlich aus einem Stockwerk ein großer Porzellaneller heruntergeschleudert. Frau Schw. wurde zunächst auf den Kopf getroffen, daß sie besinnungslos zusammenbrach. Blutüberströmte mußte die Verletzte nach ihrer Wohnung getragen werden. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Das Opfer eines Ueberrasches wurde in der gestrigen Nacht der Arbeiter Peter Koffi, Vobdistr. 10. Als er im Begriffe war, das Haus zu betreten, eilte ein fremder, unheimlich aussehender Mann mit einem Dolch auf ihn zu. Noch ehe der erschrockene K. zurückspringen konnte, brachte ihm der Unbekannte im Gesicht unterhalb des rechten Auges einen tiefen Stich bei. K. ergriff nun die Flucht, so daß sich der Messerheld ungehindert aus dem Staube machen konnte. Auf der Unfallstation erhielt der erheblich Verletzte einen Rohverband. Leider vermag K. den Täter nicht zu beschreiben; er weiß nur noch, daß dieser einen kurzen hellen Vollbart hatte.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Mit einem Fall von Umgehung des Einkommensteuergesetzes hat sich der Kreisaußschuß von Zeltow-Beeslow in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Der Besitzer eines Grundstücks hat dieses für 800 000 M. an seine drei Töchter verkauft gegen die Verpflichtung, ihm eventuell seiner Witwe eine Rente zu zahlen, die gleich ist der Pacht, die sie aus dem Grundstück ziehen. Die drei Töchter waren nun zu je 21 M. Einkommensteuer veranlagt worden. Sie hatten Freistellung beantragt und nach Ablehnung den Klageweg beschritten. Vor dem Ausschuß machten sie durch ihren Vertreter geltend, daß sie durch den oben bezeichneten Kaufvertrag außerstande seien, Einkommen aus dem Grundstück zu ziehen. Diese Art des Kaufvertrages sei nur gemacht zwecks Mobilisierung und um die Teilung beim Tode des Vaters zu erleichtern. Mit anderen Ländern in anderen Gemerkungen sei es ebenso gesehen. Der Gemeindevorsteher von Zehlendorf hat Abweisung der Klage beantragt. Interessant war der Einwand des Betreters der Klägerinnen, daß diese keine Steuern zahlen können, weil sie kein Einkommen aus dem Grundstück haben, und der Vater ebenso keine Steuern zahlen brauche, weil er nicht Besitzer des Grundstücks sei. Gewiß ein probates Mittel, den Steuerfiskus zu prellen. Der Kreisaußschuß will die Klagen der Veranlagungskommission einholen, um die Einkommensverhältnisse der Klägerinnen genau zu prüfen. Auf den Ausgang dieses Prozesses darf man gespannt sein.

Britz-Buckow.

Ueber die Frau im politischen Kampfe referierte in einer von Frauen und Männern besuchten öffentlichen Versammlung Genossin Lungwig. Nach dem Vortrage erstattete Genosse Sadamec Bericht von der Gemeindevertretung.

Treptow-Baumschulweg.

Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich vorgestern an der Treidelbahn des Zeltow-Kanals ereignet. Der Arbeiter August Seeger kam in der Nähe von Baumschulweg der elektrischen Leitung der Bahnanlage durch ein Versehen zu nahe. Der elektrische Strom ging nun in einer solchen Stärke durch den Körper des Mannes, daß Seeger sofort leblos zusammenbrach. In bewußtlosem Zustand wurde der Verunglückte ins nahe Kreiskrankenhaus gebracht, wo er bedenklich daniederliegt.

Weihensee.

Eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins erledigte am Montag im Prälaten den am 24. Mai er. verlegten Antrag der 1. Abteilung und des 4. Bezirks bezüglich des Extrabeitrages zum Agitationsfonds des Kreises. Zunächst wurde der Antrag, keine Extrabeiträge zu erheben, sowie daß Parteiangehörige nur gegen Erstattung der persönlichen Aufwendungen referieren sollen, abgelehnt. Der Zusatzantrag des 11. Bezirks: „Bei allen Beitragsverhältnissen, Extrastimmungen wie überhaupt den Kreis betreffende wichtige Angelegenheiten eine Urabstimmung im Kreise vorzunehmen“, fand Annahme. Sodann wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am Sonnabend, den 15. Oktober cr., in der Gemeinde-Turnhalle zu begehen. Die Arrangierung des Festes bleibt dem noch zu wählenden Komitee überlassen. Es wurde aber gewünscht, daß etwas künstlerisches geboten werde. Unter Vereinsangelegenheiten erwähnte der Bezirksleiter Genosse Köhl, daß der nächste Jahrlabend in den Abteilungen wieder ein gemeinschaftlicher sei, da zu den kommenden Neuwahlen zur Bezirksleitung Stellung genommen werden müsse. Die wiederholt vom Genossen Diener eingebrachten Anträge: 1. „Den Extrabeitrag zum Kreisagitationsfonds in einen freiwilligen Beitrag abzuändern“, 2. „Den Extrabeitrag nur auf eine bestimmte Zeit zu bewilligen“, wurden abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag: „In Zukunft sind dergleichen Aktionen in Groß-Berlin einheitlich resp. gemeinsam durchzuführen“, angenommen.

Potsdam.

Eine neue Anleihe von 1 325 000 M. soll neben der im Ver letzten Stadtverordnetenversammlung bereits genehmigten besonderen Grundstücksanleihe von 1 675 000 M. von der Stadt aufgenommen werden. Sie ist bestimmt für zum größten Teil bereits genehmigte Aufwendungen, von denen die hauptsächlichsten sind: der Bau einer Turnhalle in der Kurfürstenstraße, Erweiterungen des Schlachthofes, der elektrischen Zentrale und der Kabelanlage in die Vororte Potsdams, sowie die Kosten der Regulierung einiger neuer Straßen. Außerdem soll aus dieser Anleihe ein sogenannter Bau-Fonds in Höhe von 200 000 M. entnommen werden. Die Stadt ist gemäß der Grundstücksanleihe und sonst aus wirtschaftlichen Gründen zum allmählichen Verkauf von Parzellen der städtischen Ländereien gezwungen. Der Verkauf stößt häufig auf Schwierigkeiten, weil der Käufer einer Parzelle, die er zum Bau eines Wohnhauses benutzen will, Baugeld zu angemessenem Zinsfuß schwer erhält. Einige Berliner Baugeldbanken geben seit einiger Zeit grundsätzlich kein Baugeld mehr nach Potsdam. Um nun diesem Mißstande abzuhelfen und die Bauwirtschaft anzuregen, will die Stadt aus dem 200 000 M.-Fonds Baugeld zu angemessenen Bedingungen hergeben.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Morgen Freitag, den 10. Juni, abends 8½ Uhr, findet bei Volksmann, Vorkstr. 8, der fünfte Vortragsabend statt. Genosse Urban referiert über: „Die Kunst der Rede“.

Vorhagen-Kummelburg-Stralau. Sonntag, den 12. Juni, veranstaltet der Jugendausschuß eine Beschäftigung des botanischen Gartens in D a h l e m. Treffpunkt mittags 12 Uhr im Jugendheim. Fahrt hin und zurück 40 Pf. Um rege Beteiligung der Jugendlichen sowie auch Erwachsener wird erucht. Das Jugendheim selbst Sonntag, den 12. und 19. Juni, der Ausflüge wegen geschlossen.

Antlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Junger Schmalz, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Junger genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Junger reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Junger genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändernd.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 7. 6.	am 8. 6.	Wasserstand	am 7. 6.	am 8. 6.
Remel, Mühl	50	+1	Saale, Großh.	78	+2
Vregel, Jüterburg	35	-5	Havel, Spandau	42	-4
Wespe, Thorn	16	-2	Havel, Rathenow	56	-2
Oder, Rastow	116	+3	Spree, Dremberg	68	0
„ Krossen	106	-6	„ Beetzow	63	-1
„ Frankfurt	118	-2	„ Babelsberg	70	0
Wartje, Schirrm	20	-2	„ Havel, Müden	10	-12
„ Landsberg	24	-1	Havel, Marienhausen	52	-3
Rege, Borsdamm	18	-2	„ Rand	28	-4
Eide, Zeitzmer	18	+2	„ Nöln	28	-1
„ Trebbin	-138	+4	„ Redar, Neuhorn	63	-7
„ Parbo	103	+3	„ Rain, Berchtein	115	-5
„ Ragdeburg	103	+5	„ Roßel, Xier	44	-2

+) + bedeutet Hoch, - - - - - Fall, Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 9. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opern-Theater.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Königl. Schauspielhaus. Die
Habensteinerin.
Anfang 8 Uhr.
Reffing. Hofmenü.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerspiele. Satos und
Kritiker.
Romische Oper. Pierpuppen. Diser-
tissement.
Neues Schauspielhaus. Der
Flieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner. Tullus.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Ueber die Tante.
Gebbel. Dem geht's Helene?
Kollektive. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller. (Walden - Lesart.)
Der Bibliothekar.
Schiller-Charlottenburg. Sappho-
Friedrich. Wilhelmshäutchen.
Scherlock Holmes.
Volkoper. Staatsanwalt Alexander.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues. Einjährig-Freiwillig.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Galop II - Die große
Revue.
Folies Caprice. Das Geheimnis.
Der Blick. Das Verlobungs-
fest. Die verfolgte Unschuld.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Voyage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Oper. Im Reiche des Mark.
Urania. Taubonstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz
von Oberengadin.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubonstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Im Firmenglanz des
Ober-Engadin.**

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe
De Dio
Phantasie-Tänzerin
und eine Kotte
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blüdel
Mika Mikun
The Kayions
Zezelarelle
und das große
Varieté-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Folies Caprice
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Vier hellere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

**Wahalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue Varieté-Programm.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotorjan, Indas: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Bogenstr. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten zur Wochenendausg. gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Neben Sonntag im Oberfoal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Haseuheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Grünwitz,
Kapellmeister: Max Wolfthaim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzerte u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwan in 4 Akten v. Gustav Mejer.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Darauf: In Zivil.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz
Adam Deyerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mis Hobbs.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

**AUSSTELLUNG
MÜNCHEN 1910**
Unter dem Protektorat S.M.H. der Prinzregenten
Luitpold von Bayern. * Mai bis Oktober * * *
MÜNCHEN 1910
**AUSSTELLUNG VON
MEISTERWERKEN
MUHAMMEDANISCHER
KUNST**
von der Zeit der Kalifen bis zur Gegenwart.
* Orientalische Kunsthandwerker an der Arbeit.
* Unterhaltende Vorstellungen, täglich Konzert.
MUSIKFEST: Schumann-Gedenkfeste, Richard Strauss-
Woche, Beethoven-Drahten-Druckner-Cyklus, Uraufführung
der 8. Symphonie von Gustav Mahler. * * * * *
Musik und Kunst durch die Gedächtnisfeier der Ausstellung.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/12. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlin. Bei unangenehmem Wetter
Schutz für 8000 Personen. - Täglich:
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftritten der
besten Turmfestkünstler der Welt The Liepoltz
 sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
 um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
 mit dem Fahrrad in den See.
Sensationsst. **The O. Gondamita**, faszinierender akrobatischer Burleske-
 mit ihren konkurrenzlosen Akrobatenhunden. - 4 Sepas.
 Wensch oder Uffe? phänomen. urkomische Affenpantomime. **Quert**
 Krill, Leopold Rossler, Original-Quomoch mit ihren wunder-
 baren akrobatischen, satyrischen Schlegeln und das
 neue beste Programm Berlin.
 Jeden Sonntag:
 Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
 Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs zur gefälligen Mitteilung,
 daß ich das **Stabliement**
Ballschmieders Kastanienwäldchen
Konzertgarten u. Prachtställe - Badstr. 15/16
übernommen und aufs neueste renoviert habe. Ich empfehle solches
zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art unter
günstigsten Bedingungen. Herrlicher schattiger Garten, 3000 Personen,
4 Säle 50-1500 Personen fassend, mit prachtvollen Bühnen versehen.
Während des Sommers
Konzert und Sänger-Gesellschaften.
Vorzugskarten stehen zur Verfügung; auch sind noch Sonnabende frei.
:: :: Jeden Sonntag: **Großer Ball.** :: ::
Jeden Dienstag u. Donnerstag: **Ball tout chic.**
Um gütigen Zuspruch bitte! **Fr. Walter**, Gastwirt.
Berlin N. Amt III, 8374.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Juni-Sensationsprogramm
Mit Ruth Radjah in ihren indisch im Raubtierkäfig sowie 3 neue
Original-Tänzen im Raubtierkäfig sowie 3 neue
Debuts.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 8 Uhr.

Neu! **Schau-Tanzsaal.** Neu!
Mon Pläsier - Lachhaus und viele andere
Attraktionen.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten! Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Schillingsbrücke
am Schließigen Bahnhofs.
Morgen, Freitag früh 10 Uhr mit 40 Mann Musik
nach **Neue Mühle.** Die vier größten Salon-Doppel-
Schrauben-Dampfer.
Tafel: Großes Garten-Konzert und Ball. Ein und zurück 50 Pf.
Dergu label ergebnis ein 24515 **Thormann.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Musik. Anf. von Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr.
Welt-Soiree u. Benefiz für Herrn
Rudolf Schröder zur Feier seiner
27-jährigen Wittwenjahre bei dem
Stettiner Sängern.
Billets schon jetzt zu haben.

**ZOO-LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Volksgarten-Theater
früher Wolmann.
Böhr. 8, Behm u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das Neuen-
programm. Zur Aufführung gelangt:
Der Riegebe Berliner.
Vollständ. in 5 Akten mit Gesang
und Tanz.

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Holmannstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Marguerit Gilten, drei. Raffelau.
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Hildach u. Duo und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 5 Uhr.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor -
Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater,
Spezialitätenvorstellung.**
Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 07/09.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Abends 8 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kracht!
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 7 1/4 Uhr.
Entree wochentags 20-60 Pf.
Spreng- und Salontarten gültig!
Entree Sonntags 30-100 Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Voigt-Theater
Geundbrunnen Badstr. 68.
Donnerstag, den 9. Juni 1910:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Geschäftliche Spezialitäten.
Das große Juni-Programm!
Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Karl Haverland
Anfang Theater. früh 8 1/2
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder- **Juni-Program.**
Das
Sonntag, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Ball.

BBB
Brunnenstraße 10.
Die polizeiliche Genehmi-
gung zur Abhaltung der
Liebhaber-Vorführungen
im herrlichen Naturgarten
ist erteilt.
Das Aufsehen erregende
neue Riesenprogramm.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
Kunst- u. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt, Vororte, Gartenstädte,
Arbeitsverordnungen, Groß-Berlin.
10. Juni: Dr. Südekum: „Recht
und Sitte im Wohnwesen.“

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112**
Im Garten ober Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsbeiträge, Theater und
Musik-Vorführungen).
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: Tanzkränzchen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. - Alle Bands gültig.
Im Restaur.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saenger.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung.

